



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2014

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	16
Swisscom AG (UVEK).....	19
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	22
Schweizerische Post (UVEK).....	25
Skyguide AG (UVEK).....	28
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	30
Pro Helvetia (EDI).....	34
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	38
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	42
Institut für Metrologie METAS (EJPD).....	45
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	48
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	51
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	55
Identitas AG (WBF).....	59
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	61

Vorwort

Im Zeitraum vom 25. März bis 29. April 2015 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2014 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang auch öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind jene verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele geführt werden (AS 2011 5859; www.admin.ch/ch/d/as/2011/5859.pdf). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 18 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten Eignerziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte und ihre Organe die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Angeführt von einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Zielbereiche zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Mai 2015

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes
(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: Fritz Schiesser (Präsident), Paul Herrling (Vizepräsident), Ralph Eichler, Patrick Aebischer, Joël Mesot, Beatrice Fasana Arnaboldi, Barbara Haering, Beth Krasna, Jasmin Staiblin, Markus Stauffacher, Olivier Steimer

Geschäftsführer: Michael Kaeppli

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Der ETH-Bereich ist bei der Umsetzung des Leistungsauftrags 2013–2016 weiterhin gut auf Kurs. Die Ziele in den Kerngebieten Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer (WTT) wurden gemäss Leistungsauftrag erfüllt.

Auch 2014 ist die Zahl der Studierenden und Doktorierenden gestiegen, allerdings schwächer als in den Vorjahren. Bei den Neueintritten auf Bachelorstufe war ein Rückgang zu verzeichnen. Die Betreuungsverhältnisse sind in etwa stabil geblieben.

Im Bereich Forschung belegten auch 2014 die Platzierungen der ETH Zürich und der EPFL in den wichtigsten Rankings sowie die Resultate einer umfassenden bibliometrischen Analyse über den gesamten ETH-Bereich das ausgezeichnete wissenschaftliche Niveau. Der ETH-Bereich beteiligte sich 2014 am Aufbau von fünf der acht neuen Nationalen Forschungsschwerpunkte und an allen acht nationalen Kompetenzzentren für Energieforschung. Bei der Akquisition von Zweit- und Drittmitteln war gegenüber 2013 eine Steigerung zu registrieren.

Im Bereich des WTT verbesserte sich der ETH-Bereich in allen quantitativen Indikatoren «Patente», «Lizenzen» und «Spin-offs» und war massgeblich an den Vorbereitungsarbeiten für den geplanten Schweizerischen Innovationspark beteiligt.

Mit der Bereitstellung grosser Forschungsinfrastrukturen stärkt der ETH-Bereich den gesamten Forschungsplatz Schweiz.

International sind die Institutionen des ETH-Bereichs präsent und gut vernetzt. Dank zahlreicher Kooperationen mit Schweizer Hochschulen sind sie auch gut in die nationale Hochschullandschaft eingebettet.

Den Institutionen gelingt es, national und international Spitzenforschende anzuziehen. Trotz anerkennenswerter Bestrebungen, den Frauenanteil auf allen Stufen zu erhöhen, verbleibt dieser insbesondere bei der Professorenschaft, den Schulleitungen der ETH und den Direktionen der Forschungsanstalten weiterhin unter den Erwartungen.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	3 307	3 189
Reingewinn (Mio. CHF)	73	70
Bilanzsumme (Mio. CHF)	3 378	2 845
Eigenkapitalquote in %	78,6	85,4
Personalbestand (Vollzeitstellen)	16 975	16 570

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Zweitmittel (Mio. CHF)	496	451
Drittmittel (Mio. CHF)	277	262
Anzahl Studierende/Doktorierende	28 537	28 046
davon Frauen in %	29,5	29,4
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	775	768

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 195	2 074
Gebühren (Mio. CHF)	98	95

A. Zielerreichung 2014*

I. Strategische Schwerpunkte

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und für die Studierenden attraktive Lehre an.

Die Anzahl der Studierenden und Doktorierenden ist auch 2014 weiter gewachsen und hat sich gegenüber 2013 um 1,8 Prozent auf 28 537 erhöht. Das Wachstum war allerdings moderater als in den Vorjahren. Bei den Neueintritten auf Bachelorstufe war ein Rückgang um 4,1 Prozent zu verzeichnen. Weiterhin zugenommen hat die Zahl der Studierenden auf Master- (+7,5 %) und Doktoratsstufe (+1 %).

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist es erfreulich, dass die Fachgebiete Informatik und Kommunikationstechnologie (+5,1%), Ingenieurwissenschaften (+3,5%), Life Sciences

* Leistungsauftrag 2013–2016: BFI-Botschaft 2013–2016 (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/3099.pdf>, S. 3333 ff.) mit Ergänzung von Ziel 2, Unterziel 4a (<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2012/9017.pdf>, S. 9064.). Der ETH-Bereich wird ab 2017 über strategische Ziele geführt.

(+2,9%) und Systemorientierte Naturwissenschaften (+2,4 %) das stärkste Studierendenwachstum zu verzeichnen hatten.

Trotz des geringeren Zuwachses an Studierenden haben sich die Betreuungsverhältnisse praktisch nicht verändert. Zur Erhaltung einer hohen Qualität in der Lehre wurden u.a. vermehrt Informationstechnologien als Ergänzung und zur Unterstützung des Präsenzunterrichts eingesetzt.

2. Forschung: Der ETH-Bereich baut seine Spitzenposition in der internationalen Forschung weiter aus.

In zahlreichen Forschungsbereichen haben die Institutionen des ETH-Bereichs ihre Position an der Spitze der internationalen Forschung festigen können. Es gibt zwar kein einheitliches und umfassendes Instrument, um den Forschungserfolg zu messen, doch verschiedene Aspekte deuten insgesamt auf ausgezeichnete Leistungen hin.

So spricht die Attraktivität der Institutionen des ETH-Bereichs für Studierende der Master- und Doktoratsstufe für eine sehr gute Forschungsreputation. Dasselbe gilt für die internationale Zusammensetzung der Professorenschaft. Der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren liegt bei rund zwei Dritteln. Für die guten Forschungsleistungen der beiden ETH sprechen auch ihre Positionierungen in den internationalen Hochschulrankings, auch wenn deren Aussagen mit der nötigen kritischen Distanz und unter Berücksichtigung von Fokus und Methodologie zu interpretieren sind. Eine bei der Universität Leiden in Auftrag gegebene umfassende bibliometrische Analyse, welche die wissenschaftlichen Publikationen der Jahre 2003 bis 2012 berücksichtigte, bestätigte das hohe wissenschaftliche Niveau des ETH-Bereichs. Gegenüber früheren Analysen (zuletzt 2010) konnten die Resultate quantitativ und qualitativ (gemessen am Impact der Publikationen) verbessert werden.

Der ETH-Bereich beteiligte sich im Berichtsjahr am Aufbau von fünf der acht neuen Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS). Die ETH Zürich ist in einem Projekt Leading- und in drei Co-Leadinghouse, während die EPFL in einem Projekt Leadinghouse ist. Somit sind die beiden ETH in zehn der laufenden 21 NFS entweder Leading- oder Co-Leadinghouse.

Der ETH-Bereich spielt, insbesondere über das PSI, die beiden ETH und die Empa, auch im Aktionsplan «Koordinierte Energieforschung Schweiz» eine zentrale Rolle. Die Institutionen des ETH-Bereichs beteiligen sich an allen acht nationalen Kompetenzzentren für Energieforschung (Swiss Competence Centers for Energy Research, SCCER), die 2014 den Betrieb aufnahmen. Bei sieben sind sie Leading- oder Co-Leadinghouse.

Nachdem 2013 gegenüber 2012 ein Rückgang bei der Akquisition von Zweit- und Drittmitteln zu verzeichnen gewesen war, entwickelte sich diese 2014 wieder positiv. Es

konnten 496 Millionen Franken an Zweitmitteln (Schweizerischer Nationalfonds SNF, Kommission für Technologie und Innovation KTI, Forschungsrahmenprogramme der EU, Ressortforschung des Bundes) sowie 277 Millionen an Drittmitteln (Kooperationen mit der Wirtschaft, Schenkungen und Legate) akquiriert werden. Gegenüber 2013 entspricht dies Steigerungen um 9,8 resp. 5,9 Prozent.

3. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich den Transfer seiner Erkenntnisse und Kompetenzen in die Gesellschaft und Wirtschaft. Er entwickelt die WTT-Strategie weiter und setzt sie konsequent um.

Die Institutionen des ETH-Bereichs, insbesondere auch die Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag, haben im Jahr 2014 erneut vielfältige WTT-Aktivitäten entfaltet. Partner der Zusammenarbeitsprojekte sind Gemeinwesen, Grossunternehmen, KMU oder eigene Spin-offs. Sie haben auch aktiv und konstruktiv an der Konzipierung und Planung des geplanten Schweizerischen Innovationsparks mitgewirkt.

Im Jahr 2014 wurden im ETH-Bereich insgesamt 211 Patente angemeldet, 270 Lizenzverträge abgeschlossen und 49 Spin-offs gegründet. Damit wurden in allen Kategorien die Ergebnisse der Vorjahre deutlich übertroffen.

4. Forschungsinfrastrukturen und Grossforschungsprojekte: Der ETH-Bereich betreibt bestehende Forschungsinfrastrukturen von gesamtschweizerischer Bedeutung, führt Projekte gemäss der «Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen» durch und beteiligt sich im Erfolgsfall an europäischen Flaggschiffprojekten.

Die Institutionen des ETH-Bereichs betreiben verschiedene Forschungsinfrastrukturen, welche auch den anderen Hochschulen sowie der Industrie, unter Anrechnung der Vollkosten, zur Verfügung stehen und rege genutzt werden. Hierzu zählen beispielsweise die Synchrotronlichtquelle Schweiz (SLS), die Neutronenquelle (SINQ) und die Myonenquelle ($S\mu S$) des PSI oder das Centro Svitzero di Calcolo Scientifico (CSCS) in Lugano, das zur ETH Zürich gehört und mit dem «Piz Daint» einen der schnellsten und gleichzeitig energieeffizientesten Supercomputer Europas beherbergt. Das CSCS ist unter anderem auch für die Berechnungen für die Wetterprognosen von MeteoSchweiz oder die Analysen der vom Large Hadron Collider (LHC) am CERN gewonnenen Daten zuständig.

2014 wurde an der Empa gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit dem Bau der Forschungs- und Demonstrationsplattform NEST für innovative Bau- und Gebäudetechnologien begonnen.

5. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und Vernetzung in Lehre und Forschung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die beiden ETH sind im Auftrag des Bundes Leadinghouses in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit ausgewählten aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas sowie Indien. Auch sonst sind die Institutionen und ihre Forschenden weltweit vernetzt und entfalten zahlreiche internationale Aktivitäten. Wichtig sind u.a. die verschiedenen Exzellenznetzwerke von führenden Hochschulen (z. B. «International Alliance of Research Universities IARU»), an denen sich die ETH beteiligen. Die EPFL hat auch ihre Aktivitäten im Rahmen des «Réseau d'excellence des sciences de l'ingénieur de la francophonie RESCIF» ausgebaut. Verstärkt hat sie darüber hinaus ihre Online-Präsenz über «Massive Open Online Courses» (MOOCs). Seit ihrer Lancierung 2012 nahmen 750 000 Studierende, davon 61 Prozent von ausserhalb Europas, an den Kursen teil.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auch gefragte Partner bei der Entwicklung von internationalen Grossforschungsanlagen. So leistet beispielsweise das PSI Beiträge bei der Entwicklung von Komponenten für den Europäischen Röntgenlaser XFEL in Hamburg und die Europäische Neutronenquelle European Spallation Source ESS in Lund (Schweden).

6. Nationale Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich sorgt für eine stärkere Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Bereichs als auch innerhalb der schweizerischen Hochschullandschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten in Lehre und Forschung eng mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen zusammen. Einen wertvollen Beitrag leisten auch Mitarbeitende der Forschungsanstalten, welche an den ETH sowie an anderen Hochschulen unterrichten und wissenschaftliche Arbeiten betreuen.

Der Ausbau der Energieforschung mit den nationalen Kompetenzzentren SCCER (vgl. Ziel 2) hat zu einer verstärkten Zusammenarbeit sowohl mit den Fachhochschulen und Universitäten als auch innerhalb des ETH-Bereichs geführt. Auch sonst arbeiten die Institutionen des ETH-Bereichs eng zusammen, namentlich innerhalb der verschiedenen Kompetenzzentren des Bereichs.

2014 hat sich mit der Einweihung des ersten Gebäudes des Campus EPFL Valais Wallis in Sitten und des Microcity-Gebäudes in Neuenburg die Antennenstrategie der EPFL weiter konkretisiert (die weiteren Standorte sind der Biotech Campus in Genf sowie das Smart Living Lab in Freiburg). Dieses Engagement in verschiedenen Kantonen ist aus Sicht der nationalen Zusammenarbeit zu begrüssen, doch kann die Dezentralisierung die Steuerung des ETH-Bereichs erschweren und zu höheren Kosten

führen. Dem Bundesrat ist es wichtig, dass der ETH-Rat und die Institutionen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und die Entwicklung der Kosten im Auge behalten.

Die beiden ETH haben ferner im Jahr 2014 ihre Kooperation mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern intensiviert und die translationale Forschung verstärkt. Am PSI, das in der Entwicklung der Protonentherapie eine führende Rolle einnimmt, wurde mit dem Bau einer dritten Bestrahlungsanlage, Gantry 3, begonnen. Die beiden ETH beteiligen sich zusammen mit fünf Universitäten am Projekt SwissTransMed der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK), das dem Aufbau von Plattformen für die translationale medizinische Forschung dient. Ebenfalls 2014 gaben die ETH und die Universität Zürich die Gründung des Wyss Translational Center Zurich bekannt, das durch eine Donation von 120 Millionen Dollar ermöglicht wird.

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben auch an anderen Kooperationsprojekten der SHK aktiv teilgenommen. Erwähnt seien beispielhaft die Grossprojekte SystemsX.ch im Bereich der Systembiologie und NanoTera.ch in der Mikro- und Nanotechnologie.

7. Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben: Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.

Auf vielfältige Weise haben die Institutionen des ETH-Bereichs den Dialog mit der Bevölkerung gepflegt. Zahlreiche Veranstaltungen erreichten insgesamt tausende von Personen. In der öffentlichen Diskussion zu aktuellen Themen war der ETH-Bereich gut präsent. Weitergeführt wurden auch die Veranstaltungen an Volksschulen und Gymnasien als Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in spezifischen Bereichen. Das vielfältige Weiterbildungsangebot des ETH-Bereichs leistet zudem einen beständigen Beitrag zum lebenslangen Lernen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs erfüllen auch Aufgaben von nationalem Interesse, indem sie z. B. den Schweizerischen Erdbebendienst SED (ETH Zürich), die Konjunkturforschungsstelle KOF (ETH Zürich), das Landesforstinventar (WSL mit BAFU), das Lawinenbulletin (WSL) oder das Schweizerische Zentrum für angewandte Ökotoxikologie (Eawag und EPFL) führen.

2014 wurde das Pflanzenschutzlabor der WSL in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um ein Labor und Gewächshaus, um Erreger von Pflanzenkrankheiten zu erforschen. Weil aufgrund der internationalen Handelsströme gefährliche Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen immer häufiger in die Schweiz gelangen, hat die Diagnose und Erforschung ihrer Bekämpfung grosse wirtschaftliche und wissenschaftliche Bedeutung.

II. Finanzielle Ziele

8. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich optimiert seine Finanzierungsbasis und setzt die vorhandenen Mittel effizient ein.

Das vom ETH-Rat entwickelte Modell der leistungsorientierten Mittelzuteilung, das die drei Dimensionen Strategie, Leistung und Last berücksichtigt, konnte im Berichtsjahr erfolgreich eingesetzt werden.

Der ETH-Bereich ist insgesamt solide finanziert. Neben den Erstmitteln (direkter Finanzierungsbeitrag des Bundes) konnten 2014, wie bereits unter Ziel 2 (Forschung) erläutert, auch die Zweit- und Drittmittel gegenüber dem Vorjahr erhöht werden. In diesem Bereich ist eine weitere Steigerung möglich, insbesondere da der Bund mehr Mittel für die Forschungsförderung zur Verfügung stellen wird. Weiterführende Informationen zur Jahresrechnung 2014 des ETH-Bereichs finden sich in der Staatsrechnung 2014, Band 4, Sonderrechnungen.

9. Immobilienmanagement: Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

III. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

10. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich schafft attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, fördert die Chancengleichheit und bildet den wissenschaftlichen Nachwuchs aus.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind attraktive Arbeitgeber, die den Mitarbeitenden konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten. Internationale Forschende schätzen insbesondere die Infrastruktur, die ihnen zur Verfügung gestellt wird. Etwas mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden sind ausländische Staatsangehörige. Bei der Professorenenschaft sind es rund zwei Drittel und bei den Doktorierenden über siebzig Prozent.

657 ordentliche und ausserordentliche Professorinnen und Professoren (2013: 646) sowie 93 Assistenzprofessorinnen und –professoren mit und 59 ohne Tenure Track (2013: 97 resp. 56; Tenure Track bezeichnet die Möglichkeit, nach einer Bewährungszeit eine unbefristete Professur zu erhalten) waren insgesamt an der ETH Zürich und an der EPFL tätig. Der Frauenanteil konnte bei den Professuren zwar gegenüber 2013 von 12,4 Prozent auf 13,1 Prozent erhöht werden, bewegt sich aber immer noch unter den Erwartungen. Die höheren Frauenanteile bei den befristeten Assistenzprofessuren, insbesondere bei denjenigen mit Tenure Track (26,9 %), lassen bei den

unbefristeten Professuren auf mittlere Sicht eine Verbesserung der Geschlechterquoten erwarten. In den ETH-Schulleitungen und den Direktionen der Forschungsanstalten waren Frauen 2014 weiterhin kaum vertreten. Bei den Studierenden und Doktorierenden liegt der Frauenanteil seit Jahren bei rund 30 Prozent. Der Bundesrat erachtet es als nötig, die Anstrengungen für eine ausgeglichene Geschlechterverteilung fortzusetzen.

Bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind die im ETH-Bereich gut eingeführten Assistenzprofessuren mit Tenure Track ein wichtiges Instrument. Als alternative Karrierepfade bestehen auch unbefristete leitende wissenschaftliche Positionen.

IV. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen des Leistungsauftrages und der Weisungen des ETH-Rates zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Unter Ziffer 15 der Sonderrechnung 2014 des Bundes werden die Beteiligungen nach Institutionen des ETH-Bereichs aufgelistet.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat als Revisionsstelle die konsolidierte Jahresrechnung, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und Anhang des ETH-Rates, der ETH und der Forschungsanstalten für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft (Sonderrechnung 2014). Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2014 den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben des Handbuchs zur Rechnungslegung im ETH-Bereich entspricht, und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat seinen Geschäftsbericht 2014 verabschiedet. Das WBF (ETH-Rat) hat dem Bundesrat beantragt, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen und ihn an die zuständigen parlamentarischen Kommissionen weiterzuleiten. Es hat dem Bundesrat weiter beantragt, die konsolidierte Jahresrechnung 2014 des ETH-Bereichs dem Parlament zu überweisen. Die Genehmigung der Jahresrechnung durch den Bundesrat erfolgt im Rahmen der Verabschiedung der Staatsrechnung (Staatsrechnung 2014, Band 4, Sonderrechnungen).

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 20. März 2015 hat der Bundesrat den Anträgen des WBF (ETH-Rat) zugestimmt.

RUAG Holding AG

Internet: www.ruag.com

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Hans-Peter Schwald (VRP), Dr. Remo Lütolf, Egon W. Behle, Paul Häring, Markus Hutter, Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener, Jürg Oleas

CEO: Urs Breitmeier

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Gümligen-Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Die RUAG Holding AG hat im Geschäftsjahr 2014 die Erwartungen des Bundesrates vollständig erfüllt. Das gute Ergebnis 2014 basiert auf einer breit abgestützten nationalen und internationalen Aufstellung der RUAG-Gruppe mit ihrer Verankerung in der Wehrtechnik und dem zivilen Bereich.

Der Nettoumsatz stieg um 1,6 Prozent auf 1781 Millionen Franken. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) blieb mit 115 Millionen auf Vorjahresniveau. Der Reingewinn lag erstmals über 100 Millionen. Der Auftragseingang lag mit 1785 Millionen unter dem Vorjahresergebnis (1851 Mio.). Die RUAG-Gruppe war Ende 2014 weiterhin schuldenfrei und konnte ihr Nettovermögen auf 195 Millionen CHF (162 Mio.) ausbauen.

Bedeutende Funktionen im Verwaltungsrat der RUAG Holding AG und der Konzernleitung konnten mit hoch qualifizierten und erfahrenen Führungspersönlichkeiten neu besetzt werden. Verwaltungsratspräsident der RUAG Holding AG ist Hans-Peter Schwald.

Der Mitte 2013 erneuerte Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) wurde von der RUAG übernommen.

Der Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG beträgt per 31. Dezember 2014 103 Prozent (Vorjahr: 101 %).

Die RUAG hat das bestehende Instrumentarium für eine verantwortungsvolle Geschäftsführung mit der Einrichtung einer Whistleblower-Stelle weiter ausgebaut.

Der Bundesrat hat sich entschieden, die Strategischen Ziele für seine Beteiligung an der RUAG Holding AG bis Ende Juni 2015 zu revidieren. Zusätzlich hat er beschlossen, erstmals nach der Gründung der RUAG als privatrechtliche Aktiengesellschaft 1999 eine umfassende Standortbestimmung vorzunehmen. Die Ergebnisse werden in die übernächste Eigentümerstrategie einfließen. Der Bundesrat erwartet, dass die RUAG ihre erfolgreiche Geschäftsführung auch in der neuen Strategieperiode fortsetzen kann.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Nettoumsatz (Mio. CHF)	1 781	1 752
Reingewinn (Mio. CHF)	102	94
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1 226	1 219
Eigenkapitalquote in %	49,6	50,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	8 182	8 336
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
EBITDA (Mio. CHF)	193	196
EBIT (Mio. CHF)	115	115
Free Cash Flow (Mio. CHF)	57	100
Netto-Finanzposition ¹⁾ (Mio. CHF)	195	162
Auftragseingang (Mio. CHF)	1 785	1 851
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag	0	0
Gebühren	0	0

¹⁾ Nettovermögen

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Die RUAG-Gruppe stellt sicher, dass die Systeme der Schweizer Armee auch in Krisenzeiten mit hoher Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit eingesetzt werden können. Sie nimmt für das Gros der militärischen Systeme der Schweizer Armee die Rolle des Materialkompetenzzentrums wahr und erbringt in dieser Funktion neben Systembetreuungs- und Engineerings- auch Instandhaltungsleistungen auf industrieller Basis.

Aus Sicht der Schweizer Armee ist es deshalb entscheidend, dass sich die RUAG-Gruppe national und international weiterentwickeln kann, namentlich soll sich der Konzern gezielt Zugang zu neuen, für die Schweizer Armee wichtigen Technologien verschaffen und das entsprechende Know-how aufbauen können. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der vom Verwaltungsrat verabschiedeten

* Strategische Ziele: <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=38959>

Strategie der drei Säulen: 1. Verbindung ziviler und militärischer Anwendungen, 2. Fokussierung auf die Kerngeschäfte und 3. Internationales Wachstum.

Der Bundesrat hat entschieden, die Strategischen Ziele für die Beteiligung des Bundes an der RUAG Holding AG bis Ende Juni 2015 zu revidieren. Zusätzlich hat er beschlossen, erstmals nach der Gründung der RUAG als privatrechtliche Aktiengesellschaft 1999 eine umfassende Standortbestimmung vorzunehmen. Die Ergebnisse werden in die künftigen Eignerstrategien einfließen.

2. Finanzielle Ziele

Die RUAG-Gruppe konnte ihre finanzielle Basis im vergangenen Geschäftsjahr weiter festigen und die finanziellen Kennzahlen weiter stabilisieren. Die Finanzierung der Unternehmung ist mit einer Netto-Finanzposition von 195 Millionen CHF sichergestellt. Der Reingewinn steigt erstmals in der Unternehmensgeschichte auf über 100 Millionen.

Im Berichtsjahr investierte die RUAG-Gruppe rund 8 Prozent ihres Nettoumsatzes in Forschung und Entwicklung. Mit 140 Millionen lagen die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr (132 Mio.) leicht höher. Die eigenfinanzierten Forschungs- und Entwicklungskosten sanken um 5 Millionen auf 40 Millionen.

Die operative Leistungskraft der RUAG-Gruppe mit ihren fünf Divisionen konnte innerhalb der vom Bundesrat vorgegebenen Zielbänder konsolidiert und das bisherige Ertragswachstum des Technologiekonzerns konnte beibehalten werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RUAG baute im Berichtsjahr die Instrumente der guten Unternehmensführung weiter aus. Namentlich wurde ein Kodex für Geschäftspartner erlassen, die Klausel in den Arbeitsverträgen betreffend Absage an die Korruption präzisiert sowie neu auch eine Whistleblower-Stelle eingerichtet.

Der Bestand an Lernenden in der Schweiz betrug am 31. Dezember 2014 mit 348 Lernenden wiederum 8 Prozent der Belegschaft. An den SwissSkills 2014 erreichten die RUAG-Lernenden Spitzenränge und holten insgesamt fünf Medaillen.

Der Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG betrug Ende 2014 103 Prozent (Vorjahr 101 %). Der Stiftungsrat hat beschlossen, den technischen Zinssatz (Bewertungszins) für die Bewertung der Rentenverpflichtungen Ende 2014 von bisher 2,5 Prozent auf 1,5 Prozent zu reduzieren, was den technischen Deckungsgrad mit 6 Prozent belastet hat. Mit der Reduktion wird die Diskrepanz zu den Renditen auf den Anlagen verringert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RUAG hat per Ende Juli 2014 die beiden deutschen Firmen *Glückauf Logistik GmbH & Co* und *Herkules Fahrzeuglogistik GmbH* übernommen. Damit stärkt die Division *RUAG Defence* das internationale Unterhaltsgeschäft und hilft, dieses zu einer tragenden Stütze weiter zu entwickeln, um den abnehmenden Umsatz im Inland zu kompensieren.

Mit der Übernahme der Glaser Handels AG stärkt die Division *RUAG Ammotec* das Jagd- und Sportgeschäft in Europa durch einen eigenen Grosshandel.

Die Division *RUAG Space* verbreitete mit der Übernahme des Raumfahrtgeschäfts der finnischen Unternehmung *Patria* ihre Technologiebasis und ergänzte damit ihr Produktportfolio im Bereich der Raumfahrt-Elektronik.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die beiden Berichte der Revisionsstelle KPMG AG, Gümliigen-Bern, zur Konzernrechnung der RUAG-Gruppe und zur Jahresrechnung der RUAG Holding AG erfolgen ohne Einschränkungen, Hinweise oder Zusätze.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung 2014 fand am 23. April 2015 statt. Der Verwaltungsrat beantragte,

1. Geschäftsberichte und Jahresrechnungen der RUAG-Gruppe und der RUAG Holding AG für das Geschäftsjahr 2014 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung Entlastung zu erteilen;
3. die Honorare und Nebenleistungen der Verwaltungsratsmitglieder zu genehmigen;
4. der Ergebnisverwendung der RUAG Holding AG inkl. Auszahlung einer Dividende von 21 Millionen CHF zuzustimmen;
5. die bisherigen Verwaltungsräte Hans-Peter Schwald, Dr. Remo Lütolf, Egon W. Behle, Paul Häring, Markus Hutter, Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener und Jürg Oleas wieder zu wählen;
6. die externe Revisionsstelle KPMG AG wieder zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 25. März 2015 den Vorsteher des VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die 16. ordentliche Generalversammlung der RUAG Holding AG zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Hans-Peter Schwald löste den altershalber zurückgetretenen Konrad Peter als Verwaltungsratspräsident der RUAG Holding AG ab. Die Mitglieder Dr. Remo Lütolf, Markus Hutter und Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener sind neu in den Verwaltungsrat gewählt worden. Rita Baldegger trat 2014 als Kommunikationschefin und Dr. Patrick Grawehr als Generalsekretär in die erweiterte Konzernleitung ein. Am 1. Januar 2015 übernahm Dr. Alexander Toussaint die Funktion als CEO der Division RUAG Aerostructures.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Anne Héritier Lachat (Präsidentin), Paul Müller (Vizepräsident), Philippe Egger, Bruno Frick, Yvan Lengwiler, Günter Pleines, Franz Wipfli

Direktor: Mark Branson (seit Februar 2014)

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Die FINMA arbeitet in einem sehr dynamischen Umfeld. Sie wird laufend mit neuen Entwicklungen, sei es bei den beaufsichtigten Instituten oder aus dem wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Umfeld konfrontiert. Nach wie vor setzen schrumpfende Margen, Unsicherheit im grenzüberschreitenden Geschäft und ein generell zurückhaltendes Anlageverhalten viele Institute unter Druck. Hier ist es insbesondere Aufgabe der FINMA zu überprüfen, ob die Institute laufend über ausreichend Eigenmittel verfügen, liquide sind und die eigenen Risiken beherrschen.

Finanzmarktregulierung und -aufsicht in der Schweiz waren 2014 gleich mehrfach auf dem Prüfstand:

Anlässlich der Finanzsektorevaluation der Schweiz («Financial Sector Assessment Program, FSAP») bewertete der Internationale Währungsfonds (IWF) die personellen Ressourcen der FINMA als zu niedrig und regte Verbesserungen im Bereich der Aufsicht bei den Vorgaben an die Prüfgesellschaften im Rahmen der indirekten Überwachung der Grossbanken sowie bei der Intensität der Überwachung der mittleren und kleinen Institute an. Zudem vertrat der IWF unter anderem die Auffassung, dass die Grossbanken ihre Verschuldung weiter reduzieren sollen und dass die Führungsstruktur der Kantonalbanken und der Einlegerschutz gestärkt werden müssen.

In ihrem Schlussbericht zu Händen des Bundesrates formulierte die Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie diverse Empfehlungen zu Regulierungsprozess, Systemstabilität, steuerlichem Umfeld und Marktzutritt. Die Systemstabilität soll namentlich durch eine Stärkung des Schweizer «TBTF»-Regimes sowie Verbesserungen im System der Einlagensicherung erzielt werden.

Der Bundesrat richtete in einem Bericht über die Regulierungs- und Aufsichtstätigkeit der FINMA mehrere Empfehlungen an die Aufsichtsbehörde. Vor allem ortete er mit Blick auf die Aufsichtsinstrumente und das Aufsichtskonzept sowie die personellen Ressourcen der FINMA Verbesserungsbedarf.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Nettoertrag (Mio. CHF)	140,2	139,6
Reingewinn (Mio. CHF)	12,7	12,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	80,4	72,5
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	34,8	41,2
Eigenkapitalquote in % ²⁾	- 22,7	15,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	483,0	468,0
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Betriebsaufwand	127,3	126,8
Personalaufwand	98,6	99,5
Abgaben und Gebühreneinnahmen		
Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	114,7	119,0
Gebühren (Mio. CHF)	21,2	21,2

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre zweite Strategieperiode (2013–2016) beziehen sich auf fünf Bereiche.

(1) Prudenzielle Aufsicht: Die Stabilität und die Krisenresistenz des Schweizer Finanzplatzes werden durch konstant eingehaltene und international anerkannte prudenzielle Standards gestärkt. Geordnete und rasch umgesetzte Marktaustritte erfolgen möglichst ohne Schädigung für die Finanzmarktkunden.

Im Bankensektor konnte die Kapitalausstattung stabilisiert werden. Dies gilt sowohl für die risikogewichtete Kernkapitalquote («CET 1 Ratio») als auch die ungewichtete Eigenmittelquote («Leverage Ratio»). Ein Dutzend Marktaustritte von Banken wurden ohne Schädigung von Kunden begleitet. Wie bereits gegenüber der UBS AG und der Credit Suisse AG wurden gegenüber der Zürcher Kantonalbank die besonderen Anforderungen für das systemrelevante Einzelinstitut und die Finanzgruppe festgelegt.

Seitens der beiden Grossbanken erfolgten unter den Vorgaben der schweizerischen Notfallplanung erste Schritte, um das Inlandgeschäft und die systemrelevanten Funktionen in eigenständigen schweizerischen Rechtseinheiten zu bündeln.

Im Versicherungsbereich wurden die versicherungstechnischen Rückstellungen sämtlicher Lebensversicherer und einzelner Nichtlebensversicherer vertieft geprüft und bei Bedarf wurde deren Verstärkung angeordnet. Für ausgewählte Versicherungskonzerne wurde ein Sanierungs- und Abwicklungskonzept entwickelt. Weiter erarbeite die FINMA Anforderungen, damit Versicherungskonzerne und -konglomerate eine Selbstbeurteilung der Risikosituation und des Kapitalbedarfs («Own Risk and Solvency Assessment, ORSA») durchführen können.

Der Immobilienmarkt im Banken-, Versicherungs- und Fondsbereich wurde vertieft beobachtet und es erfolgten gezielte Prüfungen bei einzelnen Instituten. Auch wurden Massnahmen zur Eindämmung der Überhitzung im Hypothekemarkt getroffen.

Künftige Handlungsschwerpunkte bilden vor allem Massnahmen zur weiteren Stärkung der Stabilität im Finanzsektor (Entschärfung der «TBTF»-Problematik). Angestrebt werden auch Fortschritte bei der Umsetzung der Sanierungs- und Abwicklungsstrategie bei den Grossbanken sowie bei weiteren Banken. Im Versicherungsbereich sollen die unterschiedlichen Kapitalanforderungen zwischen dem Schweizer Solvenzttest «SST» und dem «Solvency II»-Regime der EU analysiert und gegebenenfalls eine Rekalibrierung des SST und/oder eine Verlängerung der befristeten SST-Erleichterungen in Betracht gezogen werden.

(2) Geschäftsverhalten: Zur Stärkung der Reputation des Finanzplatzes und zur Förderung von fairem Geschäftsverhalten und der Integrität der Finanzmarktakteure führt die FINMA Bewilligungsverfahren konsequent, schafft Transparenz über die unterschiedlichen Überwachungsintensitäten und setzt sich ein für international anerkannte Vorschriften im Kunden- und Anlegerschutz.

Es konnten mehrere grössere, medial beachtete Enforcement-Verfahren abgeschlossen werden und es wurde eine neue Enforcement-Leitlinie veröffentlicht. Zur Verstärkung der präventiven Wirkung von Enforcement legt die FINMA neu mehr Gewicht auf das Vorgehen gegen natürliche Personen, die Aufsichtsrecht mutmasslich schwer verletzt haben.

Für die direkt unterstellten Finanzintermediäre («DUFI», hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung von Geldwäschereivorschriften) wurde das risikobasierte Überwachungskonzept umgesetzt, insbesondere durch die Wiedereinführung von Vor-Ort-Kontrollen und der jährlichen Prüfpflicht durch die Prüfgesellschaft.

Künftig will die FINMA im Bereich des Geschäftsverhaltens ein Konzept zur systematischeren und FINMA-weit konsistenteren Beaufsichtigung des Geschäftsverhaltens erarbeiten und dessen Umsetzung einleiten. Weiter soll das Enforcement noch stärker als sichtbares Durchsetzungsmittel zur Erreichung der Aufsichtsziele eingesetzt werden, insbesondere bei Verletzungen von Verhaltensregeln.

(3) Nationale und internationale Zusammenarbeit: Bei den internationalen Tätigkeiten bündelt die FINMA ihre Kräfte und setzt sich für die wichtigen Kernthemen ein. In der nationalen Zusammenarbeit funktioniert der Informationsfluss effizient, und die Kompetenzen der Behörden sind klar.

Bei der Überprüfung der Einhaltung internationaler Standards in Regulierung und Aufsichtspraxis in der Schweiz durch den IWF wurde eine zufriedenstellende Beurteilung erreicht.

Im Frühjahr 2014 wurde die FINMA erneut in das Exekutivkomitee der International Association of Insurance Supervisors (IAIS) gewählt.

2015 wird die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) von der FINMA die Aufsicht über Prüfgesellschaften im aufsichtsrechtlichen Bereich übernehmen; die FINMA bleibt aber für die Festlegung der Inhalte und Grundsätze zur sogenannten Aufsichtsprüfung zuständig. International steht das Länderexamen der Financial Action Task Force (FATF) im Bereich der Geldwäschereivorschriften bevor. Dabei strebt die FINMA in enger Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) eine faire und sachgerechte Beurteilung des Schweizer Ansatzes zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung an.

(4) Regulierung: Die FINMA analysiert bestehende Regulierungen und Rechtsentwicklungen aus Sicht der Finanzmarktaufsicht, schlägt relevante Änderungen vor, unterstützt mit ihrer fachlichen Expertise die prioritären Regulierungsvorhaben und legt ihre eigenen Anliegen frühzeitig und transparent dar. In ihrem Zuständigkeitsbereich reguliert die FINMA nur, soweit dies mit Blick auf die Aufsichtsziele notwendig ist.

Neue bundesrätliche Vorgaben zu Liquidität und Rechnungslegung wurden von der FINMA auf Rundschreiben-Stufe konkretisiert. Weiter wurden Rundschreiben zur «Leverage Ratio», zur Offenlegung von Kennzahlen bei Banken und zum Prüfwesen verabschiedet. Auf Gesetzesstufe brachte die FINMA Aufsichts Anliegen in die vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) geführten Gesetzgebungsprojekte ein (Finanzmarktinfrastrukturen sowie Finanzdienstleistungen und Finanzinstitute).

Bei den Arbeiten der Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie wirkte die FINMA aktiv mit,

unter anderem durch Erarbeitung massgebender Grundlagen in den Bereichen «TBTF»-Regime, systemrelevante Versicherer und Finanzmarktregulierung. Weiter setzte sie sich für die Äquivalenzanerkennung durch die EU ein.

Die weitere Umsetzung von «Basel III» wird ein Schwerpunkt bleiben. Zudem will die FINMA zu Händen des EFD einen Vorschlag zur Revision des Bankeninsolvenzrechts einreichen, um einerseits internationale Standards umzusetzen und um andererseits identifizierte Schwachstellen im Schweizer Dispositiv zu beseitigen.

(5) FINMA als Behörde: Die FINMA erbringt ihre Leistung mithilfe von kompetenten und integren Mitarbeitenden und auf der Grundlage effizienter Prozesse. Sie führt einen sachlichen und offenen Dialog mit ihren Anspruchsgruppen und informiert die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit.

Der Prozess zum Einsatz externer Beauftragter konnte optimiert werden. Auch wurde ein zentrales Beschaffungs- und Vertragsmanagement gebildet.

Die Ziele und Grundsätze der Kommunikation wurden in einer neuen Kommunikationsleitlinie publiziert.

Künftig will die FINMA weiter an Prozess- und Qualitätsoptimierungen arbeiten. Vorgesehen sind zudem Massnahmen für eine Effizienzsteigerung und mehr Sicherheit im Dokumentenmanagement sowie im Informationsaustausch mit Beaufsichtigten und weiteren Partnern durch Entwicklung eines «Extranet». Durch eine Revision der für die FINMA geltenden Personalverordnung möchte die Aufsichtsbehörde weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber bleiben, um die nötige Fachkompetenz zu erhalten.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Diese Regelung ist Ausfluss der finanziellen Unabhängigkeit der FINMA. Für Aufsichtsverfahren im Einzelfall und Dienstleistungen erhebt die FINMA möglichst verursachergerechte Gebühren. Für Kosten der FINMA, die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden können, wird von den Beaufsichtigten pro Aufsichtsbereich und in Abhängigkeit zur Grösse der Beaufsichtigten eine jährliche Pauschalabgabe, die sogenannte Aufsichtsabgabe, erhoben. Der Anteil der Gebühren am Gesamtertrag der FINMA stieg von 12,3 % (2009) auf gut 15,5 % (2010–2012), während er 2013 leicht auf 15,2 % sank. 2014 stieg der Anteil auf 19,4 %. Innerhalb der einzelnen Aufsichtsbereiche reichte die Spannbreite beim Anteil der Gebühren am jeweiligen Nettoertrag von 7,7 % (Versicherer) bis 73,3 % (Kollektive Kapitalanlagen).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven der FINMA entsprechen der gesetzlich verlangten Reservebildung.

In seinem Bericht vom 18. Dezember 2014 zur Aufsichts- und Regulierungstätigkeit der FINMA¹ setzte sich der Bundesrat auch mit der Finanzierung der FINMA auseinander. Er gelangte zum Schluss, dass das aktuelle Finanzierungsmodell beizubehalten und insbesondere eine Finanzierung über Steuern abzulehnen ist.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Seit ihrem Bestehen hat die FINMA ihre personellen Ressourcen gezielt ausgebaut. Dies ist sowohl auf externe Einflüsse wie neue Aufgaben in Folge der Revision der Finanzmarktgesetzgebung als auch auf den Ausbau von bestehendem Know-how zurückzuführen. Gleichwohl ist der Personalbestand der FINMA verglichen mit anderen Aufsichtsbehörden eher tief. Dies lässt sich zum Teil mit dem Aufsichtssystem der Schweiz erklären, das externe Prüfgesellschaften stark in die Aufsichtstätigkeit einbindet.

Der IWF gelangte in seiner Beurteilung vom 28. Mai 2014 zur Finanzstabilität sowie der Einhaltung internationaler Standards in Regulierung und Aufsichtspraxis in der Schweiz² zum Schluss, dass die FINMA über hoch qualifiziertes Personal und grundsätzlich über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen verfügt. Jedoch verlangte der IWF im Bereich der Bankenaufsicht eine weitere Erhöhung der personellen Ressourcen in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Zudem erachtete er die relativ hohe Fluktuationsrate in gewissen Geschäftsbereichen als kritisch und sprach entsprechende Empfehlungen aus.

Der Bundesrat empfahl der FINMA in seinem Bericht vom 18. Dezember 2014 zur Aufsichts- und Regulierungstätigkeit der FINMA, ihre personellen Ressourcen entsprechend der Bedeutung der einzelnen Aufsichtsbereiche einzusetzen. Zudem soll die FINMA die Kosten und den Nutzen der im Vergleich zur Fluktuationsrate anderer selbstständiger Einheiten des Bundes und der Nettofluktuation in der Bundesverwaltung hohen Fluktuation kritisch würdigen sowie geeignete Massnahmen gegen diese ergreifen. Insbesondere ist auf eine gute Durchmischung zwischen jüngeren Spezialisten und erfahrenen Mitarbeitenden zu achten.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Organisationen und Verbände und leistet regelmässig Beiträge zu deren Arbeit mit dem Ziel,

¹ <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=55751>

² <http://www.imf.org/external/NP/fsap/fsap.aspx>

die Entwicklungen auf internationaler Ebene mitzugestalten. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an sogenannten Kooperationen beteiligt noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss Bericht vom 25. Februar 2015 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Recht entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nachdem Patrick Raaflaub sein Amt als Direktor der FINMA auf Ende Januar 2014 niedergelegt hatte, genehmigte der Bundesrat am 26. März 2014 die Wahl von Mark Branson zum Direktor. Mark Branson hatte diese Funktion seit dem 1. Februar 2014 bereits interimistisch wahrgenommen.

Am 16. April 2014 wählte der Bundesrat Philippe Egger in den Verwaltungsrat der FINMA.

Nach Art. 21 Abs. 2 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FINMAG, SR 956.1) finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 19. November 2014.

Am 17. Dezember 2014 verabschiedete der Bundesrat einen Bericht über die Prüfung der Regulierungs- und Aufsichtstätigkeit der FINMA. Er erfüllte damit verschiedene parlamentarische Vorstösse.

Den Geschäftsbericht 2014 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 13. März 2015.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Daum (Präsident), Max Gsell (Vizepräsident), Jan Atteslander, Caroline Gueissaz, Barbara Hayoz, Beda Moor, Beat C. Ochsé, Rolf Pfenninger, Urs Ziswiler

CEO: Herbert Wight

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Die SERV konnte die schweizerische Exportwirtschaft auch 2014 wirkungsvoll unterstützen. Insgesamt wurden Versicherungspolizen und grundsätzliche Versicherungszusagen in der Höhe von 5690,2 Millionen Franken neu ausgestellt. Die Anzahl neuer Geschäfte verringerte sich im Berichtsjahr von 854 auf 838.

Nachdem der Unternehmenserfolg im Vorjahr 0,2 Millionen Franken betragen hatte, konnte die SERV das Geschäftsjahr 2014 mit einem Reingewinn von 122,3 Millionen Franken abschliessen. Erzielt wurde dieses Jahresergebnis vorwiegend wegen des Rückzahlungsabkommens mit Argentinien und der daraus resultierenden Neubewertung der Forderungen gegenüber diesem Land. Ebenfalls dazu beigetragen haben höhere Prämieinnahmen und ein tieferer Schadenaufwand als im Vorjahr. Das Eigenkapital der SERV stieg 2014 auf 2571,1 Millionen Franken an und weist 542,9 Millionen Franken mehr auf als in der Eröffnungsbilanz von 2007. Die SERV verfügt damit für die Erfüllung ihres Auftrags über eine gute Risikotragfähigkeit. Auch dem gesetzlichen Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit wird voll Genüge getan.

Auch im Berichtsjahr bestätigten sich die im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen II des Bundes eingeführten Produkte (Bondgarantie, Fabrikationskreditversicherung und Refinanzierungsgarantie) als wichtige und nötige Ergänzungen des „klassischen“ Produktangebots der SERV. Insgesamt förderte die SERV 2014 mit diesen Produkten Exportgeschäfte im Umfang von 2663 Millionen Franken, was zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Schweiz beitrug (Art. 5 Bst. a SERVG). Folgerichtig wurde vorgesehen, diese „Stabilisierungsprodukte“ mit der Teilrevision des SERV-Gesetzes auf Anfang 2016 dauerhaft ins ordentliche Recht zu überführen.

Die schweizerische Exportwirtschaft bewegt sich weiterhin in einem anspruchsvollen internationalen Umfeld und ist 2015 wegen der Frankenaufwertung noch mehr herausgefordert. Mit den richtigen Produkten und einer starken Kapitalbasis kann die SERV die Exporteure in dieser schwierigen Situation zielgerichtet und im Einklang mit internationalen Standards unterstützen.

Die SERV beachtete auch 2014 sowohl das Subsidiaritätsprinzip als auch die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz. Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die SERV bei der Erreichung der strategischen Ziele 2011-14 gut auf Kurs ist.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Prämiererträge (Mio. CHF)	59,6	50,5
Reingewinn (Mio. CHF)	122,3	0,2
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	22,9	21,2
Personalbestand (Anzahl VZA)	41,5	38,7
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Exposurebestand (Mio. CHF)	9 467,9	9 030,6
Neuexposure (Mio. CHF)	5 690,2	6 363,6
Neuexposure (Anzahl Policen)	838	854
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	31,7	127,1
Schadenaufwand (Mio. CHF)	55,8	65,6
Kapital (in Mio. CHF)	2 571,1	2 448,8
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren	0	0

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Die SERV verfügt heute mit ihrem „klassischen“ Produktangebot und den im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen II befristet bis Ende 2015 eingeführten Produkten über ein international wettbewerbsfähiges Produktportfolio. Dabei hat die Praxis der letzten Jahre gezeigt, dass die Wirksamkeit der „klassischen“ Produkte entscheidend von der Versicherbarkeit des privaten Käuferrisikos abhängt. So beruhte das Neuexposure von 2014 zu 52 Prozent auf der Deckung solcher Risiken. Des Weiteren sind die „Stabilisierungsprodukte“ für die Exporteure wichtige Sicherungsinstrumente im internationalen (Finanzierungs-) Wettbewerb geworden und gehören mittlerweile zum Standardrepertoire vieler ausländischer Exportkreditagenturen ("Export Credit Agencies"). Mit diesen Produkten wurden im Jahr 2014 Exportgeschäfte im Umfang von 2663 Millionen Franken versichert. Aufgrund einiger grösserer Projekte, welche mit Fabrikationskreditversicherungen und Bondgarantien unterstützt werden konnten, war der Umfang 2014 deutlich grösser als im

*Strategische Ziele: www.serv-ch.com > Dokumente > Über uns. Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für die Periode 2011-2014 um ein Jahr bis Ende 2015 verlängert. Mit der Verlängerung ist die Synchronisation mit der Gesetzes- und Verordnungsänderung gewährleistet.

Vorjahr. Ebenfalls angestiegen ist im Jahre 2014 bei diesen Instrumenten die Anzahl ausgestellter Versicherungszusagen und -policen (um 26 Prozent auf 246).

Am 12. Dezember 2014 wurde die vom Bundesrat beantragte Teilrevision des SERV-Gesetzes von beiden Räten gutgeheissen. Es ist vorgesehen, die bis Ende 2015 befristeten „Stabilisierungsprodukte“ auf Anfang 2016 nahtlos ins ordentliche Recht zu überführen und damit die „klassischen“ Versicherungsmöglichkeiten der SERV dauerhaft durch die Fabrikationskreditversicherung, die Bondgarantie und die Refinanzierungsgarantie zu ergänzen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der SERV. Geschäftsschwerpunkt der SERV bilden weiterhin die bewährten Lieferantenkredit-, Käuferkredit-, Fabrikationsrisiko- und Globalversicherungen.

Im vergangenen Jahr sicherte die SERV mit Versicherungen und Garantien in der Höhe von 5690,2 Millionen Franken Exportgeschäfte ab. Sie stellte 728 VP mit versicherten Beträgen von insgesamt 4465,0 Millionen Franken aus (Neuengagement). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 928,9 Millionen Franken oder 26 Prozent. Bei den GV war im Berichtsjahr mit 110 genehmigten Anträgen über insgesamt 1225,1 Millionen Franken eine leichte Abnahme zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2013 hat sich das Neuexposure (GV & VP) insgesamt um 11 Prozent verringert und die Anzahl neu ausgestellter VP und GV ist innert Jahresfrist von 854 auf 838 leicht gesunken. Der Absicherungsbedarf der Schweizer Exporteure ist insbesondere im KMU-Bereich weiter hoch. Mehr als zwei Drittel (72 Prozent) der 258 aktiven SERV-Kunden sind KMU.

Das Angebot der SERV ist in der ganzen Schweiz für alle Branchen zugänglich. Dies wird durch die mehrsprachigen Informationsangebote und die für Neukunden der Romandie und des Tessins zuständigen Beratungspersonen sichergestellt. Zudem führt die SERV regelmässig gut besuchte Informationsveranstaltungen und Schulungen durch, um weniger erfahrene Kunden mit dem Produktangebot der SERV bekannt zu machen. Auch hat sie die Bemühungen, ihr Förderungsangebot auf Dienstleistungen wie z.B. Architektur, Engineering oder IT auszuweiten, fortgesetzt.

Um den Bedürfnissen der Kunden gerecht zu werden und ihnen die gesamte Antragsabwicklung schnell und mit geringerem Aufwand über das Internet zu ermöglichen, arbeitet die SERV an weiteren Verbesserungen der entsprechenden Web-Tools. Im vergangenen Jahr wurde das Projekt Fast Track weiterentwickelt, mit welchem der Bearbeitungs- und Prüfaufwand der kleinen, einfachen Geschäfte gesenkt und die Antragsabwicklung verkürzt werden soll.

Die SERV versichert gemäss Art. 5 SERV-V keine markt-fähigen Risiken. Das heisst, dass sie, in Anlehnung an die Praxis der EU, kurzfristige Exportkredite in Länder mit grundsätzlich markt-fähigen Risiken nur versichert, wenn die privaten Versicherungen eine Deckung ablehnen.¹ Welche Bestimmungsländer davon betroffen sind, wird auf dem SERV-Webportal publiziert.² Bei diversen Geschäften wurden die in der Schweiz tätigen privaten Kreditversicherer zu Rückversicherungen eingeladen. Zudem fand 2014 ein reger bilateraler und institutioneller Austausch mit Privatversicherungen statt.

Die SERV berücksichtigt in ihrer Geschäftstätigkeit die aussenpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Dabei verwendet sie seit 2008 ein integriertes Compliance-Prüfverfahren und hält sich an die Empfehlungen der Umwelt- und Sozialleitlinien der OECD (Common Approaches). Gegenstand der Prüfung durch die SERV sind insbesondere Umwelt-, Menschenrechts-, Sozial-, Entwicklungs- und Korruptionsaspekte der versicherbaren Exportgeschäfte. Im Berichtsjahr gab es keine Geschäfte von besonderer Tragweite, die gemäss Art. 34 SERV-G den Einbezug des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) oder des Bundesrats erfordert hätten.

Die SERV führte im November 2014 den jährlichen Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft (NROs) durch. Dabei zeigten sich die Vertreter der NROs (Alliance Sud, Amnesty International, WWF Schweiz, Transparency International und Erklärung von Bern) insgesamt befriedigt von der Geschäftspolitik und den Prozessen der SERV sowie ihrer Art, Geschäfte von öffentlichem Interesse zu behandeln. Die SERV beantwortete konkrete Fragen betreffend die Berücksichtigung der Menschenrechte und informierte über die Entwicklung der einschlägigen Diskussionen in der OECD. Im Weiteren pflegte die SERV – auch auf Verwaltungsratsebene – einen regelmässigen Kontakt mit den interessierten Wirtschaftsverbänden (u.a. Swissmem, Scienceindustries, Economie-suisse und verschiedene Handelskammern).

SERV-Delegationen besuchten die Treffen der Berner Union, um sich dort über die weltweiten Entwicklungen in der Exportkreditversicherung zu informieren. Auch unterstützte die SERV das SECO bei den Sitzungen der OECD, der International Working Group on Export Credits (IWG) und des Pariser Clubs.

2. Finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung der SERV weist für das Jahr 2014 einen positiven Unternehmenserfolg aus. Der Reingewinn ist mit 122,3 Millionen Franken deutlich höher als im Vorjahr (0,2 Millionen Franken). Erzielt wurde diese Ergebnisverbesserung vor allem dank der Neubewertung der For-

¹ www.serv-ch.com > Dokumente > Informationen > Information Subsidiarität

² www.serv-ch.com > Deckungspraxis > Länder- und Bankendeckungspraxis

derungen gegenüber Argentinien in der Folge eines Rückzahlungsabkommens mit diesem Land. Ebenfalls dazu beigetragen haben gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Millionen Franken höhere Prämieinnahmen und um 9,8 Millionen Franken tiefere Schadenaufwendungen.

Wie in den Vorjahren kann die SERV im Jahr 2014 sowohl auf Betriebsebene als auch auf Unternehmensebene insgesamt den gesetzlich geforderten Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis erbringen. Auf der Unternehmensebene (Eigenwirtschaftlichkeit 2) wird in allen Sparten ein positives Ergebnis erreicht. Die langfristige Eigenwirtschaftlichkeit der SERV ist somit gegeben.

Ende 2014 verfügte die SERV über finanzielle Mittel von insgesamt 2187,7 Millionen Franken. Davon hält sie 157,9 Millionen Franken in flüssiger Form zur Erfüllung kurzfristiger Verpflichtungen (Schadenzahlungen); der Rest ist gemäss Art. 28 SERVG mit unterschiedlichen Fristen beim Bund angelegt. Damit ist die SERV praktisch keinem Anlagerisiko ausgesetzt; sie erzielt jedoch auf den Anlagen auch nur eine geringe Rendite.

Das Gesamtkapital der SERV betrug am Bilanzstichtag 2571,1 Millionen Franken. Gegenüber der Eröffnungsbilanz vom 1.1.2007 nahm es um 542,9 Millionen Franken zu. Die Risikotragfähigkeit der SERV konnte damit weiter gestärkt werden und reicht gut aus, um ihren Förderungsauftrag zu erfüllen.

Der vom Bundesrat festgesetzte maximale Verpflichtungsrahmen von 12 Milliarden Franken ist Ende 2014 mit 81 Prozent ausgenutzt (Vorjahreswert 74 %). Sollte sich eine starke Zunahme des Exposures abzeichnen, würde die SERV dem Bundesrat rechtzeitig einen entsprechenden Erhöhungsantrag unterbreiten.

Die vom Verwaltungsrat 2008 eingeführte und 2010 revidierte Risikopolitik bildet die Grundlage für eine umfassende Steuerung sowohl der finanziellen Risiken (Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken) als auch der operationellen Risiken (IT-, Audit-, Kontroll- und Compliance-Risiken) sowie der strategischen und Reputationsrisiken. Eine umfassende Prüfung des angewandten Kreditrisikomodells durch die PWC Zürich erfolgte im Jahr 2013. Die Ergebnisse zeigten, dass die Kredit- und Ratingmodelle der SERV ihrem Geschäftsmodell entsprechend adäquat sind. Im Jahr 2014 wurden einige formelle und organisatorische Anpassungen der Risikopolitik und des Risikomanagements der SERV vorgenommen; materiell bleibt die Risikopolitik jedoch unverändert. Die Existenz des internen Kontrollsystems (IKS) nach Massgabe des Obligationenrechts wurde auch 2014 durch die externe Revisionsstelle bestätigt.

3. Personalpolitische Ziele

Die SERV ist nach eigenen Einschätzungen eine attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin, die ihre Mitarbeitenden leistungsgerecht entschädigt. Am Jahresende waren 45 Mitarbeitende zu 41,5 Vollzeitäquivalenten bei der SERV angestellt. Die Fluktuationsrate lag im Berichtsjahr

bei neun Prozent, wobei verschiedene jüngere Mitarbeitende nach mehrjähriger Tätigkeit für die SERV Entwicklungschancen bei anderen Arbeitgebern wahrnahmen. Die SERV legt grossen Wert auf die Weiterbildung und Förderung ihrer Mitarbeitenden und unterstützte deshalb Aus- und Weiterbildungen im Umfang von rund 150'000 Franken, was ca. 3,1 Prozent der Lohnsumme entspricht. Seit 2010 ist die SERV ein Lehrbetrieb und bildet drei Lernende zum/zur Kaufmann/-frau aus.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die SERV hat 2014 ihre langjährige Kooperation mit dem schweizerischen Wirtschaftsverband *scienceindustries* (Chemie, Pharma und Biotech) im Rahmen der Ausstellung von Globalpolicen für dessen Mitgliedsfirmen fortgesetzt. Sie ist keine neuen Kooperationen oder Beteiligungen eingegangen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Mittelflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2014 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen Jahresrechnung und Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen und vermitteln ein der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild. Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem (IKS) existiert, welches dem Risikomanagement der SERV dient.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurde der Geschäftsbericht 2014 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV über die Erreichung der strategischen Ziele 2011-14 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 9. Februar 2015 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Ziffer C. unterbreiteten Berichte am 1. April 2015 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Swisscom AG

Internet: www.swisscom.com

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Catherine Mühlemann, Michel Gobet (Personalvertreter), Hugo Gerber (Personalvertreter), Hans Werder (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Externe Revisionsstelle: KPMG, Muri

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Im Jahr 2014 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *erreicht*.

Swisscom erfüllte alle Erwartungen hinsichtlich Marktstellung, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, finanzielle Stabilität und Ertragskraft, Service Public, soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit.

In der Schweiz festigte Swisscom die Marktführerschaft in allen wichtigen Geschäftsbereichen und investierte weiterhin grosse Summen (CHF 1,75 Mrd.) in die Netzinfrastruktur. Mittlerweile sind 1,4 Millionen Wohnungen und Geschäfte mit Ultrabreitband (über 50 Mbit/s) erschlossen, und 97 Prozent der Bevölkerung können den neuesten Mobilfunkstandard LTE (bis 150 Mbit/s) nutzen. Der Umsatz konnte trotz anhaltender Preiserosion gesteigert werden. Die Zusammenführung der Geschäftseinheiten Grossunternehmen und IT-Services zur Division «Enterprise» wurde erfolgreich abgeschlossen.

Auch im zweiten wichtigen Markt Italien gelang es der Tochtergesellschaft Fastweb, Kundenbestand, Marktanteil und Umsatz zu steigern. Die Rentabilität blieb dagegen weiterhin schwach. Die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb wurde bestätigt.

Swisscom räumt dem Datenschutz und der Informationssicherheit hohe Priorität ein. Das im Berichtsjahr in Betrieb genommene Rechenzentrum in Bern Wankdorf wurde nach den weltweit anspruchsvollsten Sicherheitsstandards zertifiziert.

Ein weiteres prägendes Ereignis im Geschäftsjahr 2014 war der Kauf des Marketingunternehmens PubliGroupe für 475 Millionen Franken. Mit der vollständigen Übernahme des Online-Verzeichnisportals «local.ch», das zuvor im Rahmen eines Joint Venture mit PubliGroupe betrieben worden war, stärkt Swisscom ihre Position im Schweizer Werbemarkt.

Swisscom ist ein attraktiver Arbeitgeber, wie die überdurchschnittlich hohe Arbeitszufriedenheit und Unternehmensverbundenheit der Mitarbeitenden belegen.

Im Inlandgeschäft ist Swisscom weiterhin gefordert, die Margenerosion im Stammgeschäft durch Innovationen zu kompensieren. Im Auslandgeschäft gilt es, die Rentabilität von Fastweb zu erhöhen und damit die gute Positionierung des Unternehmens im italienischen Markt weiter zu stärken.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 703	11 434
Reingewinn (Mio. CHF)	1 706	1 695
Bilanzsumme (Mio. CHF)	20 932	20 496
Eigenkapitalquote in %	26,1	29,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	21 125	20 108

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31.12.	522,50	470,90
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Total Shareholder Return ¹⁾ (%)	15,7	25,2
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	8 120	7 812
Nettoverschuldung ÷ EBITDA ¹⁾	1,8	1,8

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ (Dividende + Veränderung des Aktienkurses) ÷ Aktienkurs am Bilanzstichtag des Vorjahres

²⁾ Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom konnte als führende Anbieterin von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen in der Schweiz ihre Marktposition in allen Geschäftsbereichen festigen und den Umsatz – trotz Preissenkungen im Umfang von rund 360 Millionen Franken – steigern. Die im Branchenvergleich überdurchschnittliche Kundenzufriedenheit und -loyalität wurde bestätigt. Die auf Qualität- und Innovationsführerschaft ausgerichtete Strategie des Unternehmens bewährte sich. Swisscom investierte 1,75 Milliarden Franken mit dem Anspruch, stets das leistungsfähigste und zuverlässigste Netz anzubieten. Per Ende Jahr waren 1,4 Millionen Wohnungen und Geschäfte mit Ultrabreitband erschlossen, wobei verschiedene Formen der Glasfaser-Technologie zur Anwendung kamen. Die Abdeckung mit dem leistungsfähigen Mobilfunkstandard

* Strategische Ziele: www.uvek.admin.ch > Das UVEK > Bundesnahe Betriebe > Zielvorgaben und Zielerreichung

der 4. Generation (LTE) erreichte 97 Prozent der Bevölkerung.

Eine ähnliche Strategie verfolgt die Tochtergesellschaft Fastweb in Italien und ist damit ebenfalls erfolgreich. Im Berichtsjahr konnte Fastweb – als einziges Telekommunikationsunternehmen in Italien – den Marktanteil und den Umsatz steigern. Aufgrund der hohen Investitionen in den Ausbau der Netzinfrastruktur – Fastweb finanziert alle Investitionen aus dem eigenen Cash Flow – fiel das Ergebnis nach Abschreibungen leicht negativ aus. Die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb wurde bestätigt.

Swisscom stellte die Grundversorgung in der ganzen Schweiz gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelde-rechts ohne Abgeltungen sicher und gewährleistete den diskriminierungsfreien Zugang zum eigenen Netz. Auch jenseits der gesetzlichen Verpflichtungen engagierte sich Swisscom für einen möglichst barrierefreien Zugang aller Bevölkerungsteile zur digitalen Welt sowie für die Informationssicherheit, also für den Schutz der Kundendaten vor Verlust und unbefugtem Zugriff. Die Nachhaltigkeitsstrategie von Swisscom erhielt internationale Anerkennung.

2. Finanzielle Ziele

Der Nettoumsatz des Konzerns stieg um 2,4 Prozent auf 11,7 Milliarden Franken. Das Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) nahm um 2,6 Prozent auf 4,4 Milliarden zu. Der Reingewinn stieg um 0,6 Prozent auf 1,7 Milliarden.

Der Aktienkurs erhöhte sich um 11 Prozent auf 522,50 Franken per Bilanzstichtag. Damit übertraf die Performance der Swisscom-Aktie jene des SMI und des europäischen Branchenindex «STOXX Europe 600 Telco».

Die Dividende für das Geschäftsjahr 2014 beträgt unverändert 22 Franken pro Aktie. Die Beteiligungseinnahmen des Bundes belaufen sich auf rund 580 Millionen Franken.

Die Nettoverschuldung stieg – hauptsächlich infolge der Übernahme der PubliGroupe – um 308 Millionen Franken auf 8,1 Milliarden Franken. Wegen der gleichzeitigen Zunahme des EBITDA blieb das Verhältnis zwischen Nettoverschuldung und EBITDA unverändert bei 1,8 (der Bundesrat hat die Verschuldungsgrenze beim 2,1-fachen des EBITDA angesetzt).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom ist ein attraktiver Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Vielfalt, Chancengleichheit und Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden werden gefördert. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist hoch: Die im Berichtsjahr durchgeführte Umfrage unter den Mitarbeitenden ergab eine im Branchenvergleich überdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit und Verbundenheit mit dem Unternehmen und zeigte in fast allen Kriterien eine Verbesserung gegenüber der bereits

sehr positiv ausgefallenen Umfrage von 2012. Der Personalbestand in der Schweiz nahm im Berichtsjahr - primär als Folge von Akquisitionen - um 910 (+5,2 %) auf 18 272 Vollzeitstellen zu. Indirekt trug Swisscom mit ihren Investitionen in die Netzinfrastruktur zur Sicherung weiterer Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz bei. Swisscom ist der grösste Ausbilder von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Im Berichtsjahr absolvierten 922 Lernende eine Lehre im Unternehmen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die wichtigste Beteiligung von Swisscom ist Fastweb, der führende alternative Festnetzbetreiber Italiens. Das strategische Ziel, durch Wachstum im vergleichsweise wenig gesättigten italienischen Breitbandmarkt einen positiven Wertbeitrag zu erwirtschaften, konnte bisher nicht erreicht werden. Das führte im Jahr 2011 zu einer Wertberichtigung der Beteiligung an Fastweb im Umfang von 1,55 Milliarden Franken. Seither hat sich Fastweb gut entwickelt. Sowohl im Geschäfts- als auch im Privatkundenbereich konnte der Kundenbestand und der Marktanteil deutlich gesteigert werden. 2014 wurde ein Betriebsergebnis vor Abschreibungen (EBITDA) von 515 Millionen Euro erwirtschaftet. Da Fastweb gleichzeitig 562 Millionen Euro in den Ausbau der eigenen, hochmodernen Netzinfrastruktur investierte, fiel das Ergebnis nach Abschreibungen (EBIT) leicht negativ aus (-11 Mio. Euro). Die Werthaltigkeit der Beteiligung an Fastweb wurde bestätigt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) ist zum Ergebnis gekommen, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2014 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 13. Mai 1998 über die Statuten von Swisscom AG werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK respektive durch eine von ihnen bevollmächtigte Vertretung gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG fand am 8. April 2015 in Zürich statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2014 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2014 im Sinne einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;

4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung zu erteilen;
5. Hansueli Loosli (als Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Catherine Mühlemann, Michel Gobet und Hugo Gerber für die Amtsdauer von einem Jahr in den Verwaltungsrat wiederzuwählen;
6. Barbara Frei, Thorsten Kreindl, Theophil Schlatter, Hans Werder und Hansueli Loosli (ohne Stimmrecht) für die Amtsdauer von einem Jahr in den Vergütungsausschuss wiederzuwählen;
7. nach den Vorgaben der Statuten und der Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) den maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen für das Geschäftsjahr 2016 auf 2,6 Millionen Franken für den Verwaltungsrat und auf 9,7 Millionen Franken für die Konzernleitung festzulegen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. KPMG AG, Muri bei Bern, für das Geschäftsjahr 2015 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 25. März 2015 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

SBB AG

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Ulrich Gygi (Präsident), Monika Ribar (Vizepräsidentin), Andrea Hämmerle (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Andreas Hunziker, Conrad Löffel, Peter Siegenthaler, Hans-Jürg Spillmann, Alexandra Post Quillet

CEO: Andreas Meyer

Externe Revisionsstelle: Ernst & Young, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Im Jahr 2014 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien, beim Güterverkehr und teilweise im Personenverkehr. Handlungsbedarf besteht im Infrastrukturbereich. Die finanzielle Situation der SBB bleibt herausfordernd. Für eine nachhaltige Verbesserung der Jahresergebnisse erwartet der Bundesrat eine Steigerung der Produktivität, insbesondere im Personenverkehr.

Das Jahresergebnis der SBB stieg auf 373 Millionen Franken (Vorjahr 238 Mio.). Der Free Cash Flow reichte jedoch nicht aus, um die kommerziellen Investitionen aus den eigenen Mitteln zu erwirtschaften. Die verzinliche Nettoverschuldung stieg auf 7,7 Milliarden und erreichte das 15-fache des EBIT. Der Bundesrat erwartet eine mittelfristige Begrenzung der verzinlichen Nettoverschuldung auf das 12-fache des EBIT.

Der Personenverkehr verzeichnete eine deutliche Verkehrszunahme: Der Regionalverkehr wuchs mit 4,6 Prozent (Vorjahr 1,0 %) stärker als der Fernverkehr mit 1,8 Prozent (Vorjahr 1,4 %). Bei der Pünktlichkeit der Züge und bei der Kundenzufriedenheit ist eine leichte Zunahme auf hohem Niveau festzustellen.

Im Güterverkehr erzielte SBB Cargo bei zunehmender Verkehrsleistung zum zweiten Mal ein positives Jahresergebnis. Um das Geschäft vor dem Hintergrund der Aufhebung des Euromindestkurses nachhaltig zu sichern, sind weitere Massnahmen zur Ergebnisverbesserung in Umsetzung.

Die Ziele im Infrastrukturbereich hat die SBB nur teilweise erreicht. Betrieb und Erhalt der stark belasteten Infrastruktur erforderten 2014 zusätzliche Unterhaltsarbeiten und deutlich mehr Mittel.

Die personellen Ziele wurden erreicht. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden stieg von 61 auf 66 Punkte. Zudem haben SBB und Sozialpartner einen neuen GAV für das Stammhaus abgeschlossen, der am 1. Januar 2015 mit einer Laufzeit von vier Jahren in Kraft trat.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	8 542	8 319
Konzerngewinn (Mio. CHF)	373	238
Bilanzsumme (Mio. CHF)	38 106	36 412
Eigenkapitalquote in %	29,9	30,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	32 730	30 977

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	66	61
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	1,2	1,0
Kundenpünktlichkeit (%)	87,7	87,5
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	104	96
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	33	15
Verzinliche Nettoverschuldung (Mio. CHF)	7 720	7 507

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	2 199	2 156
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Der Personenverkehr ist weiter gewachsen: Der abgeltungsberechtigte Regionalverkehr wuchs mit 4,6 Prozent (Vorjahr 1,0 %) stärker als der gewinnorientierte Fernverkehr mit 1,8 Prozent (Vorjahr 1,4 %). Das Wachstum in den Hauptverkehrszeiten war stabil. Im internationalen Personenverkehr nahm die Verkehrsleistung gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent ab. Zu Rückgängen kam es auf den Verbindungen nach Frankreich, Italien und Deutschland. Baustellen, Angebotsreduktionen (Genf-Marseille, Montpellier) sowie die Fernbuslinienkonkurrenz (Deutschland) zählen zu den Hauptursachen für diese Entwicklung.

Der Güterverkehr bewegt sich in einem schwierigen Marktumfeld mit tiefen Margen. Nach der strategischen Neuausrichtung sowie der Umsetzung von umfangreichen Sanierungsmassnahmen befindet sich die Division SBB Cargo mit einem Ergebnis von 33 Millionen Franken (Vorjahr 15 Mio.) wiederum in der Gewinnzone. Dank Umsatzwachstum und Sanierungsmassnahmen erzielte der Geschäftsbereich Schweiz (inkl. Import-Exportverkehre) einen Gewinn von 32 Millionen (Vorjahr 17 Mio.). SBB Cargo International erreichte mit einem Ergebnis von 1 Million (Vorjahr -3 Mio.) erstmals die Gewinnschwelle.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und mit den Ansprüchen der Kunden weiter entwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau leicht rückläufig. Mit einer marktorientierten Bewirtschaftung ihrer Immobilien erreicht SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB die Ziele nur teilweise erreicht. Die SBB hat bereits 2013 eine deutliche Verschlechterung des Anlagenzustands festgestellt und 2014 erneut zusätzliche, nicht in der Leistungsvereinbarung 2013-2016 vorgesehene Unterhaltsmassnahmen eingeleitet. Im Ergebnis resultierte für Infrastruktur-Netz ein Defizit von -95 Millionen. Auch für die kommenden Jahre sieht die SBB die Notwendigkeit für zusätzliche Unterhaltsmassnahmen. Im Berichtsjahr ereigneten sich 117 Störungen, welche durch die Infrastruktur verursacht wurden und zu Verspätungen von mehr als 3 Minuten führten. Diese Störungen sind namentlich eine Folge der erhöhten Bautätigkeit auf dem Netz – insbesondere im Grossraum Zürich – sowie grösserer Störungen an Anlagen.

Die Pünktlichkeit befindet sich trotz der erwähnten Störungen auf hohem Niveau. Im Personenverkehr erreichten 87,7 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 87,5 %). Die Anknüpfungspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz stabilisierte sich bei 95,1 Prozent. Bei der Kundenzufriedenheit und dem Konzernimage ist ein Anstieg festzustellen. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine bessere Wahrnehmung bei Platzangebot, Preis-Leistungsverhältnis und der Kundeninformation im Störfall zurückzuführen.

Nach einer Reihe von teils gravierenden Unfällen im Vorjahr hat die SBB die Ziele im Bereich Sicherheit 2014 erreicht. Die damals beschlossenen Massnahmen wurden 2014 konsequent weitergeführt. Aus dem umfassenden Sicherheitssystem der SBB überprüft der Bundesrat jeweils die drei Teilaspekte Zusammenstösse von Zügen, Entgleisungen und Personenunfälle im Zugang zur Bahn. 2014 wurden diese Vorgaben erreicht. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Lärmschutz und Energiesparprogramm) erzielt werden. Ende 2014 verfügten 53,7 Prozent der SBB-Bahnhöfe über einen niveaugleichen Einstieg sowie über einen stufenfreien Zugang

zu den Perrons. Die fristgerechte Umsetzung der Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes bleibt anspruchsvoll.

2. Finanzielle Ziele

Die Jahresrechnung weist einen Anstieg des Konzerngewinns um 135 Millionen auf 373 Millionen aus. Die Zunahme ist in erster Linie auf höhere Gewinne aus Immobilienverkäufen sowie auf die Defizitreduktion von Infrastruktur Netz zurückzuführen. Der Bereich Immobilien leistete mit 352 Millionen den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt vom Personenverkehr mit einem Gewinn von 104 Millionen. SBB Cargo erzielte einen Gewinn von 33 Millionen. Grösste Verlustquelle war der abgeltungsberechtigte Bereich Infrastruktur Netz mit einem Ergebnis von -95 Millionen. SBB Immobilien leistete eine Ausgleichszahlung von 150 Millionen an die Infrastruktur und einen wesentlichen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse SBB. Die Vorgaben zur Produktivität wurden nur teilweise – namentlich im Güterverkehr – erreicht.

Die Investitionen konnten nicht aus den selbsterarbeiteten Mitteln finanziert werden. Der Free Cash Flow nach Finanzierung der öffentlichen Hand betrug -205 Millionen (Vorjahr -653 Mio.). Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 213 Millionen auf 7,7 Milliarden und erreichte das 15-fache des EBIT. Das Eigenziel, welches eine mittelfristige Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 12-fache des EBIT verlangt, wurde nicht erreicht. Zur Wahrung der finanziellen Stabilität muss es der SBB deshalb gelingen, ein tragfähiges Verhältnis zwischen Investitionen, Erträgen und Produktivitätssteigerungen zu erreichen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 1753 Vollzeitstellen (+5,7 %) zu, inkl. Beteiligung an Login AG (+1'048 FTE). Im Berichtsjahr haben SBB und Sozialpartner für SBB AG und SBB Cargo AG einen neuen GAV abgeschlossen, der am 1. Januar 2015 mit einer vierjährigen Laufzeit in Kraft trat. Der GAV 2015 enthält personalpolitisch wichtige Neuerungen sowohl für die Unternehmung als auch für die Mitarbeitenden. Insgesamt absolvierten 1421 Lernende (rund 5 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Die Pensionskasse SBB ist technisch saniert. Der Deckungsgrad der Kasse stieg dank guten Anlagerenditen im Jahresverlauf von 102,4 Prozent auf 107,3 Prozent an. Der Stiftungsrat der Pensionskasse SBB beschloss, die durch die aktiven Versicherten und die SBB geleisteten Sanierungsbeiträge von je 2,5 Prozent per 1. Januar 2014

aufzuheben. Angesichts ungenügender Schwankungsreserven, geringeren Anlagerenditen sowie der steigenden Lebenserwartung beschloss der Stiftungsrat Ende 2014 ein Massnahmenpaket zur langfristigen Stabilisierung der Pensionskasse SBB.

Die Personalzufriedenheit hat sich gemäss den Ergebnissen einer Vollerhebung deutlich verbessert und stieg von 61 im Vorjahr auf 66 Punkte. Die Rücklaufquote betrug 73 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr keine Änderungen. Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle empfiehlt mit Bericht vom 12. März 2015 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2014 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 28. Mai 2015 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung 2014 zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen;

2. den Bilanzverlust per 31. Dezember 2014 von -269,1 Millionen auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2014 385,1 Mio.; Verlustvortrag Vorjahr -446,0 Mio.; Entnahme Reserve gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur von 93,1 Mio.);

3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2014, abgeschlossen per 31. Dezember 2014, Entlastung zu erteilen;

4. Ulrich Gygi (Präsident des Verwaltungsrates), Conrad Löffel, Hans-Jürg Spillmann, Peter Siegenthaler und Daniel Troillet als Mitglieder des Verwaltungsrates in ihrem Amt zu bestätigen. Die Amtsdauer läuft bis zur ordentlichen Generalversammlung 2017 mit Ausnahme der Amtsdauer von Hans-Jürg Spillmann, welche aufgrund der statutarischen Altersgrenze an der ordentlichen Generalversammlung 2016 endet. Andreas Hunziker scheidet unter Verdankung der geleisteten Dienste auf den Tag der ordentlichen Generalversammlung 2015 aus dem Verwaltungsrat aus. Sodann wird ein neues Mitglied zur Wahl in den Verwaltungsrat gestellt. Die Amtsdauer des neuen Mitglieds läuft bis zur ordentlichen Generalversammlung 2017;

5. Ernst & Young für eine Amtsdauer von einem weiteren Jahr als Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 25. März 2015 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundeseeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Peter Hasler (Präsident), Adriano P. Vassalli (Vizepräsident), Susanne Blank (Personalvertreterin), Michel Gobet (Personalvertreter), Andreas Schläpfer, Marco Durrer, Philippe Milliet, Myriam Meyer, Nadja Lang

CEO: Susanne Ruoff

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Muri bei Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Im Jahr 2014 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates *erreicht*.

Die Post hat im vergangenen Jahr die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben aus der Postgesetzgebung für Briefe und Pakete wurden eingehalten, ebenso die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Poststellen bzw. dem Zugang der Bevölkerung zur Grundversorgung mit Postdiensten und im Zahlungsverkehr. Die Gesamtzufriedenheit der Kunden mit der Post befindet sich auf Vorjahresniveau. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr und Personenverkehr) wurden gehalten.

Der Betriebsertrag liegt mit 8457 Millionen 1,4 Prozent unter dem Vorjahreswert, der Konzerngewinn konnte demgegenüber um 12 Millionen auf 638 Millionen gesteigert werden. Der Unternehmensmehrwert betrug im vergangenen Jahr 207 Millionen. Ausser Poststellen und Verkauf vermochten alle Konzernbereiche ein positives Ergebnis vorzuweisen. Die Gewinnausschüttung an den Bund beträgt 200 Millionen.

Die Personalfriedenheit im Konzern liegt auf dem Vorjahreswert von 75 Punkten, und die Fluktuationsrate ist nach wie vor tief. Mit ihrem Engagement für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Ausbildungsquote von 5,5 Prozent kann die Post als sozialverantwortliche Arbeitgeberin bezeichnet werden. Die Pensionskasse weist einen Deckungsgrad von 101,4 Prozent auf (provisorischer Wert).

Die Post engagiert sich stark im Bereich der Nachhaltigkeit und vermochte die Klimabelastung dank verschiedenen Massnahmen erneut zu senken. Im Berichtsjahr hat sie auf den Dächern eines Brief- und Paketzentrums zwei weitere Solaranlagen in Betrieb genommen.

Bei den Kooperationen und Beteiligungen ist die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland zwar tiefer als diejenige des Konzerns (9,5 %), konnte aber auf 5,8 Prozent gesteigert werden. Der Bundesrat erwartet hier eine weitere Steigerung.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF) ¹⁾	8 457	8 575 ²⁾
Konzerngewinn (Mio. CHF)	638	626 ²⁾
Bilanzsumme (Mio. CHF)	124 671	120 383
Eigenkapitalquote in %	4,0	4,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	44 681	44 105

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalfriedenheit (Skala 0 – 100)	75	75
Dividende an Bund (Mio. CHF)	200	180
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	2 203	2 259 ³⁾
Pakete (Mio. Sendungen)	112	110 ³⁾
Neugeldzufluss PostFinance (Mrd. CHF)	2,8	4,3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁴⁾	225	225
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Total Betriebsertrag

²⁾ Die finanziellen Kennzahlen des Geschäftsjahres 2013 beinhalten drei einmalige Sondereffekte, die für Vergleiche auf der Zeitachse normalisiert wurden.

³⁾ Die Definition der Brief- und Paketmengen wurde überarbeitet. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

⁴⁾ Beiträge Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen. So beträgt die Laufzeit bei den A-Post-Briefen 97,7 Prozent und bei den B-Post-Briefen 99 Prozent. Bei den Paketen kann die Post im Bereich „Priority“ einen Wert von 97,4 Prozent und bei „Economy“ von 97,5 Prozent ausweisen. Die Post vermochte damit ihre Werte gegenüber dem Vorjahr - mit Ausnahme bei den

„Economy-Paketen“ - leicht zu steigern und erreichte die Zielwerte der Postgesetzgebung problemlos.

Im Jahr 2014 erreichen 95,3 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten – resp. 30 Minuten bei einem Hausservice - eine Poststelle oder eine Postagentur. Die Erreichbarkeit der Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs ergab einen Wert von 98,3 Prozent.¹

Die Gesamtzufriedenheit der Kunden der Post liegt wie im Vorjahr bei 80 Punkten (Index 1 - 100.). Die Zufriedenheit der Geschäftskunden mit Swiss Post Solutions, Poststellen und Verkauf sowie PostFinance befindet sich bei 82 Punkten. Die Zufriedenheit der Privatkunden konnte auf einem hohen Niveau gehalten werden.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich gut. Bei den Briefen befindet sich die Post auf Platz 6 von 15 Vergleichsländern, bei den Paketen auf Platz 3. Kaufkraftbereinigt belegt die Post in beiden Kategorien den besten Rang.

Bei den von der Post transportierten Sendungen kam es im vergangenen Jahr aufgrund des veränderten Kundenverhaltens zu einem weiteren Rückgang bei den adressierten Briefen von 2,5 Prozent und bei den Zeitungen von 4,2 Prozent. Bei den Paketen kam es dank E-Commerce zu einer erneuten Zunahme von 1 Prozent. Die Post vermochte ihre Marktstellung in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr zu halten.

Im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie konnten die CO₂-Emissionen der Post im Jahr 2014 erneut reduziert werden. Auf den Dächern des Brief- und Paketzentrums Härkingen wurden im vergangenen Jahr zwei weitere Fotovoltaikanlagen in Betrieb genommen. Damit betreibt die Post mittlerweile 10 Solarkraftwerke, die jedes Jahr rund 5 Mio. Kilowattstunden Solarstrom ins Netz einspeisen.

2. Finanzielle Ziele

Der Betriebsertrag der Post hat gegenüber dem Vorjahr um 118 Millionen Franken abgenommen. Das Betriebsergebnis der Post beträgt 803 Millionen (2013: 911 Mio.). Der Konzerngewinn konnte demgegenüber um 12 Millionen auf 638 Millionen gesteigert werden. Der Unternehmensmehrwert betrug im vergangenen Jahr 207 Millionen.

Alle Konzernbereiche, ausser Poststellen und Verkauf, trugen zum positiven Ergebnis der Post bei. Das Betriebsergebnis der Post wird hauptsächlich von PostMail (334 Mio.), PostLogistics (141 Mio.) und PostFinance (382 Mio.) getragen. PostFinance musste jedoch einen Rück-

gang gegenüber dem Vorjahr von 155 Millionen ausweisen, welcher hauptsächlich auf Portfoliowertberichtigungen gründet. Der Neugeldzufluss betrug wiederum fast 3 Milliarden. PostFinance verfügt über das bankenrechtlich erforderliche Eigenkapital. Das Betriebsergebnis von Poststellen und Verkauf beträgt -100 Millionen. Die Ertragsrückgänge aufgrund der Mengenrückgänge bei den Briefen und Paketen sowie der Geldverarbeitung am Schalter konnten mit dem Umbau des Poststellennetzes nicht aufgefangen werden. Die Rentabilität der Post ist verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften hoch.

Der Verwaltungsrat der Post beantragt dem Bundesrat eine Gewinnausschüttung im Umfang von 200 Millionen, was einer Dividende von 153.8 Franken/Aktie entspricht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand des Konzerns hat sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 576 Vollzeitstellen vergrössert. Rund 90 Prozent des gesamten Personalbestandes der Post befindet sich in der Schweiz, wo sich die Anzahl Vollzeitstellen um 272 verringert hat. Im Ausland erfolgte demgegenüber eine Zunahme um 848 Vollzeitstellen, insbesondere bei den Bereichen Swiss Post Solutions und Postauto.

Die Personalfriedenheit im Konzern konnte auf dem Vorjahreswert von 75 Punkten (Index 1-100) gehalten werden. Im vergangenen Jahr absolvierten insgesamt 2035 (2013: 2024) Lernende in fünf unterschiedlichen Berufsgruppen eine berufliche Grundbildung bei der Post. Damit stieg der Anteil Lernender am Personalbestand des Konzerns in der Schweiz leicht auf 5,5 Prozent.

Die Post engagiert sich mit verschiedenen Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So bietet sie allen Mitarbeitenden inkl. Kader flexible Arbeitszeitmodelle.

Die Post und die Sozialpartner haben die Verhandlungen über einen neuen Dach-GAV sowie GAVs für die Konzerngesellschaften Post CH AG, PostAuto AG und PostFinance AG anfangs 2015 abgeschlossen. Deren Inkraftsetzung ist auf den 1.1.2016 geplant.

Die Pensionskasse der Post weist per Ende 2014 einen Deckungsgrad von 101,4 Prozent aus (provisorischer Wert).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post hat im vergangenen Jahr im Ausland einen Betriebsertrag von 1233 Millionen Franken erzielt (davon 93,9 % in Europa), was fast 15 Prozent des Betriebsertra-

¹ Die beiden Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM werden noch prüfen, ob diese Werte die Vorgaben gemäss Postgesetzgebung erfüllen.

ges des Konzern entspricht. Das im Ausland erzielte Betriebsergebnis betrug 72 Millionen bzw. 9 Prozent des Betriebsergebnisses des Konzerns. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland liegt bei 5,8 Prozent. Sie ist damit zwar tiefer als diejenige des Konzerns mit 9,5 Prozent, es lässt sich aber eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erkennen.

Das Joint Venture ASENDIA vermochte 2014 das Ergebnis aufgrund geringerer Abschreibungen zu verdoppeln. Swiss Post Solutions konnte im Ausland insbesondere aufgrund der Übernahme des Mailroom- und Dokumentenmanagements der Firma „Pitney Bowes“ einen deutlich höheren Betriebsertrag als im Vorjahr erzielen. PostAuto erhöhte den Betriebsertrag dank der Übernahme von neuen Stadtnetzen in Frankreich.

Die Post tätigte im vergangenen Jahr nur Akquisitionen mit einem geringen Kaufpreis und unwesentlichen Auswirkungen auf die Ertragslage.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 16. März 2015, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2014 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2014 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG fand am 28. April 2015 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragte der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht und die Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG sowie die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2014 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 16. März 2015 zur Kenntnis zu nehmen;

2. den verfügbaren Gewinn folgendermassen zu verwenden:

Bilanzgewinn 2014	CHF 255'061'539
Entnahme aus freien Reserven	<u>CHF 0</u>
Verfügbarer Gewinn	CHF 255'061'539
Brutto Dividende	<u>CHF 200'000'000</u>
Vortrag auf neue Rechnung	<u>CHF 55'061'539</u>

3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung zu erteilen;

4. den bisherigen Präsidenten Peter Hasler für eine einjährige Amtsdauer bis zur Generalversammlung 2016 wiederzuwählen;

die Mitglieder des Verwaltungsrates Susanne Blank, Marco Durrer, Adriano P. Vassalli, Andreas Schläpfer, Philippe Milliet, Michel Gobet, Myriam Meyer und Nadja Lang für eine zweijährige Amtsperiode bis zur Generalversammlung 2017 wiederzuwählen.

5. die KPMG AG in Muri bei Bern für das Geschäftsjahr 2015 als Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 25. März 2015 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide AG

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,97%

Verwaltungsrat: Guy Emmenegger (Präsident), Bernhard Müller, Anne Bobillier, Urs Sieber, Jean-Yves Bonvin, Hans-Peter Strodel, Reto Hunger (Personalvertreter)

CEO: Daniel Weder

Externe Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Im Jahr 2014 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Skyguide ist im Auftrag des Bundes für die Flugsicherung im Luftraum über der Schweiz und über angrenzenden Gebieten Frankreichs und Deutschlands zuständig. Als eines von wenigen Flugsicherungsunternehmen weltweit sorgt Skyguide sowohl für die zivile als auch für die militärische Flugsicherung. Neben den zwei Flugsicherungszentren in Genf und Dübendorf betreibt Skyguide zwölf weitere Unternehmensstandorte (Regionalflygplätze und Luftwaffenbasen).

Skyguide hat im Berichtsjahr den Service-Public-Auftrag und die hoheitlichen Aufgaben erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war gewährleistet. Im zivilen Bereich konnte die im internationalen Vergleich gute Pünktlichkeit weiter verbessert werden. Im militärischen Bereich wurde, trotz weiterhin bestehender Personalengpässe, die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe deutlich verbessert. Vorbehalte bestehen weiterhin in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungen von Skyguide: Die unvorteilhafte Grössenstruktur, verbunden mit hohen Gestehungskosten am Standort Schweiz und einer aus Sicht der europäischen Kunden ungünstigen Wechselkursentwicklung, schlugen sich im Berichtsjahr in einem weiteren Anstieg der im internationalen Vergleich bereits sehr hohen Flugsicherungsgebühren nieder. Dies belastet potenziell den Aviatik-Standort Schweiz.

Skyguide schloss die Jahresrechnung mit einem Betriebsergebnis von rund 28 Millionen Franken ab.

Im Hinblick auf die verstärkte Integration des europäischen Flugsicherungssystems im Rahmen der EU-Initiative «Single European Sky» und des Projekts FABEC («Functional Airspace Block Europe Central»), dem die Schweiz zusammen mit Frankreich, Deutschland und den Beneluxstaaten angehört, trieb Skyguide die Vernetzung und Virtualisierung der Flugsicherungsinfrastruktur in der Schweiz weiter voran. Bei Bedarf kann dieser Ansatz auch auf ausländische Flugsicherungszentren ausgeweitet werden. Die Virtualisierungsstrategie erlaubt es Skyguide somit, sich auf verschiedene Szenarien der künftigen Entwicklung im europäischen Flugsicherungswesen einzustellen.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	449,7	438,5
Betriebsergebnis (Mio. CHF)	28,1	33,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	660,4	630,6
Eigenkapitalquote in %	52,9	53,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 397	1 391

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierter Flüge (Mio.)	1,157	1,142
Pünktlichkeit (% der Flüge)	96,7	96,5
Ø Verspätung pro Überflug (Min.)	0,07	0,09
Eurocontrol Safety Maturity Index	86,2	86,2
Ø En Route Unit Rate (EUR)	99,9	96,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	65,2	61,1
Gebühren (Mio. CHF) ²⁾	364,4	352,2

¹⁾ ohne kostendeckenden Beitrag der Luftwaffe, Abgeltungen des Bundes für gebührenbefreite Flüge, Mehrwertsteuer und Rückstellungen

²⁾ einschliesslich kostendeckenden Beitrag der Luftwaffe (65,2 Mio. CHF)

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Im zivilen Bereich konnte Skyguide bei leicht wachsendem Verkehr (+1,3 % gegenüber 2013) die Pünktlichkeit auf im internationalen Vergleich hohem Niveau weiter steigern. Die durchschnittliche, von Skyguide verursachte Verspätung pro Flug nahm im Transitverkehr um 25 Prozent auf 0,07 Minuten, auf dem Flughafen Genf um 33 Prozent auf 0,24 Minuten ab. Am Flughafen Zürich betrug die durchschnittliche, der Flugsicherung anzulastende Verzögerung 0,04 Minuten pro Bewegung.

Im militärischen Bereich konnte Skyguide trotz weiterhin angespannter Personalsituation die Einsatzbereitschaft der Einsatzzentrale und der Luftwaffenbasen gegenüber dem Vorjahr – bei einer grösseren Anzahl militärischer Flugbewegungen – deutlich steigern. Die Einsatzzentrale war in der Lage, 99,3 Prozent (Vorjahr: 96,2 Prozent) der

angeforderten Missionen durchzuführen. Auf den Luftwaffenbasen konnten insgesamt 97,9 Prozent (Vorjahr 95,9 %) der angeordneten Flüge nach Instrumentenflugregeln geleitet werden. Einzig auf dem Militärflugplatz Meiringen wurde der mit der Luftwaffe vereinbarte Zielwert von 95 Prozent unterschritten.

Die Sicherheit des Flugverkehrs war jederzeit gewährleistet. Es waren keine gravierenden Vorkommnisse zu verzeichnen. Gemäss dem «Safety Maturity Index» von Eurocontrol und EASA zählt Skyguide bezüglich Reifegrad des Sicherheitsmanagementsystems zur Spitzengruppe unter 44 europäischen Flugsicherungsorganisationen.

Skyguide engagierte sich weiterhin für eine praxisgerechte, ergebnisorientierte Umsetzung des Staatsvertrages mit Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten über die Schaffung eines funktionalen Luftraumblocks über Zentraleuropa (FABEC), auch wenn das Projekt aufgrund zahlreicher technischer und politischer Schwierigkeiten nur schleppend vorankam. Mit der innovativen Strategie der «Virtualisierung», die dank technischer und organisatorischer Vernetzung der bisher autonom funktionierenden Flugsicherungszentren mehr Flexibilität und Sicherheit im Betrieb verspricht, ist Skyguide für verschiedene Szenarien gerüstet, was die künftige Integrations-tiefe des europäischen Flugsicherungswesens betrifft.

2. Finanzielle Ziele

Skyguide ist ein nicht gewinnorientiertes Unternehmen. Der Bundesrat erwartet ein ausgeglichenes Betriebsergebnis. Dies wurde mit einem Betriebsergebnis von 28,1 Millionen Franken erreicht. Dazu beigetragen haben auch die Abgeltungen des Bundes für ungedeckte Leistungen in delegierten ausländischen Lufträumen sowie zur Unterstützung der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen im Umfang von 65,2 Millionen. Alle Investitionen konnten aus dem Cash Flow finanziert werden.

Problematisch blieben die im internationalen Vergleich hohen Kosten, bedingt durch den kleinen und komplexen Luftraum, das generell hohe Lohn- und Preisniveau in der Schweiz und den starken Franken. Zwar hat Skyguide die europäischen Vorgaben zur Kosteneffizienz knapp erreicht, doch die Kunden waren weiterhin mit den höchsten Flugsicherungsgebühren auf dem Kontinent konfrontiert.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Skyguide darf als moderner, sozial verantwortungs-bewusster Arbeitgeber bezeichnet werden. Die Identifikation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit der Unternehmung ist hoch. Skyguide pflegt eine offene und konstruktive Sozialpartnerschaft mit den verschiedenen Gewerkschaften der Fluglotsen und des technisch-administrativen Personals. Der Personalbestand nahm um 0,5 Prozent auf 1397 Vollzeitstellen zu. Alle Ausbildungsplätze für militärische Flugverkehrs- und Einsatzleitende waren belegt. Insgesamt absolvierten 50 Fluglotsen und Flugsicherungsfachleute eine Ausbildung bei Skyguide. Hinzu kamen 16 Lernende in kaufmännischen und IT-Berufen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Skyguide erbringt 40 Prozent ihrer Dienstleistungen jenseits der Landesgrenzen. Skyguide beteiligt sich an Machbarkeitsstudien unter der Federführung von Eurocontrol zur Zentralisierung gewisser unterstützender Funktionen im europäischen Flugsicherungswesen. Konkrete Zusammenarbeitsprojekte sind zurzeit nicht geplant. Die bestehenden Beteiligungen (Skysoft AG, Skynav AG, Swisscontrol AG und European Satellite Services Provider ESSP) blieben unverändert.

Im Training Center von Skyguide wurden im Berichtsjahr im Auftrag externer Kunden 9 Fluglotsen ausgebildet.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (PricewaterhouseCoopers AG, Pully) gelangt zum Urteil, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr von Skyguide AG dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt

C. Anträge an die Generalversammlung

Gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 9. Dezember 2011 zum Erlass der Strategischen Ziele für Skyguide 2012-2015 werden die Aktionärsinteressen der Eigenschaft gegenüber Skyguide durch das UVEK und das VBS gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Skyguide AG fand am 6. Mai 2015 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragte der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2014 zu genehmigen sowie den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen;
2. den Bilanzgewinn von 11,797 Millionen Franken wie folgt zu verwenden:
Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0,567 Millionen
Zuweisung an die übrigen Reserven: 10,150 Millionen
Vortrag auf neue Rechnung: 1,113 Millionen;
3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung zu erteilen;
4. Walter Vogel (als Präsident), Cristina Feistmann und Dominik Hänggi (als Personalvertreter) für eine Amtsperiode von drei Jahren neu in den Verwaltungsrat zu wählen sowie Divisionär Bernhard Müller (als Vizepräsident), Anne Bobillier, Jean-Yves Bonvin und Hans-Peter Strodel für eine Amtsperiode von drei Jahren in den Verwaltungsrat wiederzuwählen;
5. PricewaterhouseCoopers AG, Zürich (Niederlassung Pully) für die Dauer von einem Jahr als statutarische Revisionsstelle wiederzuwählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 25. März 2015 das UVEK und das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Skyguide AG zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum SNM

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Markus Notter (Präsident), Isabelle Graesslé (Vizepräsidentin), Rolf Fehlbaum (Rücktritt März 2014), Irène Herrmann, Catherine Labouchère, Pio Pellizzari, Iwan Rickenbacher, Marc Wehrlin

Direktor: Andreas Spillmann

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) verfolgt für die Periode 2014-2017 neue strategische Ziele. Dies ist das erste Berichtsjahr der neuen Phase, bevor 2018 der Erweiterungsbau in Zürich in Betrieb genommen wird. Die Ziele wurden weitgehend erreicht.

Einmal mehr sind die Besucherzahlen ausgezeichnet, trotz der Bauarbeiten in Zürich und eines leichten Rückgangs in Prangins nach einem ausserordentlichen Jahr, das geprägt war von der Eröffnung der neuen Dauerausstellung «Noblesse oblige! Leben auf dem Schloss im 18. Jahrhundert». Die Besucherzahlen haben an den drei Standorten gegenüber 2013 insgesamt um 12 Prozent zugenommen

Bei den Ausstellungen zeichnet sich das SNM durch ein vielfältiges, attraktives Angebot aus. Es mischt lebendige und/oder kunsthandwerkliche Traditionen («Scherenschnitte» oder «Maskiert, Die Magie der Masken») mit umfassenden, für das soziale und historische Verständnis der Schweiz bedeutenden Themen («1900-1914. Expedition ins Glück»). Die Qualität der Arbeit im musealen, kulturellen und historischen Bereich des SNM widerspiegelt sich auch in den Preisen und Nominierungen, wie der Nominierung des Château de Prangins für den «European Museum of the Year Award 2015».

Die Zusammenarbeiten sind insofern erfreulich, als das SNM für seine Forschungsprojekte sowohl von privaten Stiftungen als auch vom Nationalfonds Finanzierungen erhält. Es arbeitet auch eng mit Spitzenforschungsinstituten oder Kantonen zusammen (z. B. mit den kantonalen archäologischen Fachstellen) und nimmt damit seine Rolle als Kompetenzzentrum wahr. Die grosse Zahl der Leihgaben an Dritte zeigt die Relevanz der Sammlungen des SNM, die laufend durch Neuerwerbungen aktualisiert werden.

Das Jahresergebnis weist einen Überschuss von 937000 Franken aus. Beim Personalbestand ist eine leichte Erhöhung von 7 Vollzeitstellen zu verzeichnen, die auf den Bedarf im Zusammenhang mit der Eröffnung des Erweiterungsbaus in Zürich zurückzuführen ist. 2014 waren 17 Fachhochschul- oder Hochschulpraktikant/innen beim SNM tätig. Per Ende 2014 beschäftigt das SNM zwei Lernende. Der Frauenanteil der Mitarbeitenden mit Führungsverantwortung beträgt 46 Prozent.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	47,3	46,8
Reingewinn (Mio. CHF)	0,9	0,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	16,3	15,0
Eigenkapitalquote in %	45,5	43,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	137	130

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	228 535	196 228
Museumsbesuchende Prangins	47 421	51 237
Museumsbesuchende Schwyz	24 284	21 565
Anzahl Neuinventarisierungen	21 956	14 388
Anzahl Leihgaben	2 121	1 542
Erträge aus Museumsbetrieb (Mio. CHF)	2,36	2,27
Spenden und Sponsoring (Mio. CHF)	1,48	0,92

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	26,4	25,9
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	16,5	17,2
Gebühren (Mio. CHF)	-	-

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Das Schweizerische Nationalmuseum (SNM) sorgt dafür, dass das Verständnis für die schweizerische Geschichte und für die vielfältige kulturelle Identität der Schweiz vertieft und verbreitet wird. Hierzu pflegt das SNM eine einzigartige Sammlung schweizerischen Kulturguts. Die Sammlungsbestände sind in attraktiver Form zugänglich. Mit Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus und des sanierten Kunstgewerbeschulflügels im Landesmuseum Zürich ab 2016 sind die neuen Möglichkeiten für ein zeitgemässes kulturhistorisches Museum zu nutzen. Bei der Sanierung der verbleibenden Museumsflügel in Zürich sowie der seitens des Bundes geplanten Zusammenführung der zwei Standorte des Sammlungsentrums in Affoltern am Albis begleitet das SNM in seiner Funktion als Nutzer das

* Strategische Ziele: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/9657.pdf>

Bundesamt für Bauten und Logistik (Bauherr) bei der Planung und Durchführung der Projekte.

12 Prozent mehr Museumsgäste konnte die Museumsgruppe SNM in Zürich, Prangins und Schwyz im 2014 im Vergleich zum Vorjahr begrüßen.

Das Landesmuseum Zürich haben in den letzten Jahren noch nie so viele Gäste besucht wie 2014, 16 Prozent mehr Besuchende im Vergleich zum Vorjahr trotz erschwelter Rahmenbedingungen durch die Baustellensituation. Bevor in der zweiten Jahreshälfte infolge der Sanierungsarbeiten im Landesmuseum Zürich Teile der Dauerausstellungen geräumt werden mussten, konnte im Frühling ein einmaliges Zeugnis der Schweizer Geschichte zum ersten Mal ausserhalb der Zentralschweiz präsentiert werden: das Weisse Buch von Sarnen von 1470. Die Dauerausstellungen ergänzte ein thematisch breitgefächertes Wechselausstellungsprogramm. Den Jahresauftakt machte die alle Generationen ansprechende Ausstellung «Märchen, Magie und Trudi Gerster». Im Frühling wurde die Ausstellung «1900-1914. Expedition ins Glück», welche die florierenden Jahre vor dem Ersten Weltkrieg beleuchtete, durch Bundesrat Alain Berset eröffnet. Zu Gast waren Mitte Jahr zwei Wanderausstellungen: die vom EDA und dem Musée de l'Elysée Lausanne konzipierte Ausstellung «Krieg aus der Sicht der Opfer - Photographien von Jean Mohr» und die vom Verein «Die Schweiz im Ersten Weltkrieg» kuratierte Ausstellung «14/18 – Die Schweiz und der Grosse Krieg». Die in «Grosses Kino. Die Schweiz als Film» präsentierten Spielfilmausschnitte spiegelten als kulturhistorische Zeugnisse die Veränderungen in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Ab September zeigte das Landesmuseum «Die Krawatte. männer macht mode», deren Ausgangspunkt die jüngst in die Sammlung gelangten Textilarchive der wichtigsten Schweizer Krawattenstoffproduzenten bildeten. Zum Jahresende hin konnten in Zürich wiederum Krippen aus aller Welt vom 18. bis 20. Jahrhundert bestaunt werden.

Das Château de Prangins konnte seine hohen Besucherfrequenzen halten und erzielte 2014 nach dem Rekordjahr 2013, in welchem die neue Dauerausstellung «Noblesse oblige! Leben auf dem Schloss im 18. Jahrhundert» eröffnet wurde, das zweitbeste Ergebnis seit Bestehen. Dank der neuen Dauerausstellung hat sich das Museum auch als Kompetenzzentrum für rekonstruierte Interieurs positioniert, was die gesteigerte Nachfrage aus Fachkreisen zeigt. Zum erfreulichen Resultat beigetragen hat die positive Publikumsresonanz auf die Wechselausstellungen: «Scherenschnitte» präsentierte ein beliebtes Kunsthandwerk, und zum Jahresende hin waren wiederum die besten Schweizer und internationalen Pressefotografien in «Swiss Press Photo 14» und «World Press Photo» zu sehen. Ende Jahr wurde das Château de Prangins für den European Museum of the Year Award 2015 nominiert.

Mit einem Besucherzuwachs von 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr nähert sich das Forum Schweizer Geschichte

Schwyz merklich seinem besten Ergebnis seit Bestehen aus dem Jahr 2012 an. Neben dem erweiterten Führungsangebot in der Dauerausstellung konnte sich das Museum besonders auch mit seinen abwechslungsreichen Wechselausstellungen vermehrt in der Zentralschweiz verankern. Während die Frühlingsausstellung «Bin ich schön?», eine Übernahme des Museums für Kommunikation und des Naturhistorischen Museums Burggemeinde Bern, vielfältige Aspekte rund um die Macht und das Machen von Schönheit aufgriff, brachte die Herbstausstellung «Maskiert. Magie der Masken» den Besuchenden die lebendige Tradition des Maskenbrauchtums näher. Am International Audiovisual Festival on Museums and Heritage (FIAMP) 2014 hat der Kurzfilm «Der Liber Abaci von Fibonacci», der für die Dauerausstellung «Entstehung Schweiz» realisiert wurde, in der Kategorie «Grand prix du court métrage» die bronzene Auszeichnung gewonnen.

Rahmenveranstaltungen und Vermittlungsangebote in allen drei Ausstellungshäusern ergänzten und vertieften in vielfältiger Weise die Ausstellungsthemen. Das Angebot umfasste auch auf Zielgruppen zugeschnittene Produkte wie kreative Ateliers oder Arbeitshefte für Familien und Kinder.

Schwerpunkte der Sammlungsauflistung bildeten im Berichtsjahr die Historische Fotografie und die Grafik, deren Erschliessung im Hinblick auf die 2016 geplante Eröffnung des Studienzentrums im Landesmuseum vorangetrieben wird, sowie die Textilarchive und die Sammlung Hallwil. Auch die Aufarbeitung der Bestände des Zürcher Zeughauses wurde weitergeführt. Alle Projekte werden mit Unterstützung von Finanzierungspartnern umgesetzt. Begonnen wurde das vom Nationalfonds unterstützte Forschungsprojekt zur Langnau-Keramik. Die laufende wissenschaftliche Aufarbeitung des Tapetenzimmers von «La Cibourg» aus dem Neuenburger Jura von 1780-1790 hat spannende Erkenntnisse zutage gefördert. Für die Finanzierung der bevorstehenden Konservierung konnte die Ernst Göhner Stiftung gewonnen werden.

Das Sammlungszentrum erweiterte die Zusammenarbeit mit den kantonalen archäologischen Fachstellen, insbesondere der Tessiner Fachstelle, bei den Konservierungsdienstleistungen. Die Nachfrage nach Leihgaben aus den Sammlungen des SNM ist erneut deutlich gestiegen. 2014 wurden insgesamt 95 Leihgeschäfte mit 2121 Leihgaben abgewickelt (2013: 88/1542). 2101 Leihgaben gingen dabei an Schweizer Museen (2013: 844), 20 an Museen im Ausland (2013: 698).

Entsprechend dem aktuellen Sammlungskonzept fanden 2014 zahlreiche Objekte durch Kauf oder Schenkung Eingang in die Bestände des SNM. Nachfolgend werden einige Beispiele angeführt:

- Vom Goldschmied Nicolas Matthey (1646 - 1723) aus Neuenburg ist im Bereich Edelmetall eine Silberschale

erworben worden - ein wichtiges, bisher nicht vertretenes Formstück aus der Westschweiz.

- Im Bereich der Gemälde konnte ein Bild von Ludwig Vogel (1788-1879) aus dem Jahr 1825 mit der Darstellung der Tellskapelle angekauft werden.
- Vom Genfer Künstler Horace de Saussure (1859-1926) sind verschiedene Entwurfszeichnungen mit Bezug zum Landesmuseum und zur Landesausstellung von 1896 erworben worden.
- Fotografien aus dem Nachlass von Theo Ballmer (1902–1969) bereichern den Bestand der Historischen Fotografie und ergänzen seine Werbegrafikarbeiten, die in Zusammenarbeit mit der «Swiss Graphic Design Foundation» (SGDF) bereits in die Sammlung gekommen sind.
- Im Bereich der Möbel des 20. Jahrhunderts konnten wichtige Zugänge verzeichnet werden, z. B. ein Scobalith-Stuhl von Willy Guhl von 1948 oder der 2013 angefertigte Schrank «pezzo» von Heinz Baumann, ein Einzelstück hochstehender Handwerkskunst, welcher als Jahresgabe der Gesellschaft Landesmuseum Zürich (GLM) in die Sammlung gelangt ist.
- Die Sammlung zum zeitgenössischen Schweizer Schmuckschaffen konnte mit einem Ensemble des Tessiner Schmuckschaffenden Ildebrando (Renzo Hildebrand, 1956-2002) erweitert werden.
- Eine der bedeutendsten Fingerringssammlungen mit Stücken von der ägyptischen Frühgeschichte bis ins 20. Jahrhundert wurde vorerst als Depositum der Basler Alice und Louis Koch-Stiftung und des Stifterehepaars ins Sammlungszentrum übergeben und wird dem SNM zu einem späteren Zeitpunkt als Geschenk vermacht. Sie ist vor dem Zweiten Weltkrieg von Frankfurt am Main in die Schweiz gelangt und illustriert einen wichtigen Aspekt der Geschichte der Schweiz zu dieser Zeit.

Die Bauarbeiten im Rahmen der Sanierung und Erweiterung des Landesmuseums Zürich wurden vorangetrieben. Die Übergabe des fertig sanierten Kunstgewerbeschulflügels an den Nutzer und die Räumung des zu sanierenden Hofflügels sind planmässig erfolgt. Per Ende Jahr war die Hülle des Neubaus dicht, d.h. die letzte Dachbetondecke war fertig betoniert. Die Planungen für das Eröffnungsjahr 2016 wurden im Berichtsjahr weitergeführt und konkretisiert. Für die Zusammenlegung der Standorte des Sammlungszentrums Affoltern a. A. in den nächsten sechs bis acht Jahren ist ein Architekturwettbewerb durchgeführt worden.

2. **Finanzielle Ziele**

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und eine hohe Ergebnisverantwortung aus. Das SNM setzt die dafür nötigen Kontroll- und Steuerungsprozesse ein.

Der Museumsrat hat die Jahresrechnung 2014 des SNM am 2. März 2015 genehmigt. Das Jahresergebnis weist einen Ertragsüberschuss von 937 000 Franken vor Zuweisung in den Fonds im Eigenkapital aus. Dieser resultiert aus Mehreinnahmen der Rubriken *Erträge Museumsbetrieb* sowie *Spenden und Sponsoring*. Die Gesamtaufwendungen der Museumsgruppe bleiben auf Vorjahresniveau.

Der Bundesbeitrag 2014 stieg durch Teuerung und Vergütungen des BBL für vom SNM übernommene Arbeiten beim Annexionsbau des Landesmuseums auf 26,4 Millionen. Aufgrund der Tatsache, dass die vom SNM genutzten Immobilien im Eigentum des Bundes sind, werden die kalkulatorischen Mietkosten ertrags- und aufwandseitig als Beitrag an die Unterbringung ausgewiesen. Mietzinsanpassungen vornehmlich in Zürich und in Affoltern a. A. führen zu einer Reduktion auf neu 16,5 Millionen.

Bilanzsumme und Eigenkapital der Museumsgruppe erhöhen sich auf 16,3 bzw. 7,4 Millionen in Folge des erwähnten Ertragsüberschusses. In den *Fonds für Ankäufe* wurde das nicht ausgeschöpfte Budget für Ankäufe von Sammlungsobjekten in der Höhe von 89 000 Franken eingelegt. In den *Fonds Ausstellungen* wurden Einlagen aus Kreditresten von 266 000 Franken sowie Einlagen aus Ergebnisverwendung von 582 000 Franken vorgenommen. Der *Fonds Dokumentation und Konservierung* sowie der Bilanzüberschuss blieben unverändert.

3. **Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Das SNM verfolgt eine umsichtige, sozial verantwortliche und verlässliche Personalpolitik. Die Aus- und Weiterbildung sowie die transparente Information sind zentrale Säulen der Personalpolitik.

Die Personalpolitik des SNM leitet sich von der Personalstrategie des Bundes ab. Fachkompetenzen werden durch individuelle Weiterbildungen gefördert, Information mittels neuen Intranetauftritts und quartalsmässig stattfindender Informationsveranstaltungen. Jährlich findet ein Austausch mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss statt.

Der Personalbestand des SNM beträgt per Ende 2014 137 Vollzeitstellen (2013: 130), verteilt auf 257 Mitarbeitende (2013: 247), 37 Prozent davon Männer und 63 Prozent Frauen. Die Erhöhung der Personalressourcen ist auf neu geschaffene Funktionen in Hinblick auf die Eröffnung des erweiterten Landesmuseums zurückzuführen. Die Fluktuationsrate lag im 2014 bei 10,1 Prozent (2013: 7 %); der Anstieg ist auf den freiwilligen Austritt von vor oder während des Studiums im Nebenerwerb beim SNM tätigen Mitarbeitenden im Bereich Besucherbetreuung zurückzuführen. 39 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung waren in der Museumsgruppe tätig, dies bei einem Frauenanteil von 46 Prozent.

Die Erhebung zur Muttersprache der Mitarbeitenden ergab per Ende 2014: 69,7 % (2013: 68,4 %) mit deutscher, 14,4 % (2013: 16,2 %) mit französischer, 6,6 % (2013: 6,9 %) mit italienischer und 0,4 % (2013: 0,8 %) mit rätoromanischer Muttersprache. 8,9 % der Mitarbeitenden (2013: 7,7 %) haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angegeben.

Im Berichtsjahr waren 17 Fachhochschul- oder Hochschulpraktikant/innen beim SNM tätig. Per Ende 2014 beschäftigt das SNM zwei Lernende.

Insgesamt wurden 19 Personen in Arbeitsversuchen im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen begleitet, 4 davon konnten danach in ein festes Anstellungsverhältnis wechseln.

Infolge des Entscheids der Kassenkommission PUBLICA vom Dezember 2012, den technischen Zinssatz per 1. Januar 2015 zu senken, hat das Paritätische Organ des SNM Begleitmassnahmen beschlossen und sich dabei an den Vorsorgeplänen der Bundesverwaltung orientiert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das Schweizerische Nationalmuseum arbeitet mit Forschungs-, Ausstellungs- und Bildungsinstitutionen im In- und Ausland zusammen und fördert den Ausbau des Kooperationsnetzwerkes.

Im Bereich der Konservierungsforschung und Materialanalytik wurden im Berichtsjahr die drei 2013 in Angriff genommenen Forschungsprojekte - Korrosionsphänomene bei Blechblasinstrumenten, Oberflächenbehandlung von Objekten aus Kupferlegierungen, Dekontaminierungsverfahren von pestizidbelasteten Kulturgütern – in Zusammenarbeit mit Hochschulpartnern und weiteren Projektpartnern fortgeführt.

Im Rahmen der Kooperation mit Ausbildungsinstitutionen haben sieben Studierende aus dem In- und Ausland Praktika in den Bereichen Textil, Papier, Archäologie und Präventive Konservierung absolviert; zehn Praktika wurden in den Bereichen Ausstellungswesen und Sammlungsbetreuung durchgeführt. Im Weiteren wurden drei Masterarbeiten fachtechnisch begleitet.

Im Bereich der kulturwissenschaftlichen Forschung unterstützten Mitarbeitende insbesondere der kuratorischen Fachbereiche Textil, Fotografie, Schmuck, Archäologie und Keramik universitäre Arbeiten. Für ICOM Schweiz, die Universitäten Neuchâtel und Zürich, die Hochschule der Künste Bern und die Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur wurden Ausbildungsmodule in Kulturgütererhaltung und Museologie durchgeführt. Mitarbeitende des SNM engagierten sich als Experten in Kommissionen und referierten an nationalen und internationalen Tagungen.

Bezug nehmend auf das neue Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, bei Katastrophen und in Notlagen (KGSG, SR 520.3) besteht eine Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz.

Im Rahmen des breiten Engagements bei der Vermittlung von Geschichte kooperiert das SNM mit diversen Pädagogischen Hochschulen sowie dem Dachverband LCH. Partnerschaften mit Verbänden wie Pro Senectute und Procap unterstützen den direkten Kontakt zu Zielgruppen, denen ein besonderer Zugang zum Museum ermöglicht werden soll. Mit dem VBS besteht eine Zusammenarbeit bei Bildungsangeboten im Rahmen der militärischen Ausbildungen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) hat die Jahresrechnung 2014 bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang für das Berichtsjahr geprüft. Nach der Beurteilung der KPMG AG entspricht diese den Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien des Handbuchs Konsolidierung Bund und dem schweizerischen Gesetz. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und empfiehlt, diese zu genehmigen. Zudem bestätigt die KPMG AG, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2014 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung 2014 und den Bericht über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2014 zu genehmigen, den Museumrat für das Geschäftsjahr 2014 zu entlasten und den Revisionsbericht der KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 29. April 2015 den Geschäftsbericht des SNM inklusive des eigenständigen Anhangs zur Jahresrechnung 2014 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Museumsrates des SNM über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2014 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Marco Francioli, Guillaume Juppin de Fondaumière, Claudia Knapp, Johannes Schmid-Kunz, Nicole Seiler, Peter Siegenthaler, Anne-Catherine Sutermeister, Felix Uhlmann

Direktor: Andrew Holland

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Nach Einschätzung des Bundesrates ist Pro Helvetia in der Erreichung der strategischen Ziele 2012-15 gut auf Kurs.

Im Inland unterstützte Pro Helvetia rund 1450 kulturelle Vorhaben und förderte damit den Austausch zwischen den Regionen. Dabei wurde den kleineren Städten und den ländlichen Gebieten im Rahmen des transversalen Themas «Lebendige Traditionen» besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Zusammenarbeit mit den Städten und Kantonen stärkt das kulturelle Angebot und die Vielfalt ausserhalb der urbanen Ballungszentren. Im Ausland sind 3400 Kulturereignisse in 98 Ländern zu verzeichnen, die dem Schweizer Kulturschaffen zu internationaler Ausstrahlung verholfen haben. Die Kulturzentren und Verbindungsbüros wurden hinsichtlich einer Anpassung der Ziele an die aktuellen regionalen Entwicklungen überprüft.

Die Stiftung leitete 2014 drei Austauschprogramme («Swiss Made in Russia», «Triptic» und «Viavai») und konnte das internationale Publikum mit der vorbildlichen Beteiligung an der Buchmesse in Leipzig und der Architekturbiennale in Venedig auch auf die Exzellenz des schweizerischen Architektur- und Literaturschaffens aufmerksam machen.

Pro Helvetia führte ihr Engagement für Nachwuchsförderung, Design und Vermittlung fort. Die Pro Helvetia durch das revidierte Kulturförderungsgesetz zugewiesenen neuen Aufgaben konnten weitgehend umgesetzt werden. Der Bundesrat rechnet damit, dass in Kürze ebenfalls Werkbeiträge im Bereich der visuellen Künste eingeführt werden.

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Überschuss von 90 000 Franken. Besondere Aufmerksamkeit wird der Weiterentwicklung des Personals sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschenkt. Die Vertretung der Landessprachen sowie die Zahl der weiblichen Kadermitglieder erreichen erfreuliche Werte.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	36	35
Jahresergebnis (Mio. CHF)	0,09	0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	23	24
Eigenkapitalquote in %	36,1	34,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	67,7	67,7
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Bearbeitete Gesuche	3 904	3 539
Zustimmungsquote	48,4	48,5
Administrativkosten nach ZEW0	12,3	12,0
Anteil Mittel Auslandaustausch	63,1	62,7
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	13 900	14 800
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	35	35
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia positioniert sich national und international als fachlich kompetente Kulturförderinstitution. Sie fördert den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen und mit anderen Ländern und öffnet Türen für Schweizer Kunstschafter zu neuen Weltgegenden und Märkten. Zudem integriert sie die durch das Kulturförderungsgesetz zugewiesenen neuen Aufgaben in ihr Portfolio und setzt die transversalen Themen der Kulturbotschaft («Kultur digital», «Lebendige Traditionen») um.

Im Inland unterstützte Pro Helvetia 2014 mittels Werk- und Projektbeiträgen rund 1'450 kulturelle Vorhaben quer durch die ganze Schweiz. Den kulturellen Austausch zwischen den Landesteilen förderte sie sowohl durch Projektbeiträge (z.B. für Konzertreihen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen, Lesereisen) wie auch durch

*Strategische Ziele:

http://www.prohelvetia.ch/fileadmin/user_upload/customers/prohelvetia/Die_Stiftung/Dokumente/Reglemente/Reglemente_DE/Strategische_Ziele_2012-2015_def_DE.pdf

mehrfährige Leistungsvereinbarungen (z.B. mit der Interessengemeinschaft Volkskultur für den «VolkskulturFonds Pro Helvetia» oder für den «Kleinkunstfonds Pro Helvetia» mit der Vereinigung KünstlerInnen – Theater – VeranstalterInnen, Schweiz). Zudem initiierte die Stiftung sprachübergreifende Vorhaben wie z.B. das «Forum Tanz». Zur Stärkung der Vielfalt des kulturellen Angebots ausserhalb der grossen Ballungszentren gründete Pro Helvetia die Arbeitsgruppe «Kleine Städte» mit 14 Vertretern aus der Städtekonferenz Kultur (SSK) und lancierte die Initiative «Kulturelle Vielfalt in den Regionen». Mit ihren Aktivitäten im Inland leistete die Stiftung einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und förderte gleichzeitig den Zugang zur Kultur in allen Landesregionen, sei dies in urbanen Ballungszentren wie Genf, Lausanne, Basel, Zürich, Bern, Luzern oder in ländlichen Gebieten wie Stans, Bulle, Verscio oder Müstair. Im Ausland trug Pro Helvetia 2014 dazu bei, dass gut 3'400 Schweizer Kulturereignisse in 98 Ländern von Stuttgart bis Buenos Aires, von Kopenhagen bis Hangzhou stattfinden konnten. Die Programme der *Kulturzentren und Verbindungsbüros* stiessen 2014 sowohl in Fachkreisen wie auch beim breiten Publikum auf positive Resonanz. Im Sinne einer kontinuierlichen Qualitätssicherung überprüfte Pro Helvetia 2014 die Vierjahresziele ihrer vier Verbindungsbüros in New Delhi, Shanghai, Johannesburg und Kairo und passte sie entsprechend den aktuellen regionalen Entwicklungen an. So wird das Büro in Kairo künftig verstärkt auf Kooperationsprojekte in den Bereichen Musik, Bildende Kunst und Theater setzen und neue Plattformen zur Reflexion der Rolle von Kunst und Kultur in der Gesellschaft entwickeln. Die anderen drei Büros werden sich auf den Ausbau ihrer Partnernetzwerke und die weitere Stärkung der Sichtbarkeit von Schweizer Kultur in ihren Ländern konzentrieren. Die Prioritäten werden dabei aufgrund der regionalen Eigenheiten sowie mit Blick auf das jeweilige Potenzial zum kulturellen Austausch resp. zur Verbreitung von Schweizer Kultur vor Ort gesetzt.

Zur Erschliessung neuer Netzwerke führte Pro Helvetia 2014 drei *Kulturaustauschprogramme* mit Russland, der Region Oberrhein und der Lombardei. Seit dem Start von «*Swiss Made in Russia*» im November 2013 konnten rund 260 Kulturevents in 26 Städten von Krasnojarsk über Nischni Nowgorod bis St. Petersburg realisiert werden. Die Stiftung tauscht sich regelmässig mit dem EDA aus, das die politische Entwicklung vor Ort fortlaufend beobachtet. Das Programm «*Triptic – Kulturaustausch am Oberrhein*» kam im Mai 2014 mit einer Finissage in Mulhouse zum Abschluss und festigte die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen der Anrainerkantone der Schweiz, dem Elsass und Baden-Württemberg. Im Süden der Schweiz erfolgte im September 2014 der Startschuss für die Präsentation der 19 Projekte des Programms «*Vivavai – Contrabbando culturale Svizzera-Lombardia*». Das Programm bietet dem Publikum in der Lombardei, in den

Kantonen Tessin und Wallis, in der Stadt Zürich sowie entlang der Gotthard-Achse bis Herbst 2015 rund hundert Kulturveranstaltungen in allen künstlerischen Disziplinen. Ziel ist auch hier eine nachhaltige Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von kulturellen Institutionen.

Ein alljährlicher Aufmerksamkeitsmagnet für die internationale Kunst- und Architekturszene sind die Biennalen in Venedig. 2014 hat Hans Ulrich Obrist, einer der weltweit profiliertesten Kuratoren, den Schweizer Pavillon an der *14. Architekturbienale von Venedig* in ein Labor zur Architekturreflexion verwandelt. Das zweite Standbein des helvetischen Auftritts in Venedig, der von Pro Helvetia initiierte «Salon Suisse» im bundeseigenen Palazzo Trevisan, thematisierte in verschiedenen Veranstaltungen Fragen zu Städtebau und der Urbanisierung. Viel Aufmerksamkeit für Schweizer Kultur erreichte auch der Gastlandauftritt an der *Buchmesse in Leipzig* anfangs 2014. «Auftritt Schweiz» ist es nicht nur gelungen, erfolgreich für die hiesige Literaturszene zu werben, sondern auch ein differenziertes Schweiz-Bild zu vermitteln.

2014 weilte auf Einladung von Pro Helvetia eine Gruppe ausgewählter Leiter ausländischer Literaturfestivals an den Solothurner Literaturtagen und über 30 Theater- und Tanzveranstalter aus ganz Europa kamen ans Genfer Festival «La Bâtie». Die Recherchereise der künstlerischen Leitung der 19. Sidney-Biennale in die Schweiz ermöglichte zehn Schweizer Künstlerinnen und Künstlern einen markanten Auftritt an einer der weltweit wichtigsten Kunstplattformen.

In der *Nachwuchsförderung* wertete Pro Helvetia 2014 die erste Serie der ab 2012 lancierten Fördermassnahmen aus und schärfte diese mit Blick auf die kommende Finanzierungsperiode 2016–2020. So wurden beispielsweise die Beurteilungskriterien zur Förderung von Nachwuchsprojekten in Kunsträumen («off-spaces») besser an deren betriebliche Besonderheiten angepasst und die Nachwuchsförderung in der Fotografie auf die angewandte Fotografie ausgeweitet. Gleichzeitig entwickelte die Stiftung 2014 ihre Instrumentenpalette für die Nachwuchsförderung weiter. Die Massnahmen reichen von Coachings und Mentoraten über Vernetzungs- und Promotionsangebote bis hin zum Ermöglichen von Auftritten.

Erste Resultate zeigte 2014 auch die Pilotausschreibung zur Förderung des *Designnachwuchses*, die Pro Helvetia im engen Austausch mit Experten aus Praxis, Wirtschaft und Hochschulen entwickelt hatte. Aus 106 Eingaben wählte eine Jury, in der neben renommierten Designprofis auch die eidgenössische Kommission für Technologie und Innovation (KTI) vertreten war, 14 Vorhaben aus. Die erstmalige Ausschreibung setzte auf eine Designförderung, die Kreativität mit der Etablierung am Markt verbindet. Konkretisiert hat sich auch die längerfristig angelegte Koordination zwischen den vier nationalen Akteuren der öffentlichen und privaten Designförderung. Am *Swiss Design Day* an der Art Basel widmeten sich das BAK, die

Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia, der «Creative Hub» von Engagement Migros und der «Design Preis Schweiz» in Basel dem Thema «Design und Produktion» und zeigten gemeinsam mit Gästen die Möglichkeiten einer koordinierten Designförderung Schweiz auf.

Im Weiteren engagiert sich Pro Helvetia in der Förderung der Kunstvermittlung (Art. 19 KFG). Kunstvermittlung will künstlerische Werke und Darbietungen dem Publikum näher bringen und verständlich machen. Da die Vermittlungsförderung in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine relativ neue Aufgabe ist, besteht noch immer ein grosser Nachholbedarf. Durch die Zusammenarbeit mit internationalen Experten trägt die Stiftung zum Wissensaufbau in der Vermittlung bei. So beteiligte sie sich 2014 massgeblich an der Finanzierung eines neuen Kompetenznetzwerks für Musikvermittlung.

Unter dem Transversalthema «Kultur digital» arbeitete Pro Helvetia an der Schnittstelle Kunst/ Wissenschaft/ Technologie und lotete das Potenzial der Digitalisierung für die verschiedenen Kunstformen aus. Für die Ausschreibung «Call for Transmedia Projects», die Pro Helvetia zusammen mit dem BAK lanciert hatte, gingen 93 Eingaben ein, deren 4 wurden zur Weiterentwicklung ausgewählt. Die gute Resonanz bewog das BAK und Pro Helvetia, für 2015 eine zweite Ausschreibung vorzusehen. Im Bereich der Computerspiele wurde ebenfalls eine zweite Ausschreibung für 2014–2015 lanciert. Auf Anstoss von Pro Helvetia und der Stadt Zürich fand in Zürich im September 2014 «Ludicious», das erste Gamefestival der Schweiz statt. Konkrete Ergebnisse zeigte 2014 auch die Ausschreibung «Interdisziplinäre Kooperationsprojekte». Aus 43 Eingaben entschied sich die Stiftung für die Unterstützung von 6 wegweisenden Projekten im Bereich Neue Medien und Technologien, welche gemeinsam von Schweizer Institutionen aus Kunst, Forschung und Wissenschaft entwickelt wurden.

Bei der Umsetzung des zweiten transversalen Themas, «Lebendige Traditionen», lancierte Pro Helvetia in Zusammenarbeit mit Kantonen und Städten die Initiative «Kulturelle Vielfalt in den Regionen». Ein wesentliches Anliegen ist die Pflege und Stärkung des regionalen Kulturangebots.

2. Finanzielle Ziele

Pro Helvetia zeichnet sich in ihrer Leistungserbringung durch betriebswirtschaftliches Handeln und Ergebnisverantwortung aus und sie unterhält geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse. Die Stiftung soll über die Geltungsdauer der strategischen Ziele ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

Wirtschaftlichkeit (Ziel 3.1)

Pro Helvetia kann finanziell und betrieblich auf ein positives drittes Geschäftsjahr seit der Inkraftsetzung des Kulturförde-

rungsgesetzes zurückblicken. Sie hielt ihren Administrationskostenanteil beinahe konstant bei 12,3 Prozent und hat damit die Vorgabe des Bundesrates von maximal 15 Prozent erneut erfüllt.

Rechnungsergebnis (Ziel 3.2)

Pro Helvetia orientiert sich in der Jahresrechnung 2014 wie bereits in den Vorjahren am Rechnungslegungsstandard IPSAS. Die Stiftung weist 2014 einen budgetierten operativen Verlust von 145 000 Franken aus. Durch die Reduktion der Rückstellung Vorsorgeverpflichtung nach IPSAS 25 von 235 000 Franken resultiert in der Jahresrechnung 2014 aber ein Gewinn von 90 000 Franken. Pro Helvetia wird den Gewinnvortrag aus dem Jahre 2012 wie vorgesehen über die gestaffelte Einführung der neuen Aufgaben bis 2015 abbauen und erwartet so ein ausgeglichenes Ergebnis über die Geltungsdauer der Kulturbotschaft 2012–2015.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Pro Helvetia verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, insbesondere im Hinblick auf die Chancengleichheit und die Mehrsprachigkeit, und stellt sicher, dass die hohe Fachkompetenz, die zur Erfüllung der Aufgaben nötig ist, geschaffen und nachhaltig erhalten werden kann. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten stellt die Stiftung geeignete Lehr- und Ausbildungsstellen zur Verfügung und harmonisiert ihre Anstellungsbedingungen im Aussennetz mit dem EDA.

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den lateinischen Sprachregionen ist 2014 leicht zurückgegangen: 22,6 Prozent (2013: 26,3 %) kommen aus der Westschweiz und 12,9 Prozent (2013: 10,5 %) aus dem Tessin. Das Geschlechterverhältnis der Angestellten liegt gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 63,6 Prozent Frauen zu 36,4 Prozent Männern. Auf den beiden ersten Führungsstufen überwiegt der Anteil Frauen, während auf der dritten Stufe Männer häufiger vertreten sind. Über alle drei Führungsstufen gesehen ist zwischen den Geschlechtern ein ausgeglichenes Verhältnis festzustellen. Pro Helvetia bildet seit acht Jahren kaufmännische Lernende aus und bietet jährlich fünf Praktikumsplätze an.

Die Personalpolitik von Pro Helvetia ist im GAV und in den personalpolitischen Leitsätzen festgehalten. Sie fusst auf Respekt, Toleranz und Vertrauen und setzt Leistungsbeurteilung ins Zentrum. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung werden einmal jährlich lohnrelevante Qualifikationsgespräche geführt und Zielvereinbarungen für das Folgejahr getroffen. Pro Helvetia legt Wert auf eine kontinuierliche Weiterbildung ihres Personals. Das Personal wird so eingesetzt, gefördert und gefordert, dass es seine fachlichen und sozialen Fähigkeiten entfalten sowie seine Aufgaben zielorientiert und wirtschaftlich erfüllen kann.

Die Amtszeitbeschränkung für Kaderstellen auf zehn Jahre wurde auf 2012 hin eingeführt und seither bei allen Neueintritten umgesetzt.

Die Anstellungsbedingungen der lokalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Aussennetz wurden auch im Berichtsjahr nach Bedarf weiter mit dem EDA harmonisiert.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Pro Helvetia betreibt eine kooperative, subsidiäre Förderpolitik und spricht sich mit dem Bund, den Kantonen und den Städten ab. Bei ihren Aktivitäten im Ausland folgt sie den in der Vereinbarung EDI/EDA betreffend die Kulturarbeit im Ausland vom 09.12.2011 festgelegten Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation.

Pro Helvetia beteiligte sich 2014 aktiv am nationalen Kulturdialog und nutzte ihre Fenster bei den städtischen und kantonalen Kulturbeauftragtenkonferenzen, um gemeinsame Anliegen zu abstimmen. Zusammen mit dem BAK und dem Schweizerischen Nationalmuseum arbeitete die Stiftung intensiv am Entwurf zur Kulturbotschaft 2016–2020. Zudem optimierten das BAK und Pro Helvetia ihre Aufgabenteilung, indem sie die Zuständigkeiten bei der Verbreitung der Preise und Auszeichnungen im Ausland klärten und die Organisation gemeinsamer Initiativen verbesserten. Dazu führte die Stiftung den regelmässigen Austausch mit den Berufsverbänden und der IG Volkskultur weiter. Die Synergien mit Präsenz Schweiz (PRS) und dem Aussennetz des EDA nutzte Pro Helvetia 2014 insbesondere bei Grossanlässen wie «Auftritt Schweiz» an der Buchmesse Leipzig oder beim Nachbarschaftsprogramm «Viavai» im Vorfeld der Expo 2015 in Mailand. Weitere Beispiele für die Zusammenarbeit mit den Schweizer Vertretungen vor Ort waren 2014 die «India Art Fair» sowie die Beteiligung der Stiftung mit Projekten aus ihrem Kulturprogramm «Swiss Made in Russia» an den Feierlichkeiten zum Jubiläum «200 Jahre Diplomatische Beziehungen Schweiz – Russland». So berücksichtigte die Stiftung auch die Planung für die Olympischen Spiele 2014 in Sotchi. Jedoch fanden sich keine geeigneten Projekte, die zum Kontext passten. Deshalb beschloss die Stiftung gemeinsam mit PRS, auf einen Beitrag für Sotchi zu verzichten.

Im Rahmen der Koordinationssitzung «Quartett» (EDA/EDI) traf sich Pro Helvetia regelmässig mit dem EDA. Im Sommer 2014 führte Pro Helvetia ein Einführungsprogramm für die diplomatischen und konsularischen Anwärter des EDA durch.

In regelmässigem Austausch stand die Stiftung auch mit der DEZA. Das DEZA-Mandat von Pro Helvetia im südlichen Afrika wurde für drei Jahre bis Ende 2017 erneuert.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Eidg. Finanzkontrolle (EFK) hat die Jahresrechnung 2014 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 3. März 2015 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2014 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2014 zu genehmigen, den Revisionsbericht der EFK zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2014 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 29. April 2015 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2014 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2014 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Swissmedic

Internet: www.swissmedic.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Christine Beerli (Präsidentin), Carlo Conti, Markus Dürr, Anne-Sylvie Fontannaz, Reto Obrist, Peter M. Suter

Direktor: Jürg H. Schnetzer

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Swissmedic hat das Geschäftsjahr 2014 mit einem Defizit abgeschlossen, das mit 1,2 Millionen weniger hoch ausfiel als budgetiert. Die Reserven betragen 1,24 Millionen. Mit den per Anfang 2015 geltenden erhöhten Gebühren ist die mittelfristige Finanzlage des Instituts gesichert. Swissmedic sollte ab diesem Jahr wieder schwarze Zahlen schreiben und die Reserven erhöhen können. Der Bundesrat erwartet, dass Swissmedic ihre Finanzlage nach den geplanten negativen Jahresergebnissen der Vorjahre durch weitere Optimierungen in der Betriebsführung bis zum Abschluss der Strategieperiode konsolidiert.

Die strategischen Ziele – festgelegt im Leistungsauftrag 2011-2015 und konkretisiert in der Leistungsvereinbarung 2014 – wurden erreicht.

Die Revision des Heilmittengesetzes wird zurzeit noch in den Räten behandelt. Daher hat der Bundesrat entschieden, den Leistungsauftrag von Swissmedic bis Ende 2016 zu verlängern.

Positiv zu vermerken ist namentlich die Einhaltung der Fristen in den Zulassungsverfahren, wo erneut Fortschritte erzielt werden konnten.

Auf internationaler Ebene hat Swissmedic 2014 vier Vereinbarungen unterzeichnet. Partnerbehörden waren das deutsche Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das koreanische «Ministry of Food and Drug Safety», der «Pharmaceuticals Unit» des israelischen Gesundheitsministeriums und der südafrikanische «Medicines Control Council». Zudem wurde ein Memorandum of Understanding mit der Stiftung Bill & Melinda Gates unterzeichnet.

Das System zur Marktüberwachung und -kontrolle funktioniert im Arzneimittelbereich trotz Zunahme der Meldungen gut. Im Bereich Medizinprodukte wurde die internationale Zusammenarbeit bei der Produktkontrolle weiter vertieft.

Die aktive Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit und Fachkreisen wurde weitergeführt. 16 Veranstaltungen wurden erfolgreich organisiert. Zudem fanden mehrere Treffen mit der Industrie sowie mit Patienten- und Konsumentenorganisationen zu aktuellen Themen statt.

Swissmedic bleibt eine attraktive, wettbewerbsfähige Arbeitgeberin, die in die Weiterbildung ihres Personals investiert, um die Ziele des Instituts zu erreichen. Der Anteil der französisch- und italienischsprachigen Mitarbeitenden ist leicht angestiegen. Dieser Trend muss fortgesetzt werden.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	87.5	85.5
Reinverlust (Mio. CHF) ¹	-1.2	-2.9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	107.5	109.9
Eigenkapitalquote in % ¹	19.7	29.8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	356.1	358.6

Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuchseingänge	13 356	13 186
Fristeinhaltung (in %)	97.5	90.4
Anzahl Bewilligungen	3 415	4 690
Anzahl Vigilanzmeldungen	9 893	8 442
Anzahl Verfahren Marktkontrolle	205	114
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht	32	60

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	13.9	14.7
Gebühren (Mio. CHF)	73.3	70.6

¹ Jahresergebnis und Eigenkapitalquote werden hier ohne die versicherungsmathematisch bedingten Schwankungen (nach Standard IAS 19) gezeigt, da das aktuelle Tiefzinsumfeld zu starken Effekten bei den langfristigen Vorsorgeverpflichtungen führt. Unter vollständigem Einschluss dieser Effekte zu Lasten der Anstalt nach IAS 19 beträgt das Jahresergebnis -34,7 Mio. und die Eigenkapitalquote -12,9% (s. auch Ziff. A2).

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte (Kap. 9.2 LA)

Bei den anstehenden Änderungen der Gesetze und Verordnungen im Heilmittelbereich aktiv mitarbeiten

Die aktive Mitarbeit von Swissmedic als fachkompetente Behörde konzentrierte sich auf die Revisionsvorlage des Heilmittelgesetzes und die Ratifizierung des «Medicrime»-Übereinkommens des Europarats. In beiden Gesetzgebungsprojekten hat das Institut seine Arbeitspakete im Rahmen der rollenden Zeitplanung des federführenden BAG fristgerecht abgeliefert.

Die Öffentlichkeit aktiv über Heilmittel informieren

Swissmedic beantwortete im Jahr 2014 über 7500 Anfragen aus der Öffentlichkeit und von Fachpersonen, davon rund zwei Drittel zu Arzneimitteln und ein Drittel zu Medizinprodukten. Seitens der Medien konnten 934 Anfragen beantwortet werden.

Swissmedic informiert Fachpersonen und die Öffentlichkeit regelmässig mit Publikationen auf der Homepage über neue oder speziell zu beachtende Risiken von Heilmitteln. Dass auch die Sicherheit von Arzneimitteln, die bereits während Jahrzehnten eingesetzt werden, zu Recht überwacht wird, zeigte sich im Fall von Infusionslösungen, die in der Notfallmedizin häufig eingesetzt wurden. Aufgrund neuer klinischer Studien mussten diese überprüft und deren Anwendung stark eingeschränkt werden. Swissmedic publizierte im August 2014 das Ergebnis der Überprüfung und die notwendigen Anwendungseinschränkungen.

Korrekturmassnahmen und weitere sicherheitsrelevante Informationen betreffend Medizinprodukte werden wöchentlich auf der Homepage von Swissmedic aufgeschaltet. 2014 wurden 697 Sicherheitsmeldungen zur Sensibilisierung der Anwender publiziert.

Rolle als vertrauenswürdige Behörde auf nationaler Ebene etablieren

Die Arbeitsgruppe der Patienten- und Konsumentenorganisationen traf sich drei Mal. Die diskutierten Themen beinhalteten u.a. «Pharmacovigilance» und «Biosimilars». Zusammensetzung, Agenda und Zusammenfassung der Treffen sind auf der Internetseite von Swissmedic aufgeschaltet. Im Jahr 2014 wurden 16 Veranstaltungen durchgeführt, die auf grosses Echo stiessen. So nahmen rund 230 Personen an einer Veranstaltung zu elektronischen Formaten zur Einreichung von Zulassungsgesuchen teil. Insgesamt haben rund zehn Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Industrieverbänden zu aktuellen Themen stattgefunden. Swissmedic hat zudem mit den Verbänden der Pharmaindustrie erstmals eine gemeinsame Benchmarking-Studie zur Dauer der Zulassungsverfahren im Jahr 2013 durchgeführt. Die Studie soll im Jahr 2015 mit den Daten von 2014 wiederholt werden.

Internationale Zusammenarbeit intensivieren

Im Jahresverlauf konnten vier Vereinbarungen zum Informationsaustausch mit Partnerbehörden abgeschlossen werden: Mit dem deutschen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, dem koreanischen «Ministry of Food and Drug Safety», der «Pharmaceuticals Unit» des israelischen Gesundheitsministeriums sowie dem südafrikanischen «Medicines Control Council». Im Jahr 2013 konnte ein erstes Projekt mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und der «Bill & Melinda Gates Foundation» initiiert werden. Die Unter-

zeichnung des entsprechenden Memorandum of Understanding fand am 22. Januar 2014 in Bern statt. Im Verlauf des Jahres 2014 wurden Projektideen entwickelt und konkretisiert. Deren Umsetzung ist in der ersten Hälfte 2015 vorgesehen. Die Medizinprodukte-Überwachung beteiligte sich an Inspektionen der so genannten Konformitätsbewertungsstellen in der EU, welche die Beurteilung der Produkte vor dem Marktzutritt vornehmen. Swissmedic wurde im Rahmen der «International Conference on Harmonisation» (ICH) im Juni 2014 der Mitgliedsstatus gewährt; dies nachdem das Institut über 20 Jahre als Beobachter für die EFTA an dieser wichtigen Initiative teilgenommen hatte.

Qualitätsniveau bei Betriebsbewilligungen und Betriebsinspektionen halten

Mit der Revision des Epidemiengesetzes (EpG) wird Swissmedic die Verantwortung (Inspektion und Bewilligung) für rund 200 klinische Laboratorien vom BAG übernehmen. Swissmedic wird zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereit sein, die Aufgabe nahtlos zu übernehmen.

Zulassungen für Arzneimittel werden mit dem Ziel erteilt, bei gleich bleibender Qualität die Transparenz, Effizienz (Optimierung der Prozessabläufe) und Konsistenz (gleiche Behandlung der Anspruchsgruppen und Verfahren) kontinuierlich zu verbessern

Auf Basis der neu bereitgestellten e-Government-Portalinfrastruktur werden seit 2014 den Zulassungsinhaberinnen erste Services zum Austausch von Fach- und Patienteninformationsdokumenten und zur Statusverfolgung des Zulassungsverfahrens zur Verfügung gestellt. Die systematische Digitalisierung der eingehenden Briefpostdokumente wurde bei Swissmedic intern aufgenommen. Ebenso startete die Digitalisierung der bislang in Papierform vorliegenden Geschäftskorrespondenz-Dossiers der Arzneimittel. Das neue Dokumentenmanagementsystem wird im vollen Funktionsumfang 2015 in Betrieb genommen.

Die wichtigste Herausforderung im Bereich Zulassung bleibt die Fristeinhaltung aller Gesuchtypen, ohne die Qualität der Begutachtungsarbeit zu gefährden. Über alle Gesuche betrachtet hat die Fristeinhaltung einen Wert von 98 Prozent erreicht. Die Fristeinhaltung bei den für den Marktzugang relevanten Erstzulassungsgesuchen innovativer Arzneimittel betrug 90 Prozent, diejenige für Erstzulassungsgesuche nicht-innovativer Arzneimittel 92 Prozent. Die Anzahl Gesuchseingänge blieb auch im Berichtsjahr mit 13 356 auf einem hohen Niveau.

Regulatorische Massnahmen zur Optimierung von Prozessabläufen und zur Erhöhung der Transparenz erfolgten durch die Überprüfung und Präzisierung der Kriterien des beschleunigten Zulassungsverfahrens als wichtiges Instrument zur Sicherstellung der raschen Verfügbarkeit essentieller, innovativer Arzneimittel für Patienten. Zudem wurden durch weitere Umsetzungsschritte die zu-

sätzlichen Anforderungen der Arzneimittelzulassungsverordnung (AMZV) bezüglich Angaben und Texten auf Behältern und Packungsmaterial die Arzneimittelsicherheit durch Minimierung des Verwechslungsrisikos gestärkt. Es wurden insgesamt 5 neue Anträge für Verfahren nach Voranmeldung eingereicht; 2 Zulassungen im Verfahren mit Voranmeldung wurden erteilt.

Prozesse, Strukturen und Systeme Vigilanz optimieren und ausbauen

Um Nebenwirkungsmeldungen der medizinischen Fachpersonen sowie von Pharmaunternehmen ohne eigene Gateway-Systeme elektronisch entgegen zu nehmen, wurde eine neue Plattform zum Austausch solcher Meldungen entwickelt. Die Fachpersonen und Verbände waren eng eingebunden, um eine hohe Akzeptanz der Nutzer zu gewährleisten. Mit diesem neuen, internetbasierten elektronischen Vigilanzsystem (ELVIS) steht Ärzten, Apothekern und Pharmaunternehmen seit Oktober 2014 neu die Möglichkeit einer Online-Erfassung von Nebenwirkungsmeldungen zur Verfügung. Diese Lösung ergänzt den bereits in Betrieb stehenden B2B-Gateway für den automatisierten Austausch von Meldungen mit grösseren Firmen.

Im Bereich der Medizinprodukte blieb die Zahl der Meldungen zu schwerwiegenden Vorkommnissen mit 2405 Meldungen auf hohem Niveau stabil. Zur rascheren Erkennung von produktspezifischen Sicherheitsproblemen wurde die verbesserte internationale Koordination 2014 fortgesetzt. In monatlichen Telefonkonferenzen mit den europäischen Überwachungsbehörden werden neue Fälle sowie notwendige Analysen und Korrekturmassnahmen diskutiert. In Zusammenhang mit der laufenden Regulierungsrevision für diese Produkte in Europa soll auch die europäische Datenbank EUDAMED, zu welcher die Schweiz Zugriff hat, erneuert werden. Dies wird auch grössere Anpassungen an den Systemen von Swissmedic erfordern.

Marktkontrolle risikobasiert und mit Fokus auf Minderung der Gesundheitsrisiken vornehmen

Zur Verbesserung der Produktesicherheit sind effiziente, staatlich organisierte Kontrollen und das Durchsetzen korrigierender Massnahmen von entscheidender Bedeutung. In der Überwachung arbeitet Swissmedic national eng mit kantonalen Behörden und international mit den anderen Heilmittelkontrollbehörden zusammen. Wer Medizinprodukte in der Schweiz vertreibt, muss die Konformität der Produkte sicherstellen. Swissmedic nimmt Verdachtsmeldungen entgegen, leitet notwendige Korrekturmassnahmen ein und überwacht deren Umsetzung. Im Jahre 2014 ist die Zahl der Verdachtsmeldungen bei den Medizinprodukten weiter angestiegen, und Swissmedic musste in 150 Fällen korrigierende Massnahmen anordnen. Ein weiterer Schwerpunkt lag 2014 europaweit und auch in der Schweiz in der Überwachung

der in den Zertifizierungsprozess von Medizinprodukten eingebundenen sog. Konformitätsbewertungsstellen. Auch hier wurden Mängel aufgedeckt und deren Behebung eingefordert.

Im Bereich der Arzneimittel nahm die Zahl der Qualitätsmängel-Meldungen 2014 stark zu (+30%), wobei die Schweiz in 407 Fällen betroffen war und korrigierende Massnahmen erforderlich waren. Bei 32 Arzneimitteln mussten Chargen vom Markt zurückgerufen und die Fachpersonen mittels Rundschreiben informiert werden.

Durch effiziente und risikobasierte Strafverfolgung die Einhaltung der heilmittelrechtlichen Verordnungen unterstützen und kriminelle Gefährdung der Heilmittelsicherheit ahnden

Swissmedic hat 2014 nominell deutlich weniger Strafverfahren eröffnet als im Vorjahr. Dies ist namentlich auf einen Fall im Jahr 2013 zurückzuführen, in den eine grosse Zahl Beschuldigter verwickelt war. Die um diesen Sondereffekt bereinigte Belastung blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant, was sich an der Zahl der Einvernahmen und strafprozessualen Zwangsmassnahmen (insb. Haussuchungen) zeigt. Alle gegen Haussuchungen, Akteneditionen und Beschlagnahmen gerichteten Beschwerden wurden durch die Gerichte abgewiesen.

2. Finanzielle Ziele

Gemäss Heilmittelgesetz (HMG) finanziert Swissmedic ihre Ausgaben aus Abgeltungen des Bundes (<20%) und Einnahmen aus Gebühren und Abgaben (>80%). Das Institut führt eine eigene Rechnung und kann angemessene Reserven bilden, um Investitionen und allfällige spätere Verluste zu decken (Art. 68 und 77-79 HMG).

Die Erfolgsrechnung 2014 schliesst bei einem Ertrag von gut 87,5 Millionen und einem Aufwand von knapp 88,8 Millionen mit einem Verlust von 1.2 Millionen ab. Budgetiert für das Jahr 2014 war ein Verlust von 1,8 Millionen. Das Ergebnis ist damit um rund 0,6 Millionen besser als budgetiert. Auf Stufe Gesamtergebnisrechnung führen versicherungsmathematische Verpflichtungen (IAS 19) in der Höhe von rund 33,5 Millionen zu einem Gesamtergebnis von -34,7 Millionen. In der Bilanz erhöhen sich die Rückstellungen für Pensionskassenverbindlichkeiten von rund 36 Millionen im 2013 auf neu 70,8 Millionen. In der Folge betragen die kumulierten versicherungsmathematischen Verpflichtungen neu -28,3 Millionen und das Eigenkapital -13,8 Millionen¹. Die Reserven belaufen sich per Ende 2014 auf 1,24 Millionen und liegen

¹ Der nach IAS 19 in Bilanz und Erfolgsrechnung auszuweisende Wert der Vorsorgeverpflichtungen hängt von diversen versicherungstechnischen Parametern ab, insbesondere vom Diskontierungssatz. Dieser musste im Zuge des starken Zinsrückgangs gesenkt werden, was sich negativ auf Bilanz und Rechnung auswirkt. Die finanzielle Solidität und damit die Aufgabenerfüllung von Swissmedic werden dadurch nicht beeinträchtigt.

damit deutlich unter der im Leistungsauftrag festgelegten Obergrenze von 40 Millionen.

Das Budget 2015 und die mittelfristige Planung 2016 – 2018 rechnen aufgrund der 2. Etappe der Gebührenerhöhungen ab 2015 mit positiven Jahresabschlüssen, so dass die Reserven wieder aufgestockt werden können.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das übergeordnete Ziel der Personal- und Vorsorgepolitik von Swissmedic ist es, über die zur Erreichung der Unternehmensziele notwendigen Führungs- und Fachkompetenzen zu verfügen.

Swissmedic darf als attraktive und konkurrenzfähige Arbeitgeberin bezeichnet werden. Vakante Stellen können mit passend qualifizierten Personen besetzt werden. Die Fluktuationsrate (Kündigungen von Mitarbeitenden) beträgt im Berichtsjahr 3,7 Prozent. Die 2014 durchgeführte Personalumfrage mit einer Beteiligung von über 80 Prozent der Mitarbeitenden ergab eine hohe Arbeitszufriedenheit und ein sehr hohes Commitment mit der Arbeitgeberin. Besonders geschätzt werden das Arbeitszeitmodell und das Angebot an Teilzeitstellen, die Fehlerkultur, das Personalentwicklungsgespräch sowie die Entlohnung und Sozialleistungen.

Swissmedic investiert konsequent in die Personalentwicklung und Weiterbildung, um die Unternehmensziele zu erreichen. Wissensmanagement und Fachlaufbahnmodell sind wichtige Elemente der Personalentwicklung. Im Labor bietet das Institut Lehrstellen für Biologie- und Chemielaboranten an (im Berichtsjahr 4 ordentliche Lehrstellen plus zwei im dritten Lehrjahr für Personen, die von einem anderen Betrieb übernommen wurden bzw. die Prüfung wiederholen). Akademische Nachwuchskräfte können in verschiedenen Bereichen und Abteilungen Praktika absolvieren. Das Angebot wurde im Berichtsjahr ausgebaut.

Im Verlaufe des Jahres hat der Anteil der lateinischen Sprachengemeinschaften zugenommen. Per Ende 2014 waren 12,2 Prozent (+1%) der Mitarbeitenden französischer und 2,2 Prozent (+0.4%) italienischer Muttersprache. Der Anteil der Mitarbeitenden deutscher Muttersprache betrug 85,6 Prozent (-1.4%). Der Anteil der Mitarbeitenden französischer und/oder italienischer Muttersprache soll in den nächsten Jahren weiter erhöht werden. Zudem sollen die Sprachkurseangebote ausgebaut und die Mehrsprachigkeit insbesondere der Führungskräfte gefördert werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Zur Erfassung und Beurteilung von Meldungen zu unerwünschten Wirkungen von Arzneimitteln hat Swissmedic ein Pharmacovigilance-Netzwerk mit sechs regionalen Zentren (Universitätsspitäler aller Landesteile sowie Regionalspital im Tessin) aufgebaut. Die Zusammenar-

beit ist konstruktiv, ermöglicht die Nutzung des in den Universitätsspitalen vorhandenen pharmakologischen Wissens für eine Erstevaluation der Meldungen und gewährleistet, dass die meldenden Fachpersonen eine regionale Ansprechstelle haben.

Die Zusammenarbeit mit den Inspektoraten der Kantone ist gut etabliert und erfolgt reibungslos. Alle Inspektorate sind nach ISO 17020 akkreditiert, was eine einheitliche Vorgehensweise in der ganzen Schweiz sicherstellt.

Die Dienstleistungsvereinbarung (DLV) mit dem BAG ist etabliert, und Swissmedic erbringt in diesem Rahmen technische Dienstleistungen im Inspektionsbereich. Dies betrifft Transplantate und Diagnoselaboratorien, also Tätigkeiten, die unter der hoheitlichen Aufsicht des BAG stehen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung von Swissmedic (Art. 74 Bst. a HMG) geprüft und erachtet diese als ordnungsgemäss. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

Die EFK prüfte ebenfalls die Berichterstattung über die Einhaltung der Leistungsvereinbarung (Art. 74 Bst. b HMG). Auch diese Prüfung konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

C. Stellungnahme des Bundesrates

Die Berichterstattung von Swissmedic über das Jahr 2014 erfolgte nach geltenden Normen (Heilmittelgesetz, Leistungsauftrag 2011-2015). Demgemäss liegen die Eignerkompetenzen – darin eingeschlossen jene über die Berichterstattung – beim EDI.

Der Vorsteher des EDI hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2014 von Swissmedic sowie den Bericht der Revisionsstelle über die Prüfung der Jahresrechnung und über die Einhaltung von Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung zur Kenntnis genommen. Gestützt darauf hat er dem Institutsrat für das Jahr 2014 Entlastung erteilt.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 5. Dezember 2014 hat der Bundesrat Giovan Maria Zanini und Oliver Guillod für den Rest der Amtsperiode 2014-2017 in den Institutsrat des Schweizerischen Heilmittelinstituts Swissmedic gewählt. Der Letztgenannte übernimmt den seit Ende 2013 vakanten Sitz von Herrn Gerhard Schmid. Die Kandidatur von Herrn Giovan Maria Zanini wurde von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) vorgeschlagen als Ersatz für Frau Anne-Sylvie Fontannaz.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Felix Hunziker-Blum (Präsident), Roman Boutellier, François Curchod, Alexandra Frei, Jean-Pierre Maeder, Vincenzo Pedrazzini, Matthias Ramsauer (GS EJPD), Beatrice Renggli, Sara Stalder

Direktor: Roland Grossenbacher

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Für die vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) erbrachten *Dienstleistungen mit Monopolcharakter* besteht eine ausführliche Spezialgesetzgebung und das zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt ausschliesslich von den Gesuchszahlen ab, so dass über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus keine strategischen Zielvorgaben bestehen. Im Markenbereich nahmen die Eintragungsgesuche leicht zu, und die Bearbeitungsfristen konnten beträchtlich verkürzt werden. Die Nutzung der elektronischen Eingabewege ans IGE nimmt weiter zu. Im Patentbereich stiegen die nationalen Anmeldungen leicht an, die Anzahl der geprüften und erteilten Patente konnte deutlich gesteigert werden.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* oblag dem IGE im Jahr 2014 die Durchführung der Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen zur Swisness-Vorlage (Jahresziel EJPD). Die Vernehmlassung dauerte vom 20.6. bis 17.10.2014, die Arbeiten am Vernehmlassungsbericht laufen. Gemäss Auftrag des Bundesrates vom 6.5.2014 bereitet das IGE den Revisionsentwurf für eine Modernisierung des Urheberrechts vor, damit die Vernehmlassung vor Ende 2015 eröffnet werden kann (Jahresziel Bundesrat).

Der Umsatz der *freien Dienstleistungen* wurde leicht erhöht, die Kosten wurden vollumfänglich gedeckt.

Eine Erhöhung der Gebühren für die Aufrechterhaltung von Patenten und Markenverlängerungen trat per 1.1.2014 in Kraft und führte zum ersten positiven Betriebsergebnis seit 2007. Die *personal- und vorsorgepolitischen Ziele* – namentlich der Erhalt eines hohen Qualitäts- und Leistungsniveaus der Angestellten bei stets steigenden Anforderungen sowie einer angemessenen beruflichen Vorsorge – wurden erreicht.

Die Revisionsstelle (EFK) hat das Testat zur geprüften Jahresrechnung ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

Kennzahlen	2013/14	2012/13
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	51,2	43,9
Gesamtergebnis (Mio. CHF) ¹⁾	-2,0	1,1 ²⁾
Bilanzsumme (Mio. CHF)	108,6	101,4
Eigenkapitalquote in %	41,7	46,5 ²⁾
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	212	214

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	15 168	14 439
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	12 602	14 013
Patenterteilungen national	581	475
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	56 521	54 907

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	43,4	36,9

¹⁾ Gesamtergebnis = Betriebsergebnis + sonstiges Ergebnis (aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten)

²⁾ Nach Restatement gemäss revidierter Fassung von IAS 19

³⁾ Jahresdurchschnitt

A. Zielerreichung 2014

1. Strategische Schwerpunkte

- *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und ausschliesslich von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, die vom IGE nicht beeinflusst werden können. Zudem unterliegt auch die Höhe der vom

IGE vereinnahmten Gebühren der Genehmigung durch den Bundesrat. Entsprechend besteht im Bereich der Monopolaufgaben des IGE wenig Raum für strategische Zielvorgaben über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinaus.

Der Geschäftsgang entwickelte sich wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht, jene der Markenverlängerungen sank nach einem Anstieg in der Vorperiode wieder auf das Niveau der früheren Jahre und sollte mittelfristig stabil bleiben. Über 95 % der Markenmeldungen werden auf elektronischem Weg eingereicht, die Bearbeitungsfristen konnten beträchtlich verkürzt werden. In einem Beschwerdeentscheid bestätigte das Bundesgericht wichtige Prüfungskriterien des IGE zum Begriff des (nicht schützbar) Gemeinguts im Markenrecht. Das IGE unterhält beste Kontakte mit dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt der EU, und die internationale operationelle Zusammenarbeit funktioniert gut.

Im Patentbereich nahmen die nationalen Anmeldungen leicht zu. Mehr als die Hälfte der Anmeldungen dient der Sicherung eines Prioritätsdatums im Hinblick insbes. auf die Erwirkung eines Europäischen Patents und führt zu keiner Patentprüfung durch das IGE. Die Zahl der geprüften und erteilten Patente konnte gegenüber dem Vorjahr um 30 Prozent gesteigert werden, entsprechend nehmen die Pendenzen in der Patentprüfung langsam wieder ab.

Die Designanmeldungen gingen um 20 Prozent zurück. Hier hat sich die Anmeldezahl in den letzten Jahren als recht volatil erwiesen, ohne dass es dafür eine schlüssige Erklärung gäbe.

- *Ministerialaufgaben*

Im Bereich der Ministerialaufgaben des IGE, der Politikvorbereitung zuhanden des Bundesrates und des Parlaments, verfügen der Bundesrat und das zuständige EJPD über ein umfassendes Weisungsrecht gegenüber dem IGE. Gestützt darauf können sie dem IGE nicht nur mittel- und kurzfristige Zielvorgaben machen, sondern jederzeit direkt Einfluss auf die Arbeit des IGE nehmen und diesem Aufträge erteilen.

Der Bundesbeschluss über die Legislaturplanung 2011–2015 vom 15.6.2012 (BBI 2012 7155) enthält kein Ziel, für dessen Erreichung das IGE innerhalb der Bundesverwaltung federführend zuständig wäre. Im Rahmen der vom Bundesrat verabschiedeten Jahresziele 2014 des EJPD oblag dem IGE die Durchführung der Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der Änderung des Markenschutzgesetzes sowie des Bundesgesetzes über den Schutz des Schweizerwappens und anderer öffentlicher Zeichen («Swissness-Vorlage»). Zudem wurden die Arbeiten zur Modernisierung des Urheberrechts fortgesetzt, welche im Jahr 2015 ein Jahresziel des Bundesrats darstellen.

a) *Schutz der Marke «Schweiz»*

Nach der Annahme der Swissness-Vorlage durch die eidgenössischen Räte am 21.6.2013 erarbeitete das IGE drei von vier Ausführungserlassen: je einen Revisionsentwurf zur Markenschutzverordnung (MSchV) und zur Wappenschutzverordnung (WSchV) sowie den Entwurf für eine Verordnung über das Register für Ursprungsbezeichnungen und geografische Angaben für nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse (GUB/GGA-Verordnung für nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse). Die Vorbereitung des Entwurfs für eine Verordnung über die Verwendung der Herkunftsangabe «Schweiz» für Lebensmittel (HASLV) oblag dem Bundesamt für Landwirtschaft BLW. Die vom Bundesrat am 20.6.2014 eröffnete Vernehmlassung dauerte bis am 17.10.2014. Am meisten Stellungnahmen gingen zur HASLV ein. Die Hauptkritik betraf den Zeitpunkt des Inkrafttretens und die Übergangsbestimmungen, die Flächen im Ausland (insbes. die Freizonen Genf), die Berechnung des erforderlichen Mindestanteils schweizerischer Rohstoffe/Halbfabrikate, die Qualitätsausnahme (Ausnahmebestimmung für Rohstoffe, welche in der Schweiz gemäss den erforderlichen technischen Anforderungen für einen bestimmten Verwendungszweck nicht produziert werden können), die Anrechnung von Wasser bei Lebensmitteln sowie die Durchsetzung. Der Vernehmlassungsbericht soll im April 2015 zur Konsultation an die parlamentarischen Rechtskommissionen gegeben werden, so dass der Bundesrat vor Ende 2015 über die Inkraftsetzung der Swissness-Revision entscheiden kann.

b) *Modernisierung des Urheberrechts*

Am 6.5.2014 beauftragte der Bundesrat das EJPD, bis Ende 2015 einen Revisionsentwurf für eine Vernehmlassung zu erarbeiten. Dabei soll sich das federführende IGE zum einen auf die Empfehlungen stützen, welche die vom EJPD im August 2012 eingesetzte Arbeitsgruppe zum Urheberrecht (AGUR12) Ende 2013 verabschiedet hat. Zum andern sollen auch die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe berücksichtigt werden, welche die zivilrechtliche Verantwortlichkeit von Providern ganz generell prüft. Zur Frage, ob die Providerverantwortlichkeit spezialgesetzlich im Urheberrecht oder horizontal für das gesamte Zivilrecht geregelt werden soll, setzte das Bundesamt für Justiz eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des BJ, des Staatssekretariats für Wirtschaft, des Bundesamtes für Kommunikation und des IGE ein. Die Diskussionen in dieser Gruppe sind noch am Laufen.

- *Freie Dienstleistungen*

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen konnte der Umsatz auf 4,6 Millionen gesteigert werden. Nach mehreren rückläufigen Jahren lagen auch die Einnahmen aus

Markenrecherchen leicht über den Ergebnissen des Vorjahres. Die verlangte Kostendeckung wurde für beide Teilbereiche erreicht.

2. Finanzielle Ziele

Das Geschäftsjahr 2013/14 schloss mit einem positiven Betriebsergebnis von 2 Millionen ab. Dies war der erste Gewinn seit Mitte 2007. Nach sieben Gebührensenkungen seit der finanziellen Verselbstständigung des IGE hatten sich wesentliche Einnahmen – namentlich aus europäischen Patentjahresgebühren und Finanzerträgen – nicht erwartungsgemäss entwickelt, und es waren zusätzliche Belastungen (insbesondere durch Kostenbeiträge an das neue Bundespatentgericht) dazugekommen. Dadurch entstand ein strukturelles Defizit, das nur noch durch eine Anhebung einzelner Gebühren beseitigt werden konnte, welche per 1.1.2014 wirksam wurde. Mit dem Übergang zu progressiv ausgestalteten Patentjahresgebühren erfolgte zudem eine Angleichung an ein europaweit übliches Gebührenmodell, welches auch mehrere rechtspolitische Anliegen – keine übermässige Gebührenbelastung für die Patentprüfung und junge Patente, deren wirtschaftlicher Erfolg noch ungewiss ist; Anreiz, auf nicht mehr genutzte Patente zu verzichten und so die technische Errungenschaft ins Gemeingut zu entlassen – verwirklicht.

Wie von den vom IGE angewandten International Financial Reporting Standards (IFRS) verlangt, wurde die Jahresrechnung 2013/14 erstmals nach der revidierten Fassung von IAS 19 betreffend die berufliche Vorsorge erstellt. Um die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu gewährleisten, war gleichzeitig ein Restatement der Rechnung 2012/13 nach den neuen Vorschriften nötig. Die wesentlichste Neuerung ist die Abschaffung der sogenannten «Korridormethode», wonach versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste ergebnisneutral auf das nächste Jahr vorgetragen wurden, solange sich ihr Umfang innerhalb eines bestimmten Korridors bewegte. Neu verändern zwar solche Gewinne/Verluste nicht das Betriebsergebnis im Rahmen der Erfolgsrechnung, sie sind aber als «Other Comprehensive Income» in der Gesamtergebnisrechnung des betreffenden Jahres zu erfassen und beeinflussen damit direkt die Höhe des Eigenkapitals. Nach dem Restatement der Jahresrechnung 2012/13 und dem Abschluss des Rechnungsjahres 2013/14 gemäss den neuen Vorschriften (mit einem Betriebsgewinn von 2 Millionen, versicherungsmathematischen Verlusten von 4 Millionen und damit einem Gesamtergebnis von – 2 Millionen) sank das Eigenkapital des IGE auf 45,2 Millionen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungs-niveau des Personals konnte trotz laufend steigender Anforderungen und leicht sinkendem Personalbestand auf-

rechterhalten werden. Der Frauenanteil in Kaderpositionen blieb mit 24,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr unverändert, der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung nahm weiter zu (35,7 %, Vorjahr 34,0 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) sank von 14 auf 12 Personen.

Im Hinblick auf die Senkung des technischen Zinssatzes von PUBLICA per 1.1.2015 folgte das IGE den Empfehlungen des Bundesrates betreffend flankierende Massnahmen zur Beibehaltung des bisherigen Leistungs-niveaus (proportionale Verteilung von Rückstellungen und Erhöhung der Sparbeiträge).

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hielt im Prüfbericht vom 12.9.2014 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung für das am 30.6.2014 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 5.11.2014 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2013/14 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Rechnungsperiode 1.7.2013 bis 30.6.2014 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* des Direktors nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2014 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 1. April 2015 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2014 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Martina Hirayama (Präsidentin), Ulrich W. Suter, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser, Matthias Kaiserswerth

Direktor: Christian Bock

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat 2014 die strategischen Ziele des Bundesrates erreicht.

Mit seinem breiten technisch-wissenschaftlichen Know-How in verschiedenen Bereichen konnte das METAS seine Position als interessanter Kooperationspartner für die Industrie weiter festigen. Namentlich wurden sechs neue anwendungsorientierte KTI-Projekte mit Industriepartnern vereinbart.

Auch seine internationale Vernetzung (und seine Reputation) konnte das METAS weiter stärken. Neben der regelmässigen Zusammenarbeit mit anderen Metrologieinstituten und der aktiven Rolle in massgebenden Gremien dokumentiert dies auch die Wahl zweier METAS-Exponenten in bedeutende Ämter internationaler Metrologie-Organisationen.

Durch Teilnahme an Messvergleichen und Peer Reviews hat das METAS für das Aufrechterhalten der Anerkennungen im Rahmen einschlägiger internationaler Abkommen gesorgt. Das METAS konnte den Bedarf der Industrie sowie die Erwartungen im gesetzlich geregelten Bereich zum grössten Teil abdecken.

Die finanziellen Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad (Erlösanteil aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln) erreichte 47,1 Prozent und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 4,4 Millionen Franken abgeschlossen.

In der Erreichung der personal- und vorsorgepolitischen Ziele ist das METAS ebenfalls auf Kurs.

Der Bundesrat erwartet, dass das METAS mit seinen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten weiterhin dafür sorgt, führende Dienstleistungen anbieten und den Innovationsprozess unterstützen zu können. Dazu sollen nicht zuletzt die Projekte für den Aufbau von Kompetenzen in neuen Gebieten beitragen. Er erwartet auch, dass das METAS sich weiterhin als Ausbildungsstätte (Lehr- und Praktikumsstellen) engagiert.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	45,6	45,4
Jahresergebnis (Mio. CHF)	4,4	4,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	37,0	33,5
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	-5,8	-19,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	152,9	150,3

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	9,2	10,1
Frauenanteil total (%)	14,1	14,5
Frauenanteil wissenschaftlich-technisches Personal (%)	8,0	8,2
Anteil Ausgaben F+E (%)	11,4	9,4
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ²⁾	299	294
Vollzugsquote im gesetzlichen Messwesen (%)	92	91
Investitionsquote (Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens) (in %)	4,6	4,2

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a–h und Abs. 3 und 4 EIMG (Aufgaben eines nationalen Metrologieinstituts) (Mio. CHF)	26,2	26,6
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weitere zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	4,7	4,8
Gebühren (Mio. CHF)	6,4	6,4

¹⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk METAS werden direkt im Eigenkapital erfasst.

²⁾ Von den 299 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 21 (21) auf das designierte Institut IRA und 2 (2) auf das designierte Institut PMOD.

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS

sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. So konnte das METAS den Bedarf der Industrie zum grössten Teil abdecken; dank sehr guter internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Im gesetzlich geregelten Bereich erfüllte das METAS die Erwartungen vollständig. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate spricht für eine gute Kundenzufriedenheit. Rund 40 Prozent der Kalibrier- und Messdienstleistungen wurden für ausländische Kunden erbracht. Hier wird das METAS angesichts der Frankenstärke und des Kostendrucks noch stärker gefordert sein, sich im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten positionieren zu können.

Das METAS berücksichtigt bei allen Tätigkeiten und Dienstleistungen das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit ihnen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET.

Die Forschung des METAS findet zu einem grossen Teil über Projektbeteiligungen im Rahmen des Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramms statt (seit 2014: European Metrology Programme for Innovation and Research EMPIR; Teil von Horizon 2020 der EU). Nach Unsicherheit über eine Schweizer Teilnahme an Horizon 2020 anfangs 2014 konnte das METAS sich am Call 2014 von EMPIR eine Beteiligung von 855 000 Euro sichern, was über den Vorjahreswerten und den Vorgaben des Institutsrats liegt.

Die internationale Vernetzung (und Reputation) des METAS wird weiter verstärkt durch die Wahl seines Forschungsverantwortlichen zum Vorsitzenden der europäischen Metrologieorganisation EURAMET für die Jahre 2015-18 und die Wahl des stellvertretenden Direktors in das Comité International des Poids et Mesures (CIPM, Aufsichtsrat der internationalen Organisation des Metervertrags).

Das METAS sorgt dafür, dass seine Dienstleistungen über die erforderliche Anerkennung gemäss den einschlägigen internationalen Abkommen verfügen.

Damit die Anerkennungen im Rahmen einschlägiger internationaler Abkommen aufrechterhalten werden können, hat das METAS an Messvergleichen teilgenommen, Peer Reviews durchgeführt und sein Qualitätssystem mit Erfolg evaluieren lassen.

Das METAS verfolgt die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen und hält seine Kompetenzen auf dem aktuellen Stand.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung seiner Messplätze und seines Dienstleistungsangebots verfolgt das METAS ein F+E-Programm, das an den weltweiten Entwicklungen in der Metrologie Mass nimmt. Dabei sind neue Gebiete identifiziert worden, in denen ein Kompetenzaufbau für das METAS sinnvoll sein könnte. In drei Gebieten wird das METAS gemäss Entscheid des Institutsrats mit dem Aufbau beginnen:

- Messtechnik dimensioneller Grössen: Computer-Tomographie zur vollständigen dreidimensionalen Charakterisierung von Teilen (Wirtschaft).
- Optische Eigenschaften von Oberflächen (appearance) (Wirtschaft).
- Referenzlabor für "Essential Climate Variables", Treibhausgase (Umwelt).

Der Aufbau dieser neuen Aktivitäten wird aus eigenen Mitteln finanziert.

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Know-How. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Dass das METAS nicht zuletzt deshalb ein interessanter Kooperationspartner für die Schweizer Industrie ist, zeigt auch die erfolgreiche Einwerbung von sechs neuen, anwendungsorientierten KTI-Projekten, obschon es erst seit 2013 beitragsberechtigter KTI-Forschungspartner ist.

Beim Gesetzesvollzug und dessen Organisation berücksichtigt das METAS neben den technischen Gesichtspunkten auch risikorelevante Aspekte.

In der gesetzlichen Metrologie lag das Schwergewicht der Tätigkeit auf der Rechtsanwendung. Die nachträglichen Kontrollen fokussierten namentlich auf die Überprüfung der Konformität von Verbrauchszählern und die Einhaltung des Nettoprinzips im Offenverkauf (Verkauf der Ware nach Gewicht ohne Mitwägen der Verpackung).

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele im Berichtsjahr erreicht. Namentlich konnte es die Vorgabe, mindestens 40 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln zu finanzieren, mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 47,1 Prozent übertreffen. Im Weiteren war das METAS gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 4,4 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Der Gewinn dient dem weiteren Abbau des Bilanzfehlbetrags, der per 31.12.2014 vor Gewinnzuweisung 6,6 Millionen beträgt (zurückzuführen auf die Verbindlichkeiten der beruflichen Vorsorge nach IPSAS 25 bei Verselbständigung des Instituts) und auch die negative Eigenkapitalquote erklärt.

Im Hinblick auf das Ziel, über die Strategieperiode 2013-2016 mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, ist das METAS auf Kurs. Der Bundesrat erwartet, dass die Vorgabe aufgrund der Ergebnisse der ersten beiden Jahre sowie angesichts von Voranschlag und Mittelfristplanung 2015-2016 trotz eines anspruchsvolleren wirtschaftlichen Umfelds erreicht werden kann.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Eine besondere personalpolitische Herausforderung stellt die Rekrutierung und Förderung von Frauen in den nach wie vor männerdominierten MINT-Berufsgruppen dar, die im METAS hauptsächlich gefragt sind. Ein speziell an Physikerinnen und Ingenieurinnen gerichtetes Metrologiepraktikum wurde auch im Jahre 2014 angeboten. Der Rückgang des Frauenanteils ist auf eine Pensionierung auf Ende Jahr zurückzuführen. Die betreffende Stelle wird im Jahr 2015 wieder von einer Frau besetzt werden.

Das METAS engagiert sich stark als Ausbildungsstätte und bietet sechs verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung an. Der Personalanteil der Lernenden und Berufspraktikanten betrug mehr als 9 Prozent. Der geringfügige Rückgang im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich bei gleicher Anzahl der Lehrstellen mit dem leicht höheren Personalbestand. Alle Lernenden im letzten Lehrjahr konnten ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Zudem wurden im Berichtsjahr im Rahmen der F+E-Arbeiten wiederum eine Reihe von Praktikumsstellen für Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen oder Universitäten angeboten.

Im Herbst 2013 hat das paritätische Organ des Vorsorgewerks METAS (im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung und der Personalkommission) dem Institutsrat die Anpassungen des Vorsorgereglements unterbreitet, die mit der Senkung des technischen Zinssatzes der Pensionskasse des Bundes PUBLICA per Anfang 2015 nötig wurden. Im November 2013 hatte der Institutsrat diese Anpassungen genehmigt. Den angepassten Anschlussvertrag des Vorsorgewerks METAS hat der Bundesrat am 8.10.2014 genehmigt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 13.2.2015 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2014 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Art. 8 Bst. g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, mit dem er gleichzeitig über die Erreichung der strategischen Ziele rapportiert. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2014 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 13.2.2015 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 1.4.2015 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2014 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Rufer (Präsident),
PD Dr. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin), Dr. Renato
Fassbind, Prof. Conrad Meyer, Prof. Dr. Daniel Oyon

Direktor: Frank Schneider

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Aus Sicht des Bundesrates hat die RAB ihre strategischen Ziele im Jahr 2014 weitestgehend erreicht.

Die RAB ist bei allen Stakeholdern mit Interessen im Bereich der Revision als feste Grösse etabliert. Wo sie im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie deren Beseitigung sichergestellt. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten hat sie angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Die bisher auf RAB und FINMA aufgeteilten Aufsichtskompetenzen über Revisionsunternehmen und Prüfgesellschaften wurden per 1. Januar 2015 bei der RAB zusammengeführt. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten (Vollzugsrecht, Abläufe, Personal) wurden rechtzeitig an die Hand genommen, so dass die RAB die neuen Aufsichtskompetenzen planmässig übernehmen konnte.

Die zeitlich befristeten Zulassungen von Revisionsunternehmen wurden fristgerecht erneuert, was für reibungslose Abläufe in der Revisionsbranche wichtig ist.

Im wichtigen Bereich der internationalen Anerkennung sind durch den Abschluss von Absichtserklärungen mit drei ausländischen Partnerbehörden (UK, Kanada, Finnland) weitere Fortschritte erzielt worden. Das Verhältnis zu den USA wurde weiter vertieft, was eine wichtige Voraussetzung für das angestrebte Abstellen der USA auf die Arbeiten der RAB darstellt. Die RAB ist in internationalen Gremien aktiv und bringt die Anliegen der Schweiz ein.

Die Entwicklungen auf internationaler Ebene und insbesondere die verabschiedete Reform des Prüfwezens in der EU (Inkraftsetzung Mitte 2016) werden aufmerksam verfolgt, um allfällige Auswirkungen auf die Schweiz frühzeitig zu erkennen.

Die finanziellen Ziele der RAB wurden erreicht. Namentlich konnte die finanzielle Belastung der staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen weiterhin konstant gehalten werden. Ebenso konnte die RAB ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Der Bundesrat erwartet, dass die RAB die restlichen Zulassungserneuerungen für Revisionsunternehmen ebenfalls fristgerecht vornimmt, die Erneuerung des IT-Systems vorantreibt und die internationalen Entwicklungen weiterhin genau beobachtet.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	6,0	5,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0,0	0,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	7,8	6,5
Eigenkapitalquote in %	57,3	70,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	24	21
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 786	11 838
Anzahl staatlich beaufsichtigter Revisionsunternehmen	23	22
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	5,5	5,3

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

• Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der internationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele werden vom Verwaltungsrat der RAB innerhalb des gesetzlichen Auftrages erlassen und vom Bundesrat genehmigt.

• Stärkung der RAB als Behörde

Der RAB ist es gelungen, in der kurzen Zeit ihrer Existenz seit 2007 von der Öffentlichkeit, dem Berufsstand, den Mitgliedern der Revisionsausschüsse von Publikums-gesellschaften, den Investorinnen und Investoren sowie von anderen Behörden als unabhängige, professionelle und

* Strategische Ziele: <http://www.rab-asr.ch/bausteine.net/file/showfile.aspx?downaid=7685&sp=D&domid=1063&fd=2>

glaubwürdige Aufsichtsbehörde über die Revisionsbranche wahrgenommen zu werden.

Die Eidg. Räte haben daher am 20. Juni 2014 die Vorlage zur Bündelung der Aufsicht über Revisionsunternehmen und Prüfungsgesellschaften verabschiedet (AS 2014 4073). Die bisher auf RAB und FINMA aufgeteilten Aufsichtskompetenzen werden bei der RAB zusammengeführt. Das Vollzugsrecht wurde durch den Bundesrat (Verordnung) bzw. die RAB und FINMA (Rundschreiben) angepasst, so dass die RAB per 1. Januar 2015 die neuen Aufsichtskompetenzen nach Plan übernehmen konnte.

Durch ein ebenfalls seit 2007 weitgehend elektronisch ablaufendes Zulassungsverfahren sparen die betroffenen Personen und Unternehmen Kosten und Zeit im Umgang mit der Behörde („E-Government“). Die angestrebte Optimierung dieser Prozesse durch eine neue IT-Plattform ist nach wie vor im Gange, wurde aber 2014 durch technische Probleme deutlich verzögert. Die vollständige Erreichung dieses Ziels bis Ende 2015 ist daher nicht mehr zu erwarten.

- *Aufsicht und Standardsetting*

Im Aufsichtsbereich steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen im Fokus. Die RAB legt im Rahmen der Überprüfungen bei den 23 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen ein besonderes Augenmerk auf die erforderliche kritische Grundhaltung und die strikte Einhaltung der Unabhängigkeitsbestimmungen.

2014 wurden zwölf Überprüfungen bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen durchgeführt. Die drei grossen Revisionsunternehmen, die jeweils mehr als 50 Publikums-gesellschaften prüfen (sog. «Big-3»), werden unverändert jährlich inspiziert.

Unverändert weisen staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen mehrheitlich stagnierende Honorarvolumen im Geschäftsbereich Wirtschaftsprüfung auf. Nennenswertes Wachstum wird grundsätzlich nur im Beratungsgeschäft generiert. Langfristig besteht in einem derartigen Umfeld die Gefahr, dass das Revisionsgeschäft zunehmend an Attraktivität verliert. Die RAB wird auch vor diesem Hintergrund darauf zu achten haben, dass die Qualität von Revisionsdienstleistungen gewährleistet bleibt.

Die RAB beschäftigt sich seit 2014 vermehrt mit der Rolle und der Arbeitsweise von Prüfungsausschüssen von Publikums-gesellschaften. Die aktive und verantwortungsbewusste Wahrnehmung der Aufgaben durch den Prüfungsausschuss hat nachweislich positive Auswirkungen auf die Qualität von Revisionsdienstleistungen. Der überarbeitete «Swiss Code of Best Practice» ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Prüfungsausschüsse.

Die RAB hat auch im Jahr 2014 national und international aktiv am Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Auf nationaler Ebene war insbesondere die Unabhängigkeit bei der eingeschränkten Revision Gegenstand von Diskussionen mit den (sich unterschiedlich positionierenden) Berufsverbänden. Im Weiteren setzt die RAB nur anerkannte Standards durch und ist bei der Schaffung eigener Regularien weiterhin sehr zurückhaltend. Im Berichtsjahr wurde das Rundschreiben 1/2014 über die interne Qualitätssicherung in Revisionsunternehmen veröffentlicht, das aufzeigt, unter welchen Umständen die von der Branche selbstregulierten Standards zur Anwendung kommen. Aktuell gibt es fünf Rundschreiben der RAB.

- *Recht und Internationales*

2014 haben sich das Bundesverwaltungsgericht in sieben Urteilen und das Bundesgericht in zwei Urteilen mit der Praxis der RAB auseinandergesetzt. Die Praxis der RAB wurde jeweils gutgeheissen. In einem Fall hat das Bundesverwaltungsgericht die RAB nur im Grundsatz bestätigt und hat eine detailliertere Begründung für die Entzugsdauer verlangt.

Im Bereich der internationalen Anerkennung der RAB sind 2014 wiederum Fortschritte erzielt worden. Zu den bestehenden sechs Absprachen mit staatlichen Aufsichtsbehörden sind drei weitere Absichtserklärungen dazu gekommen (Finnland, Kanada und Vereinigtes Königreich). Das jeweils vereinbarte Prinzip der Heimatstaatenaufsicht führt im Zusammenspiel mit diesen Staaten zu erheblichen Erleichterungen für international tätige Schweizer Revisionsunternehmen. Weitere Verhandlungen werden voraussichtlich 2015 zum Abschluss kommen.

Im Verhältnis zu den USA wurden 2014 zwei weitere Joint Inspections mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt. Umgekehrt hat die RAB das vereinbarte Gegenrecht nicht wahrgenommen und war 2014 in den USA nicht aktiv. Die Zusammenarbeit zwischen den zwei Behörden hat sich vor diesem Hintergrund vertieft, sodass die Vereinbarung zur Zusammenarbeit aus dem Jahr 2011 (Statement of Protocol) verlängert wurde. Die RAB strebt weiterhin an, dass das PCAOB möglichst weitgehend auf die Arbeiten der RAB abstellt (sog. Reliance).

2014 hat sich die RAB wiederum aktiv in die Diskussionen im Rahmen des International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) und anderer internationaler Gremien eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten.

Im April 2014 hat die Europäische Union die sog. Reform des Prüfwesens verabschiedet. Die Neuordnung verfolgt das Ziel, die Transparenz und das Vertrauen in die Abschlussprüfung zu erhöhen, mögliche Interessenkonflikte

zu beseitigen und mehr Wettbewerb auf dem stark konzentrierten Markt der Wirtschaftsprüfung zu fördern. Die neuen Regularien und insbesondere die verschärften Vorgaben an die Unabhängigkeit werden voraussichtlich auch den Schweizer Revisionsmarkt beeinflussen. Sie werden insbesondere für jene Schweizer Revisionsunternehmen von Relevanz sein, die in der EU kotierte Unternehmen oder deren Tochtergesellschaften in der Schweiz prüfen. International ausgerichtete Unternehmen bzw. ihre Prüfungsausschüsse werden sich zu dem vermehrt freiwillig an die Vorgaben der EU anlehnen. Die RAB analysiert die Reform und beobachtet deren Umsetzung ab 2016 in den grösseren EU-Mitgliedstaaten. Sie plant aktuell nicht, diesbezüglich regulatorische Initiativen in der Schweiz anzustossen.

- **Zulassung**

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. Im Jahr 2014 hatte die RAB rund 2000 Erneuerungsgesuche zu bearbeiten. Dies entspricht etwa 60 Prozent aller Zulassungen von Revisionsunternehmen.

Kern der Zulassungserneuerung bildet jeweils die risikoorientierte Überprüfung des Qualitätssicherungssystems. Dabei wird berücksichtigt, ob ein Revisionsunternehmen eingeschränkte oder ordentliche Revisionen durchführt. Neben einer generellen Beurteilung werden durch die RAB insbesondere die Themen Unabhängigkeit, Weiterbildung und interne Nachkontrolle zu ordentlichen Revisionen schwerpunktmässig überprüft.

Mehrheitlich konnten die abgelaufenen Zulassungen nahtlos für weitere fünf Jahre erneuert werden. In wenigen Fällen waren die Voraussetzungen für eine Erneuerung nicht gegeben oder einzureichende Unterlagen waren ausstehend. Definitive Abweisungen von Erneuerungsgesuchen waren nicht notwendig, da die betroffenen Revisionsunternehmen die gesetzlichen Anforderungen zwischenzeitlich wieder erfüllen konnten. Rund 15 Prozent der Revisionsunternehmen haben aus verschiedenen Gründen freiwillig auf eine Erneuerung der Zulassung verzichtet (z.B. Reorganisation).

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget von rund 5,5 Millionen Franken für das Jahr 2014 wurde insgesamt eingehalten. Der im Vergleich zum Budget erhöhte Umsatz (6,0 Mio.) ist im Wesentlichen auf die Ausleihe von zwei Mitarbeitenden an die Eidg. Finanzmarktaufsicht (FINMA) und höher als erwartete Einnahmen aus Zulassungsgebühren von Revisionsunternehmen zurückzuführen.

Die Gebühren der Revisionsunternehmen werden allerdings abgegrenzt und der Zulassungsdauer entsprechend auf fünf Jahre verteilt. Aus demselben Grund hat sich die Bilanzsumme vergrössert und die Eigenkapitalquote verkleinert. Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2014 gemäss Beschluss des Verwaltungsrates: 4,5 Mio.) bleibt unverändert. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist gleichgeblieben, sodass eine verlässliche Budgetierung der Aufsichtskosten sichergestellt ist; insbesondere wurden bei der Aufsichtsabgabe grössere Schwankungen vermieden. Der Überschuss von rund 125 000 Franken wird den betroffenen Revisionsunternehmen durch Verrechnung mit der Aufsichtsabgabe 2015 zurückerstattet.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB darf als attraktiver Arbeitgeber für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt bezeichnet werden. Dies gilt auch für die vorsorgepolitische Seite der Anstellungsverhältnisse.

Der Personalbestand von 24 Vollzeitstellen bewegt sich innerhalb der Zielgrösse von 20 bis 25 Vollzeitstellen. Die Fluktuationsrate hat 2014 bei 30 Mitarbeitenden 10,0 Prozent betragen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 24. Februar 2015 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2014 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2014 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 1. April 2015 zugestimmt.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb-schweiz.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Dr. Philippe Gnaegi (Präsident), Vincenzo Nembrini (Vizepräsident), Dr. Madeleine Salzmänn, Karl Zimmermann, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Claudia Sassi, Claude-Alain Vuille, Hanspeter Hauenstein

Direktor/in: Dr. Dalia Schipper (bis Ende Juni 2014), Dr. Alexandre Etienne, Direktor a.i.

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Das EHB konnte seine Aufgaben im Jahr 2014 über weite Strecken auftragsgemäss wahrnehmen und dabei Kontinuität gewährleisten, trotz erschwerten Umständen mit einem personellen Wechsel an der Spitze des Instituts.

2014 hat das EHB verschiedene grosse Projekte in Angriff genommen, z.B. das «Observatorium für die Berufsbildung», die Konsistenzprüfungen für die Einstufungen im Nationalen Qualifikationsrahmen Berufsbildung und die Kooperation im Rahmen des Leading-House-Projekts «Governance in Vocational and Professional Education and Training». Der Bundesrat erwartet, dass diese Projekte einen substantiellen Beitrag zur Zielerreichung leisten werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad konnte weiter gesteigert werden. Um den erwarteten Anteil von 20 Prozent zu erreichen, sind jedoch grössere Anstrengungen nötig. Zudem erwartet der Bundesrat, dass das EHB die Transparenz bei der Umsetzung der finanziellen Vorgaben in den Weiterbildungsangeboten verbessert.

Der Bundesrat stellt fest, dass das EHB in Lehre und Forschung seine Rolle aktiv wahrnimmt und 2014 viele Massnahmen lanciert und durchgeführt hat. Er erwartet, dass diese 2015 nicht nur an den strategischen Zielen, sondern auch an der neu erarbeiteten Strategie 2022 ausgerichtet werden.

Das EHB hat sich mit Erfolg für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagiert. Davon zeugt das Prädikat der Fachstelle «Familie UND Beruf». Mit einem Anteil an Lernenden von 7,4 Prozent hat das Institut die Zielvorgabe von 5 Prozent übertroffen.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	42,5	43,9
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	-1,4	3,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	8,5	9,0
Eigenkapitalquote in %	32,0	46,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	169	167

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	246	257
Abschlüsse Zertifikate	714	677
Abschlüsse Zusatzausbildungen (CAS/DAS/MAS)	268	291
Projekte Berufsentwicklung	174	166
Forschungsprojekte	33	31

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	36,5	38,1
Gebühren und Drittmittel (Mio. CHF)	5,9	5,8

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB greift im Rahmen seines Auftrages die Problemstellungen und Strömungen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt mit innovativen Lösungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

Das EHB kooperiert mit verschiedenen «Leading Houses Berufsbildung» in der Grundlagenforschung und greift mit den Themen «Governance in Vocational and Professional Education and Training» und «Technologiebasierte Lern- und Leistungsdokumentation» Problemstellungen der Berufsbildung auf. Zudem soll das «Observatorium für Berufsbildung» die auf die Berufsbildung zukommenden

* Strategische Ziele: <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=45832>

Problemstellungen und Entwicklungen systematisch aufgreifen und Lösungsansätze für die Akteure entwickeln. Es fokussiert auf die Themen «Kosten und Nutzen der Berufsbildung», «Fachkräfte- und Qualifikationsbedarf» sowie Bildungsverläufe.

Das EHB arbeitet im Rahmen der verfügbaren Ressourcen aktiv mit den Verbundpartnern zusammen und entspricht mit seinen Leistungen deren Bedürfnissen.

Das EHB hat während der Vorbereitung zu den Swiss-Skills Bern 2014 in mannigfacher Weise mit den Verbundpartnern zusammengearbeitet und durch die Präsenz am Anlass vielfältige Kontakte mit den Verbundpartnern pflegen können. Die Kontaktpflege stand auch am EHB-Tag im Mittelpunkt, nebst der Präsentation der Strategie EHB 2022 und Präsentationen der aktuellen Projekte. Zudem wurden zusammen mit den Verbundpartnern Schulungsvideos für Prüfungsexpertinnen und -experten erstellt.

Das EHB nimmt als Expertenorganisation für die Berufsbildung seine Rolle als kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner wahr, arbeitet mit der Arbeitswelt eng zusammen, stellt die Verankerung in der Berufsbildungspraxis sicher und profiliert sich noch stärker in der Berufsbildungslandschaft.

Das EHB setzt sich aktiv für die Stärkung der Kleinberufe (Handwerksberufe mit weniger als 80 Lernenden über alle Lehrjahre) ein und will zusammen mit den betroffenen Organisationen der Arbeitswelt, dem Schweizerischen Gewerbeverband und dem Freilichtmuseum Ballenberg dazu beitragen, die vielfältigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bekannter zu machen. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat das EHB beauftragt, die Konsistenzprüfungen für die Einstufung im Nationalen Qualifikationsrahmen Berufsbildung (NQR) durchzuführen und damit für eine Gleichbehandlung aller Abschlüsse und für die Kohärenz der Einstufungen zu sorgen. In der internationalen Zusammenarbeit orientiert sich das EHB an den strategischen Zielsetzungen des Bundes und stimmt sich mit den zuständigen Bundesstellen ab. Das EHB empfing 25 ausländische Delegationen aus allen fünf Kontinenten.

Das EHB entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse. Es qualifiziert in der Berufsbildung Tätige inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf ihre Aufgaben vor.

Das EHB hat 2014 die letzten fünf Studiengänge durch das SBFI anerkennen lassen. Es verfügt nun über 24 anerkannte Studiengänge. Diese gewährleisten die flächendeckende und harmonisierte Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen in der ganzen Schweiz. Besonders grosses Interesse besteht an den Zusatzqualifikationen von Gymnasiallehrpersonen für die Berufsmaturität. Auch bei den Prüfungsexpertinnen und -experten war eine Steigerung der Teilnehmendenzahlen zu verzeichnen. Dies ist auf das neue Angebot der berufsspezifischen

Kurse und die Reform der kaufmännischen Berufe zurückzuführen. Eine Befragung bei Berufsfachschulen ergab, dass das EHB mit seinem Weiterbildungsangebot grundsätzlich den Bedürfnissen der Abnehmerinnen und Abnehmer entspricht.

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Weiterentwicklung der Berufe kompetent. Es stellt eine gesamtschweizerisch harmonisierte und sprachregional verträgliche Implementierung von Reformen und Revisionen in der Berufsbildung sicher.

Die Angebotspalette konnte in den letzten Jahren mit Unterstützungsleistungen für die höhere Berufsbildung erweitert werden. Aufgrund des Standes der Umsetzungsarbeiten zum Berufsbildungsgesetz ist eine Verlagerung der Tätigkeiten unter den verschiedenen Dienstleistungen festzustellen (Berufsreformen, Implementierungen, Revisionen, internationale Projekte und weitere Dienstleistungen). Das EHB reagiert darauf mit Adaptationen.

Das EHB schafft evidenzbasierte Grundlagen und stellt diese den Akteurinnen und Akteuren der Berufsbildung für die Steuerung und Weiterentwicklung des Systems zur Verfügung. Es positioniert sich mit seinen forschungs-basierten Leistungen und dem Studiengang MSc in Berufsbildung in der Hochschullandschaft.

Das EHB führte im Berichtsjahr 33 Forschungsprojekte durch. Diese umfassten neben Auftragsforschung auch Nationalfondsprojekte und Dissertationen. Auf nationaler Ebene kooperierte das EHB in 16 Projekten mit anderen Hochschulen sowie mit Praxispartnern. Die Forschungsergebnisse wurden in insgesamt 85 Publikationen und 78 Präsentationen sichtbar gemacht. Dank 69 Wissenstransferaktivitäten konnte die Berufsbildungspraxis vom Erforschten profitieren. Drei internationale Preise zeugen von der Qualität der Forschungsarbeiten.

Im MSc in Berufsbildung konnte im Herbst 2014 erstmals ein Zwischeneinstieg ermöglicht werden. Sowohl die Anmeldungen als auch die Abschlüsse entwickeln sich positiv.

Das EHB reagiert mit seiner Forschung auf gesellschaftliche Veränderungen und neue Herausforderungen in der Berufsbildung und der Arbeitswelt, namentlich in sechs spezifischen Themenfeldern (Lernorte und Lehr-/Lernformen, Sprachkompetenzen, Prüfen und Bewerten, Heterogenität, Höhere Berufsbildung und Fachkräftemangel).

Das EHB hat in nahezu allen Themenfeldern Aktivitäten entwickelt. Diese umfassen eine Buchpublikation, Forschungsprojekte, Tagungen, Expertenberichte, Zusatzausbildungen und Studien. Besonders hervorzuheben ist das Mandat zur Etablierung einer Fach- und Anlaufstelle für bilingualen Unterricht. Mit einer Tagung soll das Thema breit lanciert werden. Wissensträgerinnen und Wissensträger werden ausgebildet und ein Zentrum für Beratungen aufgebaut.

Das EHB implementiert ein effizientes und effektives Qualitätsmanagementsystem.

Das EHB verfügt über ein international anerkanntes Qualitätsmanagementsystem; das bezeugt das Label „EFQM Committed to Excellence“. Mitarbeiter-, Absolvierenden- und Teilnehmerbefragungen sowie externe Evaluationen und Peer Reviews haben 2014 den kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterstützt. Hinzu kommen die im Berichtsjahr verabschiedeten «Grundsätze einer Umweltpolitik» und ein Nachhaltigkeitskonzept.

Das EHB betreibt Nachwuchsförderung für die Berufsbildungsforschung.

Am EHB wurden 2014 sechs Dissertationsprojekte unterstützt. Zusätzlich beschäftigt das EHB drei Junior Researcher.

2. Finanzielle Ziele

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Es erreicht bis 2016 einen Selbstfinanzierungsgrad von 20 Prozent.

Die Jahresrechnung 2014 des EHB schloss bei einem Ertrag von 42,5 Millionen Franken (inklusive Bundesbeitrag) und einem Aufwand von 43,9 Millionen mit einem Verlust von 1,444 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis ist wesentlich auf den Entscheid des Bundes zurückzuführen, den Finanzierungsbeitrag 2014 um 2,7 Millionen zu reduzieren, um die Reserven nicht weiter ansteigen zu lassen. Zudem hat der EHB-Rat 2014 entschieden, eine freiwillige Einlage von 0,5 Millionen in die Arbeitgeberreserve beim Vorsorgewerk des EHB zu leisten. Der Selbstfinanzierungsgrad (Anteil Gebühren und Drittmittel) erhöhte sich 2014 von 13,2 auf 13,9 Prozent. Der Bundesrat erwartet, dass das EHB den Selbstfinanzierungsgrad weiter verbessert.

Das EHB überprüft regelmässig die Risikoanalyse, -kontrolle und -steuerung und entwickelt sie bei nachgewiesenem Bedarf weiter.

Dem EHB-Rat wird jährlich eine vollständige und aktualisierte Risikoübersicht für das EHB vorgelegt. Gestützt darauf, werden die wichtigsten Risiken entsprechend ihres Risikopotentials systematisch bearbeitet und soweit wie möglich eliminiert oder reduziert. Die Revisionsstelle stellte anlässlich einer Zwischenrevision im Dezember 2014 fest, dass das EHB über ein gut ausgebautes Risikomanagement verfügt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverträgliche Personalpolitik. Es pflegt eine wertschätzende, leistungsorientierte und vertrauensbildende Führungspraxis und führt regelmässig Personalbefragungen durch. Es engagiert sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Ein Personalentwicklungskonzept ist in Erarbeitung. Die Überprüfung der Lohngleichheit mit einem Selbsttest des Bundes ergab keine Differenzen zwischen Frauen und Männern. Die Werte der Mitarbeiterzufriedenheitsanalyse haben sich seit 2010 kontinuierlich verbessert und ergaben 2014 ein insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis. 2014 erhielt das EHB das Prädikat «Familie UND Beruf» der Fachstelle UND (Kompetenzzentrum für die Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Privatleben).

Das EHB hält den Anteil an Lernenden von mindestens 5 Prozent des Personalbestandes.

Der Anteil an Lernenden am Personalbestand ist auf 7,4 Prozent angestiegen.

Das EHB orientiert sich beim Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenem der Bundesverwaltung und verteilt die Lasten angemessen.

Das EHB achtet auf eine angemessene Verteilung der Lasten auf Versicherte und Arbeitgeber bei der beruflichen Vorsorge. Zur Stärkung der beruflichen Vorsorge hat der EHB-Rat entschieden, eine freiwillige Einlage in der Höhe von 0,5 Millionen Franken in die Arbeitgeberbeitragsreserve beim Vorsorgewerk einzuzahlen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das EHB intensiviert die Zusammenarbeit mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen.

Im Berichtsjahr konnten vier weitere Kooperationsstudiengänge im Rahmen der Zusatzqualifikation von Gymnasiallehrpersonen für die Berufsmaturität etabliert werden.

Um weitere Kooperationsfelder zu definieren, hat das EHB Gespräche mit den Pädagogischen Hochschulen Zürich, St. Gallen und Luzern aufgenommen, welche 2015 fortgesetzt werden.

In Forschungsprojekten kooperierte das EHB mit 89 Partnern sowohl aus dem Hochschulbereich als auch aus der Praxis.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2014 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 17. Februar 2015 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2014 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 17. Februar 2015 sowie den Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle vom 19. November 2014 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht 2014 am 22. April 2015 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Auf Ende Juni 2014 hat Frau Dr. Dalia Schipper, Direktorin, das EHB verlassen. Ab Juli 2014 übernahm Dr. Alexandre Etienne, stellvertretender Direktor EHB, interimistisch die Leistung des Institutes. Ende Oktober genehmigte der Bundesrat die Wahl von Frau Dr. Cornelia Oertle zur neuen Direktorin des EHB. Sie hat ihr Amt am 1. Februar 2015 angetreten.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat*: Jean-Daniel Gerber (Präsident), Susanne Grossmann (Vizepräsidentin), Geoffrey Burns (neu), Hugo Fasel, Kathryn Imboden (neu), Julia Balandina Jaquier, Michel Juvet

Geschäftsführerin: Obviam DFI AG, Bern

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Nach Einschätzung des Bundesrates ist die SIFEM AG in der laufenden Strategieperiode 2014-2017 insgesamt gut auf Kurs. Davon ausgenommen ist das Rechnungsergebnis. Zwar haben Währungsgewinne (CHF gegenüber USD, der die funktionale Währung der SIFEM AG ist) erstmals einen Reingewinn ermöglicht (CHF 20,7 Mio.). Indes ist das primär massgebende operative Betriebsergebnis mit -13,4 Millionen Franken erneut unbefriedigend ausgefallen. Dafür verantwortlich ist – nach Abzug der Betriebskosten von 4,8 Millionen Franken – der Verlust von 8,6 Millionen Franken auf dem Investitionsportefeuille. Dieses hat unter erheblichen Wechselkursverlusten (Abwertung lokaler Währungen gegenüber USD) gelitten, die den erzielten Wertzuwachs überstiegen. Der Verwaltungsrat der SIFEM AG hat beschlossen, inskünftig die Investitionen teilweise gegen Wechselkursveränderungen abzusichern.

Im Berichtsjahr hat der Bundesrat einer Erhöhung des Aktienkapitals der SIFEM AG von gesamthaft 50 Millionen Franken sowie einer Senkung der Barmitteldeckung der Investitionsverpflichtungen zugestimmt. Diese Massnahmen sollen es der SIFEM AG erlauben, ihre Verpflichtungskapazität für neue Investitionen schrittweise von 50 auf 100 Millionen US-Dollar pro Jahr zu erhöhen. Damit sollen die Entwicklungswirkung der SIFEM AG skaliert und die finanziellen Ziele besser erreicht werden können.

Das Umfeld der SIFEM AG war 2014 nicht nur angesichts der Wechselkursschwankungen sowie der schwierigen Situation in einzelnen Zielländern (Ukraine, Westbalkan) herausfordernd. Einige Medienberichte kritisierten einzelne Investitionen der SIFEM AG. Die Überprüfung der beanstandeten Projekte durch das SECO hat indes gezeigt, dass die Vergabekriterien der SIFEM AG eingehalten wurden und die etablierten Kontrollmechanismen des Bundesrates und des SECO funktionieren.

Der Bundesrat erwartet von der SIFEM AG, dass sie den Investitionsprozess weiterhin laufend auf Optimierungsmöglichkeiten untersucht und die bis dato gewonnenen Erfahrungen in die weitere Entwicklung des Portfoliomanagements einfließen.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	0	0
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF) ¹	-13,4	-13,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	588,2	483,2
Eigenkapitalquote in %	25,5	23,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2

Unternehmensspezifische Kennzahlen²

Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	7,85	8,71
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in (%)	132	139
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	100,3	48,2
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	35,5	30,6
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	578,1	502,8
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	283,1	255,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Bundesdarlehen (Mio. CHF)	0	0

¹ Die strategischen Ziele 2014-2017 des Bundesrats für die SIFEM AG legen den Fokus auf das operative Ergebnis und nicht mehr auf das Gesamtergebnis. Letzteres wird deshalb in der Kurzberichterstattung nicht mehr dargestellt.

² In Absprache mit der Eidg. Finanzverwaltung verwendet die SIFEM AG den US-Dollar als Basis für die Messung ihrer Investitionsleistung.

A. Zielerreichung 2014**

Die strategischen Ziele 2014-2017 formulieren die Erwartungen des Bundesrats an die SIFEM AG. Demgemäss soll sie mittels Aktienbeteiligungen (Risikokapital) oder Darlehen vorwiegend in lokale oder regionale Fonds und Finanzintermediäre zugunsten von KMU, schnell wachsenden Unternehmen und Infrastrukturgesellschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern investieren. Dadurch verschafft die SIFEM AG diesen Unternehmen Zugang zu langfristiger Finanzierung und Know-how und

* bis am 30.4.2014: Iain Tulloch, Ivo Germann (Bundesvertreter)

**Strategische Ziele: <http://www.sifem.ch/investment-approach/strategic-objectives/>

trägt zum nachhaltigen Wachstum dieser Firmen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Abbau von Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern bei.

1. **Strategische Schwerpunkte**

- *Hebelwirkung*

Die SIFEM AG strebt eine Maximierung von privaten Investitionen in die Zielländer und an die begünstigten Unternehmen an. Zu diesem Zweck trägt die SIFEM AG einen Teil der politischen oder kommerziellen Risiken und teilt umgekehrt die Rückflüsse aus den Investitionen mit den privaten und institutionellen Investoren. Im Durchschnitt mobilisierte 2014 jeder von der SIFEM AG investierte Dollar private Investitionen im Umfang von 7,2 Dollar. Dies ist eine ausgezeichnete Hebelwirkung, und der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 2) wurde deutlich übertroffen.

- *Nachhaltigkeit*

Sämtliche Portfolio-Unternehmen wie auch die Fondsmanager haben sich gegenüber der SIFEM AG verpflichtet, die Grundsätze der finanziellen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und – in Bezug auf die Arbeitsplatzschaffung – die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation zu beachten. Deren Überprüfung erfolgt auf der Basis der *Responsible Investment Policy* der SIFEM AG bezogen auf die einzelnen Investitionsvorhaben sowohl ex-ante wie auch während der Investitionsphase. Dazu dienen oft die *Performance Standards on Environmental and Social Sustainability* der Weltbank (IFC) oder vergleichbare Standards. Diese Leitlinien greifen ihrerseits in Bezug auf Menschenrechte auf die *Guiding Principles* wie auch auf den *International Bill of Human Rights* zurück. Investitionsvorhaben, bei denen erzwungene oder Kinderarbeit im Spiel sein könnten, sind Teil der Ausschlussliste.

2. **Aufgaben- und unternehmensbezogene Ziele**

- *Insgesamt positive Entwicklungswirkung*

Die SIFEM AG verwendet zur Messung der Entwicklungswirkung ein unter den internationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen anerkanntes Messverfahren. Grossmehrheitlich (zu 90 %) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine „gute“ oder „sehr gute“ Entwicklungswirkung attestiert. Damit ist der Zielwert von 75 Prozent übertroffen. Die wesentlichen Elemente der Entwicklungswirkung sind die Schaffung von Arbeitsplätzen (vgl. unten), die Schaffung und Stärkung von Risikokapitalmärkten für KMU und schnell wachsende Firmen, die Verbesserung der Betriebsführung der Portefeuille-Unternehmen und deren Zugang zu Fremdkapital sowie ein höheres Steuerertrag an den Investitionsstandorten.

- *Beschäftigungswirkung*

Die SIFEM AG ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes das wichtigste Instrument zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Partnerländern. Gemäss den jüngsten vorliegenden Daten hat die SIFEM AG im Jahr 2014 rund 25 000 Stellen pro rata (d.h. ohne Berücksichtigung des Beitrags von Ko-Investoren) unterstützt. Der Stellenzuwachs in den Portefeuille-Unternehmen beträgt über 10 Prozent. Damit sind die Zielwerte (mindestens 6000 neue Stellen pro Jahr; Nettozuwachs der Arbeitsstellen von mindestens 6 %) im Berichtsjahr deutlich übertroffen. Insgesamt beschäftigen die von der SIFEM AG mitfinanzierten Unternehmen über 290 000 Angestellte in den Zielländern.

- *Investitionen in Fonds mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich*

Die strategischen Ziele 2014-17 des Bundesrates verpflichten die SIFEM AG, einen Teil der Investitionen in Fonds mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich zu tätigen, die mit innovativen Lösungen einen Beitrag zur Erbringung globaler öffentlicher Güter (Klimaschutz, Gesundheit, Biodiversität etc.) leisten und den ärmeren Bevölkerungsschichten den Zugang zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichen. Bis vor kurzem gab es in den Zielmärkten der SIFEM AG kaum solche Investitionsmöglichkeiten. Sie hat deshalb in den vergangenen Jahren und speziell 2014 mitgeholfen, verschiedene derartige Projekte zu lancieren.

Aktuell hat die SIFEM mehr als 53 Millionen Franken für Investitionen verpflichtet, welche die Förderung von erneuerbaren Energien, die Erhaltung der Biodiversität und den Klimaschutz zum Ziel haben. Bei Klimaschutz-Projekten werden neu die eingesparten CO₂-Emissionen ermittelt. Die Produktion von über tausend Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern hat 2014 rund 1,3 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden.

2014 wurde zudem eine Investition in Lateinamerika getätigt, die auf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung an der sogenannten *Base of the Pyramid* fokussiert. Sodann verfolgen aktuell 6 von 41 Projekten im Portefeuille eine explizite Strategie zur Gleichstellung von Mann und Frau (Gender).

- *Risikomanagement*

Das Risikomanagementsystem erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts und wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt.

Per Ende 2014 waren 23 Prozent der Fonds-Investitionen und 2 Prozent der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Damit sind die Vorgaben von höchstens 40 bzw. 15 Prozent solcher Investitionen eingehalten worden. Die Verbesserung des Risikoprofils ge-

genüber dem Vorjahr ist eine Folge der hohen Investitionsstätigkeit und der Diversifizierung in einen wachsenden Anteil von festverzinslichen Anlagen, welche gegenüber Beteiligungen ein tieferes Risiko aufweisen.

3. **Finanzielle Ziele**

- *Wirtschaftlichkeit*

Die Betriebskosten der SIFEM AG und der mit der Geschäftsführung beauftragten Obviam AG beliefen sich 2014 auf 4,8 Millionen Franken (Vorjahr: 3,9 Mio.). Dies entspricht 0,79 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen³ (Vorjahr: 0,87 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Verwaltungskostendach von 1,5 Prozent. Dass die Aufwandquote trotz der nominal gestiegenen Verwaltungskosten gesunken ist, liegt am starken Wachstum des Portefeuilles.

- *Rechnungsergebnis*

2014 weist die SIFEM AG – mit einem Ergebnis von 20,7 Millionen Franken – erstmals einen Reingewinn aus. Dieser ist vollständig der Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken und damit verbundenen Währungsbuchgewinnen von 38,2 Millionen zu verdanken. Die Währungsgewinne haben die nach IFRS zu verbuchenden kalkulatorischen Zinsen (CHF 3,7 Mio.) auf den Bundesdarlehen sowie den operativen Verlust von 13,4 Millionen mehr als kompensiert.

Die Erwartung eines positiven operativen Ergebnisses hat sich demgegenüber auch 2014 nicht erfüllt. Nach Abzug der Managementkosten von 4,8 Millionen Franken schlägt dabei vor allem die negative Performance des Investitionsportefeuilles (CHF 8,6 Mio.) zu Buche. Dieses hat unter Wechselkursverlusten von geschätzten 15 Millionen Franken gelitten, die auf die Abwertung der lokalen Währungen gegenüber dem US-Dollar (funktionale Währung der SIFEM AG) zurückzuführen sind und den erzielten Wertzuwachs von 6,4 Millionen Franken überstiegen. Der Verwaltungsrat der SIFEM AG hat beschlossen, inskünftig die Investitionen teilweise gegen Wechselkursveränderungen abzusichern.

Da für statutarische Zwecke die Geschäftszahlen gemäss Rechnungslegung nach OR zu verwenden sind, beruhen die in Ziffer C dargestellten Anträge an die Generalversammlung auf der OR-Jahresrechnung.

Als Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft ist die SIFEM AG mandatiert, Kapital für KMU und schnell wachsende Unternehmen in Entwicklungsländern bereitzustellen. Damit geht sie Risiken ein, welche nur wenige private Investoren zu tragen bereit sind. Ihre Beteiligungen können typischerweise erst veräussert werden, wenn die Portfoliofirmen sich entwickelt haben und genügend gewachsen sind. Das dauert in der Regel 5 bis 7 Jahre, teilweise aber

auch länger. Während dieser Zeit schwankt die Marktbeurteilung ihrer Beteiligungen stark. Die Bewertungsverluste von konjunkturell schwachen Jahren sollten in starken Jahren kompensiert werden können. Von Bedeutung ist der langjährige Durchschnitt.

- *Investitionen*

Im Jahr 2014 hat die SIFEM AG Investitionen im Umfang von 99,2 Millionen Franken getätigt – der höchste Wert seit Bestehen des Unternehmens. Bei den insgesamt 13 erfolgten Zusagen handelt es sich um fünf Investitionen in Risikokapitalfonds sowie drei Mezzanine-Fonds für KMU und schnell wachsende Unternehmen, zwei Darlehen an Finanzintermediäre sowie einen Mikrofinanzfonds. Erstmals überhaupt beteiligt sich die SIFEM AG zudem an einem Darlehensfonds in Afrika sowie einem strukturierten Instrument, das Handelsfinanzierungen für Landwirtschaftsbetriebe im Kaukasus anbietet.

Die beiden für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM AG meist anerkannten langfristigen Kennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). 2014 sind die Rendite mit 7,8 Prozent und der Wertmultiplikator von 1,3 im Vergleich zum Vorjahr (8,7 % bzw. 1,4) weiter zurückgegangen. Dies ist bei einem stark wachsenden Portefeuille zu erwarten. Die vom Bundesrat vorgegebenen Zielwerte nach Investitionskategorien wie auch die Zielgrössen über das gesamte Portefeuille hinweg werden nach wie vor übertroffen.

4. **Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM AG lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM AG erfolgt gestützt auf den Entscheid des Bundesrats durch die Firma Obviam AG mit Geschäftsstelle in Bern.

Basierend auf den strategischen Zielen des Bundesrates hat der SIFEM-Verwaltungsrat einen jährlichen bzw. mehrjährigen Zielkatalog festgelegt, der als Grundlage für die Leistungsziele der Obviam AG dient und auch für die Beurteilung des Obviam-Personals verwendet wird.

B. **Bericht der Revisionsstelle**

Die BDO AG, Zürich, hat die Jahresrechnung der SIFEM AG per 31.12.2014 geprüft. Mit Bericht vom 10.02.2015 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und dass der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Gemäss Beurteilung der BDO AG entsprechen die Jahreszahlen 2014 den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

³ D.h. die einbezahlten und noch nicht einbezahlten Engagements minus die beendeten Verpflichtungen.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Die Revisionsstelle empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung am 6. Mai 2015 die folgenden Anträge gestellt (gemäss den Statuten der SIFEM AG beziehen sich die Anträge auf den Abschluss nach obligationenrechtlichen Vorgaben):

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2014;
- Übertragung des gesamten Jahresgewinns von 25,5 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2014;
- Wiederwahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2015.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 15. April 2015 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM AG zuzustimmen.

Identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Markus Zemp (Präsident), Josef Dähler (Vizepräsident), Corinne Bähler, Peter Bosshard, Rolf Büttiker, Peter Hinder, Meinrad Pfister; Bundesvertreter: Dominique Kohli (BLW) und Hans Wyss (BLV)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Die identitas AG konnte im Jahr 2014 den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) in zufriedenstellender Art und Weise gewährleisten.

Seit dem 1. Januar 2014 gilt ein neuer Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der identitas AG für den Betrieb, die Wartung und die Weiterentwicklung der TVD und der damit verbundenen Systeme und Applikationen. Dieser Vertrag, der bis am 31. Dezember 2018 gültig ist, bringt einen besseren Einblick in die Kostenstruktur der TVD. Administrativ wurde eine direktere Art der Ohrmarkenbeschaffung umgesetzt, indem die effektiven Beschaffungsaufwände vom Bund getragen werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Betriebskosten der TVD gesenkt werden. Dadurch konnte der Selbstfinanzierungsgrad der TVD nochmals verbessert werden.

Die Rolle der Schweizerischen Eidgenossenschaft als Hauptaktionärin der identitas AG wird zurzeit zusammen mit dem Verwaltungsrat der identitas AG überprüft. Die Ergebnisse dieser strategischen Prüfung sowie ein daraus resultierender Antrag über die künftige Rolle der Eidgenossenschaft in der identitas AG werden dem Bundesrat im Herbst 2015 unterbreitet. Bis zur definitiven Entscheidung über die Beteiligung der Eidgenossenschaft an der identitas AG wird gemäss Beschluss des Bundesrates vom 9. April 2014 darauf verzichtet, die identitas AG mittels strategischer Ziele des Bundesrates zu steuern.

Kennzahlen	2014	2013
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	12,4	11,8
Reingewinn (Mio. CHF)	0,4	0,3
Bilanzsumme (Mio. CHF) ¹⁾	22,6	22,6
Eigenkapitalquote in %	13,2	11,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	58,1	59,9
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Umsatz pro FTE (CHF)	214 148	197 692
Ergebnis pro FTE (CHF)	6 578	4 910
Rentabilität des Eigenkapitals in %	12,8	11,2
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen ²⁾		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	-1,2	-0,8
Gebühren (Mio. CHF)	10,1	10,3

¹⁾ In der Bilanz werden treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer höheren Bilanzsumme.

²⁾ Der Bund hat mittels Vertrag die identitas AG mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank beauftragt und trägt die entsprechenden Kosten (2014: 8,9 Mio. CHF; 2013: 9,5 Mio. CHF). Die Betriebskosten werden gemäss Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG; SR 916.40) grundsätzlich durch Gebühren gedeckt, welche die identitas AG bei den Tierhaltern im Namen und zu Gunsten des Bundes erhebt (2014: 10,1 Mio. CHF; 2013: 10,3 Mio. CHF). Der Aufwand des Bundes wurde 2014 durch die eingenommenen Gebühren mehr als gedeckt. Die treuhänderisch erhobenen Gebühren erscheinen nicht in der Erfolgsrechnung der identitas AG. Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und die eingenommenen Gebühren sind brutto in der Staatsrechnung aufge-

A. Zielerreichung 2014

1. Strategische Schwerpunkte

Die betrieblichen Ziele der identitas AG werden vom Verwaltungsrat definiert. Sie wurden im Berichtsjahr erreicht. Der gesetzliche Auftrag zum Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) wurde gewährleistet.

Im Weiteren hat der Bundesrat Anfang April 2014 entschieden, die Beteiligung des Bundes an der identitas AG

zu überprüfen. Zu diesem Zweck hat das BLW zusammen mit dem BLV und in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat ein Projekt gestartet, das verschiedene Optionen evaluiert. Zentrale Bedingung ist dabei, dass die von der identitas AG erbrachten Bundesaufgaben weiterhin gemäss gesetzlichem Auftrag und in gebotener Qualität erbracht werden können. Gemäss Zeitplan soll bis Ende 2015 ein grundlegender Richtungsentscheid vorliegen.

Als erster Schritt wurde der Aktionärsbindungsvertrag vom 26. Juli 2002 mit den Aktionären per 31. Dezember 2014 gekündigt.

2. Finanzielle Ziele

Nach Artikel 15b des Tierseuchengesetzes vom 1. Juli 1966 (SR 916.40) müssen die Betriebskosten der TVD grundsätzlich durch Gebühren der Tierhalter/-innen und Equideneigentümer/-innen gedeckt sein. Es ist ein wichtiges Anliegen des Bundes, dass die Betriebskosten und somit die Gebühren möglichst tief gehalten werden. Dieses Ziel konnte 2014 erreicht werden. Weil keine grösseren Softwareerneuerungen anstanden und weil nicht alle bestellten Systemanpassungen umgesetzt werden konnten, blieben 2014 die Investitionen auf einem bescheidenen Niveau. Der vom Bund vereinnahmte Ertrag aus dem Verkauf von Ohrmarken und aus Gebühren übertraf die vom Bund getragenen Betriebskosten der TVD um 1,2 Millionen Franken (2013: 0,8 Mio.).

Die identitas AG strebt Dienstleistungen mit bestem Preis-Leistungsverhältnis für die Branche bzw. die Aktionäre an und ist nicht primär gewinnorientiert. In Anbetracht des guten Ergebnisses 2014 hat der Verwaltungsrat in Aussicht genommen, eine kleine Dividende auszuschütten (vgl. Punkt C).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der identitas AG verfügen über einen privatrechtlichen Arbeitsvertrag. Das Personalreglement, ist seit dem 1. Januar 2007 in Kraft. Das Unternehmen ist bestrebt, Personal zu rekrutieren, das sich mit fundiertem Fachwissen und hohem Engagement in das bestehende Team eingliedert. Ende Dezember 2014 waren 31 Frauen und 39 Männer angestellt. Die identitas AG bildet 3 Informatik-Lernende aus und bietet ihnen eine zeitgemässe Berufsausbildung an. 15 Mitarbeitende bilden sich berufsbeleitend weiter. Mit einem internen Talentförderungsprogramm bietet die identitas AG einem ausgewählten Kreis von Mitarbeitenden Instrumente zur Laufbahnplanung an

Die Personalvorsorgekommission der identitas AG besteht aus je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die identitas AG verfügt über keine finanzielle Beteiligung an Drittgesellschaften. Das im Vorjahr lancierte Projekt zur Fusion mit der TSM Treuhand GmbH (TSM) in Bern wurde sistiert bis die Prüfung der Rolle der Schweizerischen Eidgenossenschaft in der Firma identitas AG abgeschlossen ist und der Bundesrat darüber entschieden hat. Die TSM erfüllt im Auftrag des Bundes agrarrechtliche Vollzugsaufgaben in den Bereichen Administration und Kontrolle der Milchverwertung (Erhebung und Bearbeitung von Daten als Basis für die Auszahlung der Zulagen für verkäste Milch und für Fütterung ohne Silage). Daneben ist sie privatrechtlich im Bereich Treuhand und Beratung bei Branchen- und Sortenorganisationen tätig.

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Der Verwaltungsrat der identitas AG hat der Aktionärsversammlung vom 7. Mai 2015 folgende Anträge gestellt:

- Genehmigung von Geschäftsbericht 2014 und Jahresrechnung 2014;
- Verwendung des Bilanzgewinns 2014:

Dividende	CHF 31 000
Vortrag auf die neue Rechnung	CHF 2 323 562
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat das WBF am 15. April 2015 ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der identitas AG vom 7. Mai 2015 zuzustimmen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Anne Eckhardt (Präsidentin), Jürg Schmid (Vizepräsident), Werner Bühlmann, Jacques Giovanola, Oskar Grözinger, Hans-Jürgen Pfeiffer, Karine Rausis

Direktor: Hans Wanner

Externe Revisionsstelle: KPMG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2014 in Kürze

Das ENSI ist verantwortlich für die selbständige und unabhängige Aufsicht über die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz. Aufgrund seiner Unabhängigkeit legt nicht der Bundesrat, sondern der ENSI-Rat als internes Aufsichts- und Strategieorgan die strategischen Ziele fest. Entsprechend ist es am ENSI-Rat, die Erreichung der strategischen Ziele durch das ENSI zu beurteilen. Dies erfolgt jährlich im Rahmen des vom Gesetz geforderten Tätigkeits- und Geschäftsberichtes des ENSI-Rates. Gestützt auf die Zweitmeinung der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS), genehmigt der Bundesrat diesen Bericht und entlastet den ENSI-Rat.

Im Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2014 hält der ENSI-Rat fest, dass die Sicherheit der Schweizer Kernanlagen im vergangenen Jahr gewährleistet war. Das schwerwiegendste Vorkommnis war die Entdeckung von sechs versehentlich angebrachten Bohrlöchern im Primärcontainment des Kernkraftwerkes Leibstadt (KKL). Die Sicherheit war dadurch nicht unmittelbar beeinträchtigt, es stellten sich aber Fragen zur betrieblichen Organisation des KKL und zur Inspektionspraxis des ENSI, welche einer fundierten Ursachenanalyse bedurften. Ein weiterer Schwerpunkt betraf die Stilllegung von Kernanlagen. Nach dem Entscheid der Bernischen Kraftwerke AG (BKW), das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) per 2019 ausser Betrieb zu nehmen, setzte sich das ENSI eingehender mit den damit zusammenhängenden Sicherheitsfragen auseinander. Auf der internationalen Ebene setzte sich das ENSI aktiv – und, wie sich im Nachhinein gezeigt hat, erfolgreich – für strengere globale Standards im Bereich der nuklearen Sicherheit ein.

Der ENSI-Rat hat festgestellt, dass das ENSI im Geschäftsjahr 2014 die strategischen Ziele erreicht und die vereinbarten Leistungen erfüllt hat.

Der Bundesrat ist zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2014 seinem gesetzlichen Auftrag in korrekter und wirksamer Weise nachgekommen ist. Er hat den Tätigkeits- und Geschäftsbericht genehmigt und dem ENSI-Rat Entlastung erteilt.

Kennzahlen	2014	2013
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	59,4	60,0
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF) ¹⁾	-14,6	7,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	31,0	29,0
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	-16,1	33,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	138	140

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	464	536
Radioaktivitätsmessungen	210	180
Wissenschaftliche Publikationen	24	17
Kostendeckungsgrad in %	105,1	105,2
Gemeinkostenanteil in % ²⁾	23,8	25,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,8	2,9
Gebühren (Mio. CHF)	56,6	57,1

¹⁾ Gemäss IFRS und dem Rechnungslegungsstandard IAS 19 weist das ENSI die Vorsorgeverpflichtungen vollständig in seiner Gesamtergebnisrechnung und Bilanz aus. Diese Verpflichtungen basieren auf versicherungsmathematischen Parametern, die volatil auf Veränderungen des Finanzmarktumfelds reagieren. Im aktuellen Tiefzinsumfeld führte namentlich die markante Senkung des Diskontierungssatzes zu Rückstellungen von 17,5 Mio. Franken. Unter Ausklammerung der Effekte von IAS 19 weist das ENSI ein positives Ergebnis von 2,9 Mio. und ein Eigenkapital von 22,8 Mio. bei einer EK-Quote von 73,5% aus (s. Ziff. A2).

²⁾ Anteil der Kosten für Verwaltung und zentrale Dienste am gesamten Betriebsaufwand.

A. Zielerreichung 2014*

1. Strategische Schwerpunkte

Seit dem Entscheid zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie hat sich der strategische Schwerpunkt des ENSI verschoben. Nicht mehr die sicherheitstechnische Beurteilung von Gesuchen um Bewilligung neuer Kernkraftwerke steht nun im Vordergrund, sondern die Gewährleistung eines sicheren Langzeitbetriebs der bestehenden Kernkraftwerke einerseits und die Vorbereitung von deren Stilllegung und Rückbau andererseits. Unverändert wichtig bleibt die sichere Entsorgung der radioaktiven

Abfälle. Eine besondere Herausforderung stellt in diesem Kontext die Rekrutierung junger Fachkräfte dar, da die Kernenergie von Vielen als «aussterbende» Branche wahrgenommen wird. Doch auch nach der definitiven Ausserbetriebnahme der Schweizer Kernkraftwerke wird nukleartechnisches Know-how noch auf Jahrzehnte hinaus gefragt sein, sowohl auf Seiten der Kernkraftwerkbetreiber als auch auf Seiten der Aufsichtsbehörde. Die Entwicklung einer Strategie zum langfristigen Kompetenzerhalt wird vom ENSI daher als vordringlich angesehen.

Im Berichtsjahr befasste sich das ENSI eingehender mit den konkreten Voraussetzungen für eine sichere Ausserbetriebnahme und Stilllegung der Schweizer Kernanlagen. Anlass dafür war der Entscheid der Bernischen Kraftwerke AG (BKW), das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) per 2019 definitiv vom Netz zu nehmen. Die gesetzlichen Grundlagen sind gegeben, nun geht es um den Erlass zweckmässiger Ausführungsbestimmungen. Mit der Inkraftsetzung der Richtlinie ENSI-G17, die auf Vorgaben und Empfehlungen der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sowie der Western European Nuclear Regulators Association (WENRA) beruht, unternahm das ENSI einen ersten Schritt in diese Richtung.

Aufgrund der verkürzten Restlaufzeit hat das ENSI einige Abweichungen von den Auflagen genehmigt, welche es im Jahr 2012 an den unbefristeten Weiterbetrieb des KKM geknüpft hatte. Unter anderem akzeptierte es einen alternativen Lösungsvorschlag für eine von der Aare unabhängige zweite Kühlwasserversorgung für den Fall eines auslegungüberschreitenden Hochwassers. Der Alternativvorschlag bringt eine vergleichbare Verbesserung der Sicherheit, lässt sich aber wesentlich rascher realisieren als die ursprünglich geforderte Wasserzufuhr aus der Saane.

Der laufende Betrieb der fünf Schweizer Kernkraftwerke wurde mit über 400 Inspektionen überwacht. Im Berichtsjahr wurden 40 meldepflichtige Vorkommnisse registriert, die alle der Stufe 0 auf der internationalen Ereignisskala INES (Ereignis ohne oder mit geringer sicherheitstechnischer Bedeutung) zugeordnet wurden – mit einer Ausnahme: Bei einer Kontrolle im Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) wurde festgestellt, dass zur Befestigung von Feuerlöschern sechs Löcher in die Stahlwand des Primärcontainments gebohrt worden waren. Dies war zwar sicherheitstechnisch nicht kritisch, wies aber auf erhebliche Mängel in der betrieblichen Organisation des KKL (Prozesse, Qualitätssicherung) hin. Deswegen wurde das Vorkommnis als Störung (INES-Stufe 1) qualifiziert. Der ENSI-Rat ging unter anderem der Frage nach, wie es dazu kommen konnte, dass die Bohrlöcher über Jahre hinweg unbemerkt bleiben. Er gelangte zum Schluss, dass die Inspektoren des ENSI ihre Arbeit den Möglichkeiten entsprechend korrekt ausgeführt hatten.

Das Thema Aufsichtskultur bildete weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit des ENSI-Rates. Nachdem im Vorjahr ein neues Leitbild verabschiedet worden war, welches das Selbstverständnis ENSI als kompetente und unabhängige Aufsichtsbehörde spiegelt, legte das ENSI im Berichtsjahr einen neuen Bericht zur Aufsichtspraxis vor, in dem dargelegt wird, wie die Aufsicht über die Sicherheitskultur zu interpretieren ist.

Seinem gesetzlichen Informationsauftrag und der internationalen Vernetzung mass das ENSI ebenfalls hohe Priorität zu. Im Berichtsjahr verabschiedete der ENSI-Rat eine Strategie für die internationale Zusammenarbeit, welche inhaltliche Schwerpunkte setzt. Der Standpunkt des ENSI wird durchaus gehört: An der 6. Überprüfungs-konferenz der Convention on Nuclear Safety (CNS) im April 2014 folgte die Mehrheit der Vertragsparteien dem vom ENSI vertretenen Schweizer Vorschlag, wie die Sicherheit der Kernkraftwerke weltweit verbessert werden könnte, und im Februar 2015 einigten sich alle Vertragsparteien auf eine entsprechende Erklärung.

2. *Finanzielle Ziele*

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z.B. Forschung, Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung an Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen usw.). Der Bundesbeitrag machte im Berichtsjahr 4,7 Prozent des Betriebsertrages (Vorjahr: 4,8%) aus.

Die Leistungen des ENSI sollen auf wirtschaftliche Weise erbracht werden. Nach der Beurteilung des ENSI-Rates ist das der Fall. Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden betrug im Mittel 133 Franken. Der Kostendeckungsgrad entsprach der Zielvorgabe von 105 Prozent. Der Anteil der Gemeinkosten (Administration, Support etc.) am gesamten Betriebsaufwand lag mit 23,8 Prozent unter der vom ENSI-Rat gesetzten Limite von 25 Prozent.

Die Jahresrechnung 2014 des nach IFRS¹ berichtenden ENSI schloss – bei einem leicht geringeren Umsatz von 59,4 Millionen Franken (Vorjahr: 60 Mio.) – mit einem Verlust von -14,6 Millionen. Dieses Ergebnis ist zum einen auf die Tatsache zurückzuführen, dass gemäss dem Standard IAS 19 die Vorsorgeverpflichtungen vollständig in die Gesamtergebnisrechnung und Bilanz eingehen (d.h. auf Seiten des Arbeitgebers ausgewiesen werden). Zum anderen hängen die versicherungsmathematisch berechneten Vorsorgeverpflichtungen von diversen Parametern ab,

¹ International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SME)

namentlich vom Diskontierungssatz. Im aktuellen Tiefzinsumfeld musste das ENSI im vergangenen Jahr Rückstellungen im Umfang von 17,5 Millionen Franken vornehmen, was zum erwähnten Verlust führte. Werden die Effekte von IAS 19 ausgeklammert, weist die Jahresrechnung des ENSI einen Gewinn von 2,9 Millionen Franken und ein Eigenkapital von 22,8 Millionen Franken aus. Das ENSI verfügt somit über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen finanziellen Reserven.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr nahm der Personalbestand um 2 auf 138 Vollzeitstellen ab. Ein gutes Drittel der Beschäftigten stammt aus dem – meist benachbarten – Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind modern und wettbewerbsfähig.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Institution steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt aber einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z.B. Paul-Scherrer-Institut, Kommission für Nukleare Sicherheit, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD, WENRA, Expertengruppe Reaktorsicherheit, u.v.a.).

B. Bericht der Revisionsstelle

Nach der Beurteilung der Revisionsstelle (KPMG AG) vermittelt die Jahresrechnung 2014 des ENSI ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und steht in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsvorschriften (IFRS for SMEs) sowie mit dem Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSIG, SR 732.2). Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Kommission für Nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die Eidgenössische Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2014 sowie zu den Ergebnissen der externen Audits des ENSI im Jahr 2014 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2014 seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 1. Juli 2015 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht 2014 des ENSI-Rates genehmigt und dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2014 Entlastung erteilt.